

(Beginn: 10.03 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 24. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses der 15. Wahlperiode.

Auf der Tagesordnung steht heute die Vernehmung von insgesamt sechs Zeugen aus dem Auswärtigen Amt. Es sind dies Herr Dr. Axel Weishaupt, den ich hier herzlich begrüße - herzlich willkommen bei uns, Herr Dr. Weishaupt -, dann Herr Dr. Martin Schäfer, Herr Claus Peter Leber, Frau Claudia Holloch, Herr Christian Nesyť und Herr Clemens Kroll.

Sollte sich durch die Obleutebesprechung noch etwas an dieser Reihenfolge ändern, dann bitte ich, es mir mitzuteilen, sodass wir Maßnahmen ergreifen können. Ich habe bisher noch nicht gehört, dass sich an der Reihenfolge etwas ändern soll.

(Olaf Scholz (SPD): Bisher noch nicht! - Zuruf des Abg. Clemens Binninger (CDU/CSU))

- Gut, das müsste dann aber organisiert werden. Ist das einvernehmlich?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Ja, bei uns!)

- Dann müssen wir das noch weiter besprechen. Was geschieht, wenn kein Einvernehmen erzielt wird, brauchen wir hier jetzt nicht zu besprechen.

Ton- und Bildaufnahmen sind bereits eingestellt; Handys sind abgestellt.

Dann kommen wir zu Ihnen, Herr Dr. Weishaupt.

Vernehmung des Zeugen Dr. Weishaupt

Wir nehmen hier auf Tonband auf, was gesprochen wird. Die Tonbänder werden aber wieder gelöscht; sie dienen nur dazu, die Stenografen bei der Protokollerstellung zu unterstützen.

Uns liegt eine Aussagegenehmigung von Ihnen vor, Herr Dr. Weishaupt, die keine besonderen Einschränkungen beinhaltet.

Ich muss Sie zunächst wie jeden Zeugen belehren, Herr Dr. Weishaupt. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe

Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach können Sie nach § 153 Strafgesetzbuch bestraft werden, wenn Sie die Unwahrheit sagen.

Sie können allerdings die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sein, so bitte ich Sie um einen Hinweis. Dann können wir diesen Teil in einer - am besten anschließenden - nicht öffentlichen Sitzung behandeln. Das können wir dann also ganz problemlos auf Ihren Hinweis hin organisieren.

Wir kommen zu Ihrer Person. Ich darf Sie bitten, sich zunächst dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf und Wohnort oder Dienstort vorzustellen. - Bitte schön, Herr Dr. Weishaupt.

Zeuge Dr. Weishaupt: Mein Name ist Dr. Axel Raimund Weishaupt, geboren am 23. April 1945; ich bin zurzeit der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Manila auf den Philippinen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Danke schön. - Dann kommen wir jetzt zur Sache. Es ist üblich, dass die Zeugen, wenn sie es wünschen, vorweg im Zusammenhang die Dinge darstellen können, inwieweit sie mit unserem Prüfungsgegenstand zu tun haben. Ich nehme an, Sie wollen das auch vorher im Zusammenhang darstellen.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, gerne.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann haben Sie jetzt das Wort. Bitte schön.

Zeuge Dr. Weishaupt: Vielen Dank. - Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Guten Morgen! Ich will kurz zusammenfassen, was für das Thema dieses Untersuchungsausschusses aus meiner eigenen Laufbahn relevant ist.

Ich bin zuerst in den Jahren 1982 bis 1985 als Leiter der Rechts- und Konsularab-

teilung der Botschaft Warschau mit massenhaften Visaerteilungen konfrontiert gewesen. Zu dieser Zeit - ab Mitte 83 - war der Kriegszustand in Polen beendet und die Visazahlen, die während dieser Zeit stark geschrumpft waren, schwollen wieder zu enormen Größen an, sodass wir im Jahre 1984 praktisch täglich 1 000 bis manchmal 2 000 Visa - pro Tag - erteilt haben. Damals galt das Wort des damaligen Außenministers Genscher: Jeder polnische Staatsangehörige bekommt bei mir innerhalb von 24 Stunden ein Visum. - Das haben wir dann auch durchgeführt. Es war also mehr ein Problem des Managements. Wenn wir einen Tag aus dem Takt gekommen wären, hätten wir das kaum noch aufholen können. Ich wurde 1985 versetzt; im Anschluss stiegen die Zahlen noch auf weit über 3 000, soviel ich weiß, sogar bis 5 000 pro Tag. Sie wären noch höher gestiegen, wenn damals nicht die Visapflicht für polnische Staatsangehörige aufgehoben worden wäre.

Meine Anforderungen und Tätigkeiten in der Zentrale und später dann auch im Nahen Osten und in Zentralafrika sind insofern wenig relevant, weil Visaprobleme da kaum auftauchten.

Die nächste große Welle - um es mal so zu nennen -, was mich betraf, trat dann in Alma-Ata, später Almaty, in Kasachstan auf. Ich war dabei, als die Botschaft eröffnet wurde, und dann eben insgesamt viereinhalb Jahre in Kasachstan. Wir hatten, sobald die Botschaft einigermaßen funktionsfähig war, zunächst eine Riesenzahl an Aussiedlervisa zu erteilen. Nach meiner Erinnerung waren es bereits im Jahr 93 126 000 - ich kann mich nicht ganz genau verbürgen - und im Jahr 1994 noch mal um die 120 000. Das musste einfach technisch bewältigt werden, sodass unsere Probleme in dem Zeitraum, jedenfalls am Anfang, weniger mit Missbrauchsfragen zu tun hatten, sondern einfach damit, diese Riesenzahl von Leuten, die das Recht hatten, sofort in die Bundesrepublik auszureisen, auch sofort ausreisen zu lassen. Hierbei traten dann die leider doch üblichen Probleme mit der Zentrale auf, die zunächst meinte, keine Leute zur Verfügung zu haben. Das hat sich dann nach energischen Interventionen jedoch gegeben, sodass wir dann voll funktionsfähig wurden.

Allerdings haben wir dann auch gemerkt, dass im Bereich anderer Visa - also Besuchsvisa, Geschäftsvisa usw. - mehr und mehr Fälschungen, also gefälschte Doku-

mente, auftauchten bzw. dass die Leute draußen beraten wurden, welche Antworten sie bei den Interviews geben sollten. Wir haben uns, soweit wir es konnten, bemüht, diese Missbräuche zumindest zu verkleinern. Sie ganz abzustellen, haben wir wohl nicht geschafft. Damals gab es das Problem des Carnet de Touriste noch nicht.

Im Anschluss daran war ich dann der Leiter des Generalkonsulats Karatschi. Das ist auch ein Visaproblemstandort, allerdings eben wiederum nicht mit Fragen, wie sie im früheren Ostblock auftraten, sondern hauptsächlich Probleme waren eine sehr große Zahl gefälschter Dokumente, die dann durch Anwesenheit von BKA-Beamten, auch Dokumentenberater, einigermaßen kontrolliert wurden, sowie Scheineinladungen und Scheinehen.

Im Anschluss daran - wahrscheinlich auch, weil ich relativ lange Erfahrungen mit Visafragen hatte - wurde ich dann vom März 1999 bis Ende Juli 2001 so genannter Sonderinspekteur, also verantwortlich für die Überprüfung von Visastellen insbesondere auf Korruptionsfälle und zur Regelung der Visaabläufe, soweit da Mängel auftraten. Die ersten Inspektionsreisen führten nach Indien. Hier traten Probleme auf: sehr lange Wartezeiten, Scheineinladungen, Scheineheiraten und die mangelhafte Unterbringung der Visastelle, die eine vernünftige Arbeit für längere Zeit kaum ermöglichte.

Für dieses Beweisthema relevanter wurde dann - das war im Sommer 1999 - die Sonderinspektion der Botschaft Moskau. Hier war das Problem, dass die lokale Mafia den Zugang zur Botschaft so abgeriegelt hatte, dass mehr oder weniger nur die Leute hineinkamen, die vorher in der Schlange Geld zahlten. Zudem kamen Fragen auf wie Personalmangel und die Unterbringung. Die Visastelle im Gebäude der früheren DDR-Botschaft war für diesen Riesenansturm nicht ausreichend gerüstet. Um es kurz zu machen: Dann wurde es umorganisiert, sodass sämtliche Visabewerber ohne weiteres - ohne Einschränkung - morgens auf das Gelände gelassen wurden und sich ihren Termin holen konnten. Die lokale Mafia konnte es nicht verhindern, dass die Leute aufs Gelände kamen, sodass da zumindest eine gewisse Erleichterung eintrat.

Die nächsten Inspektionsreisen betrafen die Botschaft Teheran. Hier ging es auch um gefälschte Einladungen, Scheinehen, die eingegangen wurden, und die Bewältigung

der langen Warteschlangen. Dann folgte im Jahr 2000 Inspektion in Nordafrika, Rabat und Algier, danach Lagos und Accra. Vor allem in Lagos und Accra ist das Problem der Scheinehen und gefälschten Dokumente besonders relevant. Wenn nötig, kann ich dazu auch später noch was sagen.

Die anderen Inspektionen betrafen dann Südostasien, also Sri Lanka, Saigon, Schanghai, Peking und Ulan-Bator. In Peking war vor allem das Problem der sprunghaft gestiegenen Warteschlangen zu verzeichnen. Wir gingen damals davon aus, dass es sich hierbei allerdings um eine Liberalisierung der chinesischen Ausreisepolitik handelte, die früher doch sehr restriktiv gehandhabt wurde. Aber die Zahl der Chinesen, die Pässe bekamen, war erheblich gestiegen und entsprechend verlängerten sich die Schlangen auch vor allen westlichen Botschaften.

Im Anschluss kam dann vom 26.09. bis 06.10. die Inspektion der Botschaft Kiew. Hier fiel auf, dass eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Ablehnungsquote unserer Botschaft und der der Botschaften befreundeter EU-Länder bestand, die auch bereits zu sagen wir mal, Unwillen seitens der europäischen Partner geführt hatte. Hinzu kam - da kam das Problem des Carnet de Touriste zum ersten Mal voll zum Tragen -: Es lagen da bereits Zahlen vor, dass von in der Bundesrepublik aufgegriffenen ukrainischen Staatsangehörigen eine große Zahl Visa der Botschaft Kiew hatten; davon hatte wiederum ein sehr großer Teil dieses Visum aufgrund eines Carnet de Touriste erhalten.

Direkt im Anschluss daran haben wir das auch an der Botschaft Minsk geprüft. Dort waren die Visazahlen ungefähr die Hälfte dessen, was Kiew aufzuweisen hatte. Aber das Problem des Carnet de Touriste trat in der entsprechenden Proportion genauso in Minsk wie in Kiew auf.

Ich habe das alles dann auch deutlich in meinem Inspektionsbericht niedergelegt. Im Anschluss an die Inspektionen Minsk und Kiew hatten wir eine mehr als intensive Debatte mit den zuständigen Referaten der Abteilung 5 im Auswärtigen Amt und mussten leider feststellen, dass die Argumente der Sonderinspektion, die wiederum auch von einem begleitenden BGS-Beamten, der mit in Kiew gewesen war - - schlicht zurückgewiesen wurden bzw. man uns deutlich machte, wir seien auf dem falschen Wege und das Ganze habe schon seine Richtigkeit.

Ich habe das in dem Fall nicht so ohne weiteres geschluckt. Da kam noch eine Zuschrift des zuständigen Referates, wo noch mal deren Meinung dargelegt wurde, dass das alles seine Ordnung habe, dass die niedrige Ablehnungsquote ebenfalls berechtigt sei, dass die hohe Zahl der Antragsteller einfach daraus resultiere, dass viel mehr Bindungen von der Ukraine zur Bundesrepublik als zu anderen Schengen-Partnern bestünden und dass das Carnet de Voyage eben ein sicheres Dokument sei; überdies sei es mit dem BMI abgestimmt. Das waren Worte, die von den zuständigen Referaten ständig wiederholt wurden.

Ich bin dann bis zum stellvertretenden Abteilungsleiter gegangen und habe ihm noch mal Zahlen vorgelegt, die uns vorlagen, die eben - wie ich vorhin schon mal sagte - von aufgegriffenen oder abgeschobenen ukrainischen Staatsangehörigen einen großen Teil der Visa in Kiew erhalten hatten, darunter wieder ein größerer Teil, ein sehr großer Teil sogar aufgrund des Carnet de Voyage. Er sagte, er werde den Abteilungsleiter damit befassen, in D 5, und es kam kein Echo zurück. Dann habe ich mir erlaubt, nochmals in einem Schreiben an die Referate darauf hinzuweisen, dass wir - die Sonderinspektion, die Botschaften und auch der begleitende BGS-Beamte - diese Politik für nicht richtig halten, und ich habe hinzugesetzt - natürlich ohne zu ahnen, dass es einmal dazu kommen würde -: Falls das jemals irgendwo überprüft würde, könnte keiner sagen, dass die Sonderinspektion nicht deutlich genug gewarnt hätte. Ich muss sagen, es war unerfreulich, dass alle unsere Argumente, die wir vor Ort gesammelt hatten, so schlicht vom Tisch gewischt wurden.

Die nächsten Inspektionen betrafen den Nahen Osten. Da liegen die Probleme anders. Vor allem herrscht ja dort auch ein anderes Prüfsystem; also zunächst einmal, dass Visaanträge durch die Fachdienste im Inland kontrolliert werden, teilweise in Konsultation mit den Schengen-Partnern.

Bei Ankara fiel uns auf - im Anschluss erfolgte die Prüfung Ankara -, dass die Ablehnungsquote innerhalb von fünf Jahren erheblich gesunken war. Da schien uns deutlich zu werden, dass dies auf den berühmten Erlass vom März 2000 zurückzuführen war.

Danach folgten Izmir, Kairo und andere auf der arabischen Halbinsel. Sie haben mit dem Beweisthema hier, glaube ich, wenig zu tun.

Im Anschluss daran kam das Thema praktisch noch einmal voll hoch bei der Prüfung der Botschaften Sofia und Bukarest sowie der Generalkonsulate Hermannstadt und Temesvar und später der Botschaften Tirana und Skopje. Weil diese Länder vergleichsweise nahe an der Bundesrepublik und unseren Ländern liegen, war da das Carnet de Touriste wiederum ein beliebtes Mittel, um relativ schnell an ein Visum zu kommen. In Kiew war es damals am Anfang zum Glück noch auf 80 pro Tag kontingentiert gewesen. An manchen Vertretungen - ich kann nicht mehr genau sagen, welche es waren - war es meiner Erinnerung nach nicht kontingentiert, sodass dieses Mittel weitgehend benutzt werden konnte.

Im Anschluss an diese Prüfungen endete für mich das Amt des Sonderinspektors. Wenn es nötig ist, kann ich auch noch sagen, warum. Das möchte ich aber nicht in der öffentlichen Sitzung sagen.

Ich wurde im Anschluss daran als Leiter an das Generalkonsulat Saratow an der Wolga in Südrussland versetzt. Hier waren die Probleme vergleichsweise geringer. Erst einmal ist die Zahl der Visaanträge dort die geringste in der Russischen Föderation. Wir haben uns bemüht, das Carnet de Touriste nur bei Leuten zu akzeptieren, die bekannt waren, oder wenn eine Empfehlung einer russischen Behörde vorlag, weil man in dem Fall jedenfalls normalerweise davon ausgehen konnte, dass es auch seine Ordnung hatte. Die Zusammenarbeit mit Reisebüros in Saratow hatten wir auf ein Minimum beschränkt, weil die meisten absolut unzuverlässig waren und Geschäfte trieben, mit denen wir nichts zu tun haben wollten. Wir hatten dann nur noch zwei Reisebüros und denen hatten wir auch gesagt: Wenn einmal etwas schief geht und Leute nicht zurückkommen, wird die Zusammenarbeit sofort eingestellt.

Wir konnten dann sozusagen aus der Ferne verfolgen, wie die Visapolitik bis hin zum Jahre 2003 weiterging, als das Carnet de Touriste endlich nicht mehr als alleiniger Grund anerkannt wurde, um ein Visum zu bekommen. Bedauerlich war nur, dass das zuständige Referat gleich den Auslandsvertretungen wieder mit Disziplinarmaßnahmen und arbeitsrechtlichen Maßnahmen drohte, wenn Visa falsch erteilt würden. Darauf habe ich, wie Sie aus den Unterlagen sehen können, wirklich einmal heftig remonstriert, weil der Fehler bei der Zentrale lag, die die War-

nungen der Vertretungen jahrelang einfach ignoriert hatte oder, warum auch immer, nicht umgesetzt hatte.

Dann wurde ich im Jahre 2004 sozusagen zu einer ... (akustisch unverständlich), also nach Herat in Afghanistan abgeordnet. Da traten zum Glück keine Visaprobleme auf, weil wir in Herat keine ausgestellt haben - also nicht in Kabul. Anschließend wurde ich dann an die Botschaft Manila versetzt, wo ich jetzt Leiter bin. Manila ist auch ein kritischer Bereich für Visa; aber das Problem hat mit dem Carnet überhaupt nichts zu tun. Es geht hauptsächlich darum, festzustellen, ob junge Philippiner oder Philippinerinnen, die hier nach ihrem Antrag Freunde besuchen wollen, wirklich einen Besuch vornehmen oder ob sie Daueraufenthalt beabsichtigen. Auch gibt es eine große Zahl von Familienzusammenführungen - meistens durch Heirat einer Philippinerin mit einem deutschen Staatsangehörigen -, wo oft falsche Dokumente vorgelegt werden. Wir bemühen uns zumindest darum, im Schengen-Kreis einheitliche Maßstäbe anzulegen.

Das wäre es im Moment. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Danke schön, Herr Dr. Weishaupt. - Wir machen es hier so, dass die Vertreter der Fraktionen der Reihe nach Fragen an Sie richten. Ich möchte damit beginnen.

Sie waren also Sonderinspekteur in der Zeit von März 99 bis September 2001 und hatten große Erfahrungen in der Ausreichung von Visa gesammelt. Es ging bei Ihnen auch um Korruptionsfälle, die Sie untersuchen sollten. Ist Ihnen bei der Inspektion im September/Oktober 2000 über Korruptionsfälle an der Deutschen Botschaft in Kiew etwas bekannt geworden?

Zeuge Dr. Weishaupt: Als wir die Sonderinspektion durchgeführt haben, da lagen etliche Beschwerden und auch Anschuldigungen vor. Wir sind denen vor Ort nachgegangen, soweit wir es konnten. Aber es konnte niemandem etwas konkret nachgewiesen werden; denn sonst wären sofort entsprechende Maßnahmen getroffen worden.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Aber Warnhinweise hatten Sie zu der Zeit genügend?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wenn man sieht, dass Sie nur relativ wenige Tage oder eine Woche dort waren -- Dann kann man solche Fälle erfahrungsgemäß auch nicht restlos aufklären.

Es liegt uns ein Bericht vor; ich weiß nicht, wie viele Berichte Sie geschrieben haben. Einen haben wir, der VS-NfD eingestuft ist. Über die anderen Berichte müssten Sie uns dann wohl in nicht öffentlicher Sitzung noch etwas ergänzen. Der eine Bericht, datiert vom 10. November 2000, betrifft wohl diese Inspektion. Da sprechen Sie über die Ablehnungsquote und die Visabearbeitung in den EU-Staaten, also im Verhältnis Deutschlands zu den anderen Ländern. Da sprechen Sie von einer Diskrepanz zwischen unserer Ablehnungsquote, 2 Prozent, der französischen, 38 Prozent, und der niederländischen, zum Teil 80 Prozent. Für uns ist es sehr wichtig, dass die Praxis des einheitlichen Schengen-Vertrags durch die Schengen-Partner - Deutschland und die anderen - selbstverständlich im Wesentlichen gleich läuft. Es ist ja völlig sinnlos, einen Schengen-Vertrag zu unterschreiben, wenn sich ein Partner dann überhaupt nicht daran hält. Dieser Themenkomplex interessiert uns also sehr, weil sich so etwas in Schleuserkreisen ja herumspricht: Man muss zum Beispiel zu dem speziellen Schengen-Partner Deutschland gehen, da bekommen viele leicht ein Visum, während die anderen nicht so großzügig sind. Ist das der Umstand, den Sie festgestellt haben? Können Sie das mal näher erläutern?

Zeuge Dr. Weishaupt: Mein Mitarbeiter, Herr Klaus Müller, und ich haben dann natürlich mit den Kollegen aus den eben zitierten Ländern darüber gesprochen. Die äußerten Unverständnis darüber, warum bei uns die Ablehnungsquote so niedrig liegt. Bei den Niederländern hatte man das Gefühl, dass es nun wirklich etwas übertrieben wird. Aber die Diskrepanz war da und das habe ich ja dann auch in den Berichten deutlich zum Ausdruck gebracht. Uns war das erst mal -- Wir fanden das nicht gut - das liegt auf der Hand - und wir haben es dann auch bei den Besprechungen in der Zentrale deutlich gesagt. Aber wir stießen da wieder auf eine Gumm wand. Wir kamen damit nicht weiter.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Zu der Gumm wand kommen wir später noch. Sie haben das gerügt und gesagt, dass es so

nicht gehen kann, nehme ich an, und haben das berichtet. Aber dann haben Sie gemerkt: Von oben, von der Zentrale, werden diese Berichte nicht gewünscht? Oder wurden diese 2 Prozent für richtig gehalten? Da muss ja irgendwie argumentiert worden sein.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, so haben wir argumentiert. Ich weiß nicht, ob Sie das haben. Das ist vom 2. November 2000. Da hat Referat 514 dazu noch einmal Stellung genommen. Ich glaube, das ist Blatt 136, wenn ich das hier richtig lesen kann. Da steht: „1. Ablehnungsquote und Visumsbearbeitung“. Dann wird auf unseren Inspektionsbericht eingegangen. Da es nur VS-NfD ist, können wir ja auch daraus zitieren.

(Zuruf: Ja!)

Hier steht:

Es ist richtig, dass die Ablehnungsquoten der Botschaften Kiew und Minsk mit circa 2 Prozent relativ gering sind. Gleichwohl ist es verfehlt, daraus den Schluss zu ziehen, die Prüfungspraxis der Vertretungen sei unzureichend bzw. die Ausländerpolitik der Bundesregierung sei die Hauptursache.

Dann legt das Referat seinen Standpunkt im Einzelnen dar. - Soll ich Ihnen das mal zur Verfügung stellen?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Den haben wir. - Dann müssen wir kurz besprechen, was Sie als Fachmann als Hauptursache für diese Art der massenhaften Vergabe von Visa ansehen. Wir haben hier lange über alle möglichen Erlasse, die Personalausstattung und darüber diskutiert, was alles als kausal gelten kann. Halten Sie die Erlasse in der Zeit, in der Sie dort geprüft haben - im Herbst 2000 galt ja der berühmte Volmer-Erlass schon; die neue Visapolitik war in vollem Gang -, also das, was dort an neuer Visapolitik aus dem Auswärtigen Amt vorgegeben wurde, für kausal?

Zeuge Dr. Weishaupt: Das haben wir uns auch oft überlegt. Ich würde Folgendes sagen: In der Zeit bin ich öfter rausgegangen, um mit den Leuten in der Schlange zu sprechen. Ich spreche brauchbares Russisch; insofern gab es keine Sprachbarriere. Die Standardantwort, die ich in der Zeit bekommen habe, war: Ja, bei euch bekommt

man eben am leichtesten ein Visum und deshalb versuchen wir es hier. Einige sagten auch: Das wird außen recht gut vorbereitet. Denn direkt neben unserem Gelände, wo wir also nichts mehr machen konnten, standen dann Häuschen oder Buden; da wurde also alles Mögliche gemacht. Da wurden Remonstrationsbescheide gefertigt und die hatten Waschzettel, wie man uns sagte, was man bei einem Interview antworten soll, um möglichst glaubwürdig zu erscheinen.

Ich würde sagen, die Hauptursache ist die geringe Prüfungsdichte, die wiederum dazu führte: Bei euch bekommt man am leichtesten ein Visum. - Die Schlepperorganisation oder Unterstützerorganisation war eben vielleicht bei uns am besten - natürlich negativ am besten - ausgerüstet. Ich will nicht behaupten, dass das die allein selig machende Lösung ist. Aber so kam es uns jedenfalls vor. Die Stimmen der Leute aus der Schlange, die ich gerade zitierte, haben mir dies, meine ich, bestätigt.

Das Ganze war für alle unerfreulich; das sollte ich vielleicht hier auch sagen: nicht nur für die Sonderinspektion, für uns alle. Die Riesenschlangen, die jeden Tag - - Manchmal musste man wirklich sagen, es war eine Schande für die Bundesrepublik, wie das da aussah.

Aber unser Augenmerk war eben auch darauf gerichtet, da die Schlangen nun einmal da waren - wir konnten sie ja nicht weglegen -, dann eben ein neues System mit Terminvergabe und Ähnlichem zu erfinden, damit wenigstens diese ewigen 1 000 bis 1 200 Leute da nicht jeden Werktag vor der Tür standen. Das war dann neben der Frage Korruption und dem gerade Besprochenen die andere Aufgabe der Sonderinspektion, vor allem meines Mitarbeiters: zu versuchen, Vorschläge für eine bessere Organisation zu machen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Aber die Schlange vor der Visastelle ist ja ein äußerliches Merkmal. Nur, die statistischen Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache, egal wie man die Schlange vor dem Haus managt. Die Visazahlen sind ja explodiert, auch noch danach, 2001. Wie sehen Sie das, wo ist der Grund dafür zu sehen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Einer der wesentlichen Gründe ist die Prüfungsdichte, der andere eben das Carnet de Touriste, das

also als das Mittel galt, um am leichtesten ein Visum zu bekommen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wie war denn die Stimmung bei den Mitarbeitern? Mit denen haben Sie ja sicher gesprochen. Hatten Sie den Eindruck, dass die ihre Arbeit als richtig empfanden, also die mangelnde Prüfungsdichte, massenhafte Ausreichung bei Vorlage von Carnets de Touriste und später von Reiseschutzpässen? Wie haben die das empfunden?

Zeuge Dr. Weishaupt: Der größte Teil empfand das als mehr als unbefriedigend.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Warum?

Zeuge Dr. Weishaupt: Weil man das Gefühl hatte, die Leute - nicht alle natürlich, aber etliche Leute - schlüpfen einem einfach durch die Finger, Leute, die wirklich kein Visum hätten bekommen sollen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die haben das gewusst, gespürt?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, man spürt es instinktiv. Es kann gar nicht sein - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dass die zu touristischen Zwecken kommen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja. Dann kam noch ein Punkt hinzu, den ich eben noch nicht erwähnt habe: Hinzu kam, dass die Versuche der Botschaften - das war nicht nur Kiew -, zusätzlich Kontrollmaßnahmen bei den Carnets de Touriste einzuführen, von der Zentrale nachweislich unterbunden wurden.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das heißt, die Mitarbeiter haben aus ihrer Erfahrung gesagt: „Wir werden angelogen, das ist Missbrauch, wir müssten noch dieses und jenes an Kontrollelementen und Prüfungen einfügen“ und dann wurde von oben gesagt: „Nein, das wollen wir nicht“?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja. Ich habe zwei Beispiele jetzt im Kopf. Das eine war Kiew selber. Kiew hat vorgeschlagen - noch einmal: Carnet de Touriste -, dass die Leute, wenn sie sagen, sie reisen touristisch - Standard war, glaube ich, immer das Rheintal -,

zumindest eine bestätigte und bezahlte Hotelbuchung vorlegen sollen. Das wurde von der Zentrale abgelehnt; es sollte nach Erlasslage verfahren werden. Das andere war die Botschaft Baku in Aserbeidschan. Die hatten zur Kontrolle vorgeschlagen, dass die Leute, die mit Carnets de Touriste nach Deutschland gereist sind, nach Rückkehr vorsprechen müssen; anderenfalls bekommen sie kein Visum mehr. Auch das wurde abgelehnt.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das heißt, in der Zentrale wollte man einfach die Grenzen aufmachen und die Visa großzügig vergeben?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, auf der Grundlage, das Carnet reicht, und damit Punkt. Das ist ja dann erst erheblich später wieder eingeschränkt worden.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir haben hier stundenlang darüber debattiert, ob es die Nachlässigkeit der Beamten in den Visastellen war, die dafür kausal war, oder ob in der Zentrale die Hauptursache für diese Visapraxis der Grenzöffnung zu sehen ist.

Zeuge Dr. Weishaupt: Nach meinen Erfahrungen - das betraf natürlich vor allem Kiew, Minsk und dann später noch Bukarest und die Konsulate in Rumänien - hatte ich das Gefühl, dass die meisten Mitarbeiter dies widerstrebend taten, weil sie das Gefühl hatten: Wie wir es jetzt machen, ist es schlicht falsch.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die Beamten wussten also, was von oben erwünscht war?

Zeuge Dr. Weishaupt: Sie müssen das sehen: Die Botschaften schlagen etwas vor, es wird abgelehnt; die Sonderinspektion bringt das vor, zusammen mit Berichten des BGS, es wird abgelehnt in einer Form, die vielleicht auch nicht immer so gut war. Ich gehe noch zum Unterabteilungsleiter, der den Abteilungsleiter damit befasst, es bleibt dabei - da bleibt ein Gefühl des Unbefriedigtseins zurück.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Können Sie die beiden noch mit Namen nennen? Ich glaube, die hatten wir beide schon hier.

Der Unterabteilungsleiter war wer und der Abteilungsleiter war wer?

Zeuge Dr. Weishaupt: Unterabteilungsleiter war damals Herr Lohkamp und der Abteilungsleiter war Herr Westdickenberg.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Westdickenberg, den hatten wir hier. Der Herr Westdickenberg konnte sich an wenig erinnern; aber das gehört jetzt hier nicht so sehr zur Sache.

Zeuge Dr. Weishaupt: So stand es in der Presse, ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wohin kam der später? Der hatte diese Abteilung. Was war dann die Anschluss - -

Zeuge Dr. Weishaupt: Er war später oder ist jetzt noch Botschafter beim Vatikan.

(Hellmut Königshaus (FDP): Da braucht er keine Visa zu erteilen!)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Es ist immer wieder die Frage aufgetaucht, warum nur Kiew. War es denn nur Kiew oder gab es den massenhaften Missbrauch auch in anderen osteuropäischen Ländern?

Zeuge Dr. Weishaupt: Es war nicht nur Kiew; aber Kiew ist, wenn Sie so wollen, das traurige Beispiel für extrem hohe Zahlen und für die Verwendung aller Mittel. In Moskau ist es uns, als wir 99 da waren - das war ein Jahr vorher -, nicht so aufgefallen. Entweder es war noch nicht so oder wir haben es nicht gemerkt; das kann natürlich auch sein. Aber da waren einfach andere Fragen, wie ich vorhin ausführte: Regelung der Schlange, damit die Leute endlich mal in die Botschaft kamen; manche hatten da sieben Tage gewartet und waren nicht einmal reingelassen worden. Da waren eben andere Organisationsfragen prioritär. Ich würde sagen, Missbrauchsfälle gab es vermutlich an den Vertretungen im früheren Ostblock, also vor allem in der früheren Sowjetunion, aber wohl auch in Rumänien und Bulgarien. Aber in Kiew kam alles zusammen. Die Riesenzahl von Visa - Kiew hat ja dann Moskau weit überholt - spricht für sich.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Haben Sie auch etwas über ganz merkwürdige

Visaanträge von Versicherungen erfahren, die dann Hunderte - in mehreren Gruppen 2 000 und noch mehr - Visaanträge gestellt haben, also deutsche Versicherungen, Partner von der Allianz zum Beispiel? Ich verstehe das gar nicht, warum ein solcher Partner regelmäßig Hunderte, insgesamt 2 000 bis 3 000, Visaanträge stellen lässt. Können Sie sich das erklären?

Zeuge Dr. Weishaupt: Das ist im Prüfungsbericht Kiew enthalten. Das müssen wir, glaube ich, in nicht öffentlicher Sitzung machen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: In nicht öffentlicher Sitzung, gut.

Haben Sie, als Sie dann nicht mehr Sonderinspekteur waren, den Eindruck gehabt, dass Ihre Inspektionsergebnisse und -erkenntnisse der Zentrale lästig waren?

Zeuge Dr. Weishaupt: Lästig würde ich nicht sagen; aber man wurde eben mit leisem Lächeln abgebügelt. Ich würde es mal so nennen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: „Der hat nicht erkannt, was die neue Linie ist“?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, „der ist ein bisschen weltfremd“.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Weltfremd?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, was für einen selbst natürlich sehr beruhigend ist.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Im Nachhinein schon, ja. Und es - -

Zeuge Dr. Weishaupt: Entschuldigung, deshalb habe ich ja auch deutlich geschrieben: Wenn das mal überprüft wird, soll keiner sagen, wir hätten nicht ausdrücklich gewarnt. Es fiel ja uns allen auf - noch mal: vor allem auch den Botschaften, uns als Sonderinspektion, der allgemeinen Inspektion in Moskau und später denen in Kiew. Wir rannten - ich sage es noch mal - vor eine Gummiwand. Tut mir Leid, aber es war so.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Es ist ja im Nachhinein wichtig, dass Sie solche Berichte schreiben. Sie sehen ja, wie Jahre später dann versucht wird, den kleinen Beamten entweder als zu faul oder zu dumm, um die Erlasse zu verstehen, hinzustellen. Deswegen ist es ja wichtig, dass jemand wie Sie als Sonderinspekteur rechtzeitig warnt und sagt, was hier wirklich passiert und dass es nicht die kleinen Beamten sind, die dann schuld sein können. Das brauchen wir aber hier nicht zu vertiefen; das ist, glaube ich, alles schon aktenkundig. Das wird der Untersuchungsausschuss alles feststellen und für die Zukunft festhalten.

Haben Sie sich für das Generalkonsulat Saratow beworben?

Zeuge Dr. Weishaupt: Wie gesagt, es gab einen speziellen Grund, warum ich versetzt wurde. Man hat mich gefragt, ob ich wieder in ein russischsprachiges Land wollte. Außerdem wäre in dem Moment auch gar nichts oder wenig anderes frei gewesen. Da ich nun früher schon mal in Moskau war, 81/82, und die Jahre in Kasachstan verbracht hatte, habe ich eben Ja gesagt. Ich meine, ich habe mich - das kann ich wirklich sagen - nie vor schwierigen Plätzen gescheut. Ich war im Tschad, ich war im Sudan, ich war mit der Bundeswehr in Mogadischu, ich war jetzt noch mal in Afghanistan. Daran liegt es nun nicht. Wie gesagt, da ich brauchbar Russisch spreche, habe ich da auch keine große Sprachbarriere.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir werden ja nachher in nicht öffentlicher Sitzung möglicherweise noch einiges besprechen.

Dann gebe ich das Wort weiter an die SPD-Fraktion. - Herr Scholz, bitte.

Olaf Scholz (SPD): Ich habe nur eine Frage zu meinem Verständnis, wo ich Sie bitten würde, mir ein bisschen zu helfen. Wenn wir uns mit dem Carnet de Touriste und seiner Bedeutung für diese Fragestellung beschäftigen, komme ich, je länger ich mich damit beschäftige, immer auf ein Mengenproblem, das mich etwas umtreibt. Sie haben schon berichtet, dass es Kontingentierungen gegeben hat. Die habe ich mal für mich hochgerechnet. Die würden für Kiew bedeuten: 20 000 mögliche Visen mithilfe des Carnet de Touriste für 2000 und etwa 31 500 für 2001, von knapp 300 000 im ers-

ten und knapp 400 000 im zweiten Fall. Das ist ja relativ hoch gegangen. Das war also ein kleiner Teil von allen.

Insgesamt, sagt uns der ADAC - das wissen wir aus den Akten -, sind 2000 weltweit 56 000 Carnets de Touriste vom ADAC verkauft worden und in 2001 46 000. Das ist bei über 5 Millionen Visen weltweit, glaube ich, auch nicht bewegend. Jetzt habe ich auch noch einmal die Zahlen für Kiew, die der ADAC für sich als verkauft identifiziert hat. Das waren 2000 19 000 und 2001 auch 19 000, also bezogen auf alle ganz wenige.

Die Schwierigkeiten damit sind, glaube ich, weitgehend bekannt und unbestritten. Mir geht es jetzt mehr um die Relationsfrage, zu der ich mir ehrlicherweise mittlerweile keine Antwort mehr ausdenken kann. Da würde ich Sie mal fragen, ob Sie etwas dazu sagen können.

Zeuge Dr. Weishaupt: Das Carnet de Touriste hat sich praktisch auf die neuen Republiken der früheren Sowjetunion und auf den früheren Ostblock konzentriert. Der ADAC hat immer geltend gemacht, dass es kaum Rückforderungen seitens der Behörden gegeben hatte. Das mag auch angehen; darauf komme ich gleich. Aber von den Carnets de Touriste, die ausgegeben wurden, ist ein extrem hoher Anteil - das müssten wir nachher noch einmal in der nicht öffentlichen Sitzung erörtern; ich habe die Zahlen da - bei Leuten aufgefunden worden, die in der Bundesrepublik oder im Schengen-Raum verblieben sind, um dort illegal zu arbeiten.

Der Grund, warum der ADAC, meines Erachtens zumindest - unseres Erachtens, Sonderinspektion -, so wenig in Anspruch genommen wurde, ist, weil die Ausländerbehörden schlicht entweder nicht wussten oder aus welchen Gründen auch immer nicht bereit waren, den ADAC als Schuldner in Anspruch zu nehmen, sodass der Schaden, der durch das Carnet de Touriste entstanden ist, unseres Erachtens eine der gravierendsten Formen ist. Später wurde noch durch die Reiseschutzversicherung draufgesattelt, die später noch dazukam.

Olaf Scholz (SPD): Ja, das wissen wir ja alles. Das will ich auch gar nicht infrage stellen. Deshalb war meine Frage: Sie haben das ja untersucht; Sie haben das Problem der Erteilung von 300 000 Visen untersucht. Nicht ganz 20 000 hatten etwas mit dem Carnet de Touriste zu tun. Was ist mit den

anderen 280 000? Da kann ja die Problematik Carnet de Touriste keine Rolle gespielt haben; Herrn Kübler gab es noch nicht, sondern erst später, am Ende. Dieses Problem kennen wir auch; das ist auch kontingentiert gewesen. Mir geht es jetzt einfach nur darum, ein Gefühl für die Relation der jeweiligen Probleme zu entwickeln. Von der Zahlenlage her glaube ich, dass mit diesen Carnets etwas schief gelaufen ist. Aber von der Gesamtmenge müssen sie unbedeutend gewesen sein. Das wollte ich einfach von Ihnen noch einmal wissen: Was war mit dem Rest, was waren da die Probleme? Die können ja nichts mit dem Carnet de Touriste und mit dem Reiseschutzpass zu tun haben, wenn es in der Gesamtmenge, wie wir mittlerweile wissen, in den Jahren jeweils nur so wenige gegeben hat.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ich meine, eines kam dazu: Wenn jemand ein Carnet de Touriste kauft und dann losfährt, dann fährt er ja in aller Regel nicht alleine. Dann sind Familienangehörige und Sonstige mitgefahren.

Olaf Scholz (SPD): Was?

Zeuge Dr. Weishaupt: Bitte?

Olaf Scholz (SPD): Die haben kein Visum gekriegt, sondern sind im Pass des anderen mitgereist - so wie in Saudi-Arabien oder wie?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein, nein, minderjährige Kinder sowieso. Nein, aber ich meine jetzt meinetwegen den Ehegatten oder den Partner bzw. die Partnerin.

Olaf Scholz (SPD): Die kriegen kein Visum?

Zeuge Dr. Weishaupt: Die bekamen ja dann auch ein Visum.

Olaf Scholz (SPD): Ach so, aber das ist dann ja bei den 280 000 oder im Carnet de Touriste drin.

Zeuge Dr. Weishaupt: Das müsste dann bei den anderen angelandet werden: Einer, der behauptet, er kaufe ein Auto - um es mal so zu sagen -, nimmt die Leute mit. Die anderen bekamen dann, wenn der eine das

Carnet hatte - so habe ich es jedenfalls erlebt -, ebenfalls das Visum.

Olaf Scholz (SPD): Ohne Carnet?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ohne Carnet.

Olaf Scholz (SPD): Ach, das haben wir noch in keiner Akte gelesen.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, so habe ich es erlebt. Vielleicht waren es Einzelfälle; aber es kam vor.

Olaf Scholz (SPD): Ehrlicherweise komme ich mit der Relation von 20 000 zu 300 000 nicht richtig zurecht, eigentlich überhaupt nicht.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
142 000 Reiseschutzpässe allein
bei Kübler! Was sind das denn für
Zahlen? - Gegenruf der Abg. Mo-
nika Heubaum (SPD): Kübler gab
es ja noch nicht!)

Zeuge Dr. Weishaupt: Sie nennen mir Zahlen. Ich kann die jetzt nicht nachprüfen, nicht? Aber ich bleibe dabei: Der Schaden, der durch das Carnet de Touriste und später die draufgesattelten Reiseschutzversicherungen entstanden ist, ist enorm. Das war die größte Lücke, die einfach nicht geschlossen wurde.

Olaf Scholz (SPD): So ganz viel klüger fühle ich mich jetzt nicht. Aber jetzt gebe ich an die Kollegin weiter.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Darf ich einmal kurz dazwischen eine Verständnisfrage stellen? - Hatten Sie aufgrund Ihrer Sonderinspektion den Eindruck, dass die größte Zahl über Carnets de Touriste und später dann Reiseschutzpässe reinkam oder war das Reisebüroverfahren nicht vielleicht die noch größere Einbruchsstelle?

Zeuge Dr. Weishaupt: Zu der Zeit, als wir in Kiew waren, war das Reisebüroverfahren, wenn ich mich recht erinnere, relativ in Blüte. Von daher kam eben eine Unzahl von Anträgen. Wie es in Kiew dann weiterging, weiß ich nicht. Wir hatten in Saratow nachher, also ein Jahr später, mit Ausnahme von zwei Reisebüros keine Reisebüros mehr angenommen, weil die Leute einfach unzu-

verlässig waren, sodass also Reisebüroanträge, die die Botschaften zugelassen haben, immer die große Gefahr mit sich brachten, dass da eben unlautere Dinge vor sich gingen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Eine Frage an Frau Dr. Flor: Der Zeuge kann hier nur begrenzt Aussagen machen, weil er durch die Einstufung seines Berichts als VS-Vertraulich durch Sie gehindert wird, Dinge zu sagen, die an und für sich jederzeit in der Öffentlichkeit gesagt werden könnten. Können Sie uns sagen, ob wir diesen einen - seinen - Bericht, der VS-Vertraulich eingestuft ist, nicht herunterstufen könnten?

VLR'n Dr. Flor (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich kann nur darlegen, aus welchen Gründen wir die Inspektionsberichte VS-V eingestuft haben. Der Charakter der Inspektionen ist so, dass grundsätzlich eben auch die Arbeit der Vertretung und einzelner Kollegen bewertet wird. Das heißt, die Berichte enthalten grundsätzlich immer auch Aussagen zu bestimmten Kollegen oder zu der gesamten Arbeit und der Leitung der Auslandsvertretung. Daher schien uns aus Gründen des Schutzes von Persönlichkeitsrechten unabdingbar, dass wir diese Dinge nicht in öffentlicher Sitzung behandeln.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das ist verständlich.

VLR'n Dr. Flor (AA): Auf diese Teile bezieht sich auch die Einstufung; das ist ganz klar.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Zeuge, ist in dem Bericht, von dem wir jetzt reden, eine personenbezogene Leistungsbeschreibung der Arbeitsweise enthalten? Haben Sie irgendwo eine Leistungsbewertung vorgenommen, zum Beispiel dass die V-sastelle in Gestalt des Mitarbeiters X oder Y unzufriedenstellend arbeitet oder Ähnliches - sodass man da Persönlichkeitsrechte schützen müsste, meine ich?

Zeuge Dr. Weishaupt: Da müsste ich jetzt wirklich nachsehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Da müssten Sie nachschauen. - Herr von Kladden.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Nur mal die Frage, Frau Dr. Flor: Wenn der Zeuge hier versichert, dass er sich eben nicht zu der persönlichen Leistung von Kolleginnen und Kollegen äußert, ist es dann nicht möglich, dass die Teile, die nicht personenbezogen sind, sondern allgemeine Zusammenhänge beschreiben, hier besprochen werden können? Denn uns interessiert ja nicht die Dienstaufsicht, was die Personen angeht. Wir wollen hier ja keine Personalakten untersuchen, sondern uns geht es hier um den großen Zusammenhang.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Frau Dr. Flor.

VLR'n Dr. Flor (AA): Herr Abgeordneter von Klaeden, ich hatte auch in meinem Vorgespräch mit dem Zeugen darauf hingewiesen, dass sich die Einstufung genau auf diese Dinge bezieht. Es ist ja immer so gewesen, dass allgemeine Fragen nach dem Kenntnisstand des Zeugen beispielsweise zur Lage an der Botschaft Kiew in keiner Weise eingeschränkt waren. Das ist aus meiner Sicht auch hier so. Unsere Einstufung bezieht sich ganz spezifisch auf diese Dinge. Von daher gesehen spricht natürlich nichts dagegen, dass allgemein der Eindruck von der Lage an der Botschaft in Kiew hier erörtert wird.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Dann haben wir das für das Protokoll: Sie sind frei - jetzt haben wir es im Protokoll stehen -, dass alles, was nicht sozusagen personalaktenrelevante Informationen enthält, hier besprochen werden kann.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das ist bei Ihnen angekommen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie können jetzt aus Ihren Berichten zitieren, nur eben keine personenbezogenen Dinge, Personaldaten, Leistungsbeschreibungen usw. - Dann würde ich jetzt ganz gern fortfahren. Die SPD hat das Wort. - Bitte schön.

Monika Heubaum (SPD): Herr Dr. Weishaupt, ich wollte noch mal bei den Carnets de Touriste weiter nachfragen. Sie hatten in Ihrem Bericht ausgeführt, dass Gott

sei Dank seit 2003 das Carnet de Touriste nicht mehr als einziger Beleg für die Erteilung eines Visums akzeptiert wurde. Das macht mich etwas stutzig; denn das Carnet de Touriste war ja eigentlich nur die Kostenabdeckung. Es mussten ja auch immer noch weiter der Reisegrund und die Rückkehrbereitschaft geprüft werden.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Oh Mann, oh Mann, oh Mann!)

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein, nein.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das haben wir schon ein paar Mal behandelt.

Zeuge Dr. Weishaupt: Mit Respekt, es lief darauf hinaus: Wer ein Carnet de Touriste hatte, der konnte reisen, wenn es nicht gerade eklatant war, und alle weiteren Nachweise, die Botschaften bringen wollten, die wir auch befürwortet haben, wurden abgelehnt. So war es. Die Zweifel kamen reichlich spät.

Monika Heubaum (SPD): Jetzt haben Sie auch ausgeführt, dass die Prüfdichte so gering war, als es um die Ablehnung ging. Nun ist eine Ablehnungsquote ja nicht ein Wert an sich, sondern es hat ja auch mit der Qualität der Anträge zu tun. Warum war denn die Prüfdichte Ihrer Ansicht nach so gering?

Zeuge Dr. Weishaupt: Wenn Sie so wollen, greift da eines ins andere: Wenn Sie eine Riesenzahl von Antragstellern vor der Tür haben, dann versuchen Sie, das abzuarbeiten. In Kiew ging es personalmäßig einigermaßen. Aber auch da war die Zahl so groß, dass die Zeit für die Prüfung oder das Interview, das mit den Leuten gemacht wurde - außerdem durch einheimische Kräfte erst einmal am Schalter -, immer mehr sank; die betrug sechs Minuten und ging noch weiter runter. Das kann Herr Schäfer, der nachher kommt, allerdings besser im Detail ausführen als ich. Dadurch sinkt die Prüfdichte und damit steigt die Zahl der Fehler, die gemacht werden, und daher auch die Möglichkeit, dass noch mehr Leute illegal einreisen.

Monika Heubaum (SPD): Aus Ihren Erfahrungen heraus können Sie mir vielleicht sagen: Haben sich die Visastellen erst Ende der 90er-Jahre zum Problem entwickelt oder

war das auch schon Anfang der 90er oder zu einem anderen Zeitpunkt so?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ich kann da vielleicht ganz kurz zurückgehen. Als ich 81/82 in Moskau war, hatten wir überhaupt keine Probleme. Warum? Weil kein einziger Sowjetbürger in die Botschaft durfte, um einen Antrag zu stellen. Die wenigen, die überhaupt reisen durften und die Erlaubnis bekamen, die wurden von uns visiert und dann holte das Außenministerium sie wieder ab. Die Zahlen waren verschwindend gering. Das Ganze änderte sich dann ab - Augenblick - 96/97, also unter Gorbatschow, als sich die Ausreisepolitik der noch existierenden Sowjetunion änderte. Da gingen die Tore auf und die Zahl der Visaantragsteller, die dann auch in die Botschaft durften, stieg sprunghaft.

Monika Heubaum (SPD): Es war dann ab Mitte der 90er ungefähr, die zweite Hälfte der 90er?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, und wie vorhin gesagt, in Kasachstan auch. Da hatten wir - ich habe die Zahl vorhin genannt - nach meiner Erinnerung im Jahre 1993 123 000 Aussiedlervisa plus 30 000 oder 40 000 sonstige Visa, also Riesenzahlen auch da. Die Zahl der Aussiedlervisa sank dann natürlich, nachdem die meisten oder ein großer Teil ausgereist waren.

Monika Heubaum (SPD): Aber dann ist ja festzustellen, dass es diese großen Antragszahlen auch schon früher gegeben hat und dass es nicht ursächlich mit dem Erlass vom März 2000 zusammenhängt. Die großen Antragszahlen hat es dann auch offensichtlich schon früher gegeben.

Zeuge Dr. Weishaupt: Große Zahlen hat es gegeben. Nur, als der berühmte Erlass dann in Kraft war, konnten Sie zum Beispiel in Ankara eine recht starke Zunahme der Zahl der Antragsteller sehen. Also, das Ziel dieses Ausschusses - - Ich kann das nicht endgültig bewerten. Aber meines Erachtens hat der Runderlass dazu beigetragen, dass die Zahl stieg. Wo die Kette ansetzt, darüber kann man sich wirklich streiten. Viele Leute, niedere Prüfdichte, dann spricht sich herum, bei den Deutschen gibt es schnell Visa, wodurch die Zahl weiter steigt.

Monika Heubaum (SPD): Hat es bei den Visastellen auch Korruptionsfälle gegeben?

Zeuge Dr. Weishaupt: Hat es, ja. Wir mussten zum Beispiel in Saratow im Jahr 2003 drei Leute entlassen, also drei einheimische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die leider - leider! - jahrelang Geld genommen hatten, um Leuten zu helfen, schneller Visa zu bekommen.

Monika Heubaum (SPD): Nun gibt es ja nicht nur Touristenvisa, sondern auch Geschäftsvisa. Bei Schleusungsverfahren ist dann eben auch oftmals ermittelt worden, dass durch Geschäftseinladungen geschäftliche Zwecke dazu genommen wurden, um entsprechende Visa erteilt zu bekommen. Auch hier hat es eben doch häufig Missbrauch gegeben. Wie ist es mit den Bona-fide-Listen der Unternehmen gewesen, wie ist man auf die Bona-fide-Liste gekommen, inwieweit wurde da genau überprüft? Muss-ten sich die Firmen bei den Botschaften bewerben oder wie ging das? Können Sie das vielleicht so ein bisschen ausführen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Eine völlig einheitliche Praxis gab es nicht. Aber die meisten folgten dem Prinzip: Geschäftsleute, also Firmeninhaber, reisen erstens häufig - sonst wäre ja auch kein Interesse -, sind mehrfach selber gereist und zurückgekommen, und haben zweitens eine Firma, die, soweit man sehen kann, auf einigermaßen gesicherter Grundlage steht. Den nehmen Sie in die Bona-fide-Liste auf, sagen ihm aber: Wenn Sie selber oder einer Ihrer Mitarbeiter nicht zurückkommen, werden Sie sofort wieder von der Liste gestrichen. - Also, auf diesen drei Punkten baut das auf.

Monika Heubaum (SPD): Wissen Sie zufällig, wie viele Unternehmen auf der Liste standen, mit der die Botschaft Kiew speziell gearbeitet hat?

Zeuge Dr. Weishaupt: Da muss ich passen, das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Kollegin, die Zeit ist um; aber Sie können in der nächsten Runde fortsetzen, ja?

Monika Heubaum (SPD): Ja, danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Von der CDU/CSU-Fraktion spricht jetzt Frau Noll.

Michaela Noll (CDU/CSU): Herr Botschafter, noch mal ganz kurz zurück: Sie hatten eben von der Gründung einer Sonderinspektion gesprochen, dann wieder sprechen Sie von dem Begriff Inspektion. Was ist im Endeffekt der Anlass für die Gründung der Sonderinspektion gewesen? Gab es dafür einen bestimmten Anlass?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja. Anlass waren zahlreiche Vorwürfe gegen Botschaften bzw. Mitarbeiter von Botschaften und Generalkonsulaten, mit denen in den Jahren 95/96 - das war also weit davor - die Vertretungen beschuldigt wurden, dass systematisch Geld für die schnellere Erteilung von Visa und Ähnliches genommen würde. Das führte dazu, dass dann ab 97 eine Sonderinspektion eingerichtet wurde. Ich war der Nachfolger des ersten Sonderinspektors. Die allgemeine Inspektion ist die, die sämtliche Vertretungen in dem Zeitraum von vier, fünf Jahren prüft - alles: Verwaltung und was auch immer -, während die Sonderinspektion eben auf Missbrauchsfälle und Organisationsschwächen in Visastellen konzentriert war.

Michaela Noll (CDU/CSU): Das heißt, das waren die konkreten Aufgaben. Wenn Sie das dann festgestellt haben, haben Sie ein Resümee und eine Handlungsempfehlung gemacht?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja.

Michaela Noll (CDU/CSU): Wissen Sie, bis zu welcher Leitungsebene diese Handlungsempfehlungen dann hochgeschickt wurden und wie man - - Sie hatten es ja eben schon, ich sage mal, traurigerweise festgestellt, dass man das nicht richtig wahrgenommen hat oder auch nicht ernst genommen hat. Woran machen Sie das fest?

Zeuge Dr. Weishaupt: Das war ein fester Verteiler. Den Bericht bekam der D 1, also der Leiter der Allgemeinen Abteilung, und bei den Fachabteilungen ging es zum DG 50, zum DG 51 und dann bis zum D 5, also bis zu Herrn Westdickenberg. Das bekamen also der Abteilungsleiter, der Leiter der Rechtsabteilung, die beiden Unterabteilungsleiter,

die Fachreferate und in der Abteilung 1 der Ministerialdirektor, der die Allgemeine Abteilung leitet. Bis dahin war es angesiedelt. Vom Büro Volmer kam einmal auch eine Reaktion; die betraf aber nicht die Visafrage, sondern den Punkt, dass die Sonderinspektion bemängelt hatte, dass viele Visastellen dem Anspruch, Aushängeschild der Bundesrepublik Deutschland zu sein, absolut nicht entsprechen. Wir hatten, etwas drastisch formuliert, einige Stellen, die eher einer Zelle aus der Serie „Der Kommissar“ als einer Visastelle ähnelten, die für sich in Anspruch zu nehmen hat, ein gutes Bild zu bieten. Da kam einmal eine Reaktion vom Büro Volmer, worin stand, man müsste sehen, ob man nicht Geld im Haushalt des Auswärtigen Amtes umschichten könnte, um diese Mängel zu beheben. Zumindest dieser Bericht ist also mal bis dahin gelangt.

Michaela Noll (CDU/CSU): In verschiedenen Berichten, die mir vorliegen, auch einem Kabelbericht vom 12.02.2003, sprechen Sie von stundenlangen Auseinandersetzungen telefonischer Art oder über Schriftverkehr, E-Mail-Verkehr. Wie hat sich diese Auseinandersetzung dargestellt und wie ist man hinterher damit umgegangen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Diese Diskussion fand also persona ad personam statt. Wir trafen uns nach jeder Inspektionsreise unter anderem auch mit den Referaten der Abteilung 5, die für Visafragen zuständig waren, und sind dann die relevanten Teile des Inspektionsberichts durchgegangen. Ich habe dann deutlichst meine Bedenken wegen der vorhin diskutierten Mängel zum Ausdruck gebracht.

Michaela Noll (CDU/CSU): In einem Drahtbericht vom 12.02.2003, den ich gerade angesprochen habe, sprechen Sie auch von unpräzisen Erlassen. Was haben Sie darunter verstanden? Was war unpräzise?

Zeuge Dr. Weishaupt: Zu der Zeit war ich schon seit anderthalb Jahren in Saratow. Das bezieht sich auf einen Teilrunderlass vom Januar, in dem stand, dass man - das hat jetzt nichts mit dem Carnet zu tun, sondern mit Einladungen - nicht nur die Einladung aus der Bundesrepublik prüfen, sondern auch sehen soll, ob bei den Leuten ausreichende Finanzmittel vorhanden sind. Daraufhin habe ich gesagt, das ist unpräzise;

denn wenn wir anfangen, auch das zu prüfen, müssten wir in Saratow 80 Prozent der Leute ablehnen, weil die meisten einfach auf das Geld von Verwandten und Bekannten aus der Bundesrepublik angewiesen sind. Die bezahlen denen die Reise und den Aufenthalt. Sollten die plötzlich erhebliche Eigenmittel vorweisen können, müssten wir 80 Prozent ablehnen.

Michaela Noll (CDU/CSU): Ich denke mal, das Auswärtige Amt - glauben Sie das auch? - hatte doch zu dem Zeitpunkt auch Kenntnis über die wirtschaftlich desolante Situation der Antragsteller.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, sicher. Dafür war ja auch diese Verpflichtungserklärung gedacht: dass derjenige tatsächlich die Kosten übernimmt und eben auch haftbar gemacht wird, wenn der Betreffende zusätzliche Kosten verursacht.

Michaela Noll (CDU/CSU): Sie sprechen in dem Kabelbericht auch davon, wenn man dem Ganzen nicht folgt, dass dann Sanktionen angedroht wurden. Ist das die übliche Weise, wie man von der Zentrale miteinander kommuniziert? Sie haben ja gewarnt, Sie haben gesagt, da gibt es Defizite, und dann wird im Endeffekt relativ massiv gedroht, wenn sie sich daran nicht halten.

Zeuge Dr. Weishaupt: Das war dann der Runderlass oder Teilerlass, in dem wieder stand: Es wird darauf aufmerksam gemacht, wenn Visa fehlerhaft erteilt werden oder wenn da Fahrlässigkeit vorkommt, dann kann es arbeitsrechtliche und disziplinarrechtliche Maßnahmen geben. So hieß es sinngemäß; ich habe den Wortlaut jetzt nicht vorliegen. Wie gesagt, das ging mir wirklich über die Hutschnur: Als dann endlich erkannt wurde, dass die Carnets de Touriste und andere Dinge schon lange hätten abgeschafft oder anders gestaltet werden müssen, und man dann den Vertretungen gleich wieder sagte, wehe, ihr macht Fehler, dann passiert was, habe ich eben gesagt, da soll sich die Zentrale - diejenigen, die das vorher immer abgebügelt haben - wirklich mal an die eigene Nase fassen, auf Deutsch gesagt.

Michaela Noll (CDU/CSU): Ich würde gern auch noch mal auf das Schreiben eingehen, das Sie am 27. März 2003 an Herrn

von Kummer gerichtet haben. Sie waren ja positiv davon angetan, dass der „Kölner Stadt-Anzeiger“ die Sachen festgestellt hat, die aus Ihren Drahtberichten hervorgegangen sind. Da sprechen Sie auch von einem Telefongespräch. Könnten Sie noch mal ein bisschen resümieren, was im Endeffekt Anlass des Telefongesprächs war und was Sie konkret mit ihm besprochen haben?

Zeuge Dr. Weishaupt: Wenn Sie mir gestatten, dass ich das mal eben heraususche. Augenblick, bitte.

Michaela Noll (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Weishaupt: Sie müssen es mir vorlesen; ich finde es im Moment nicht.

Michaela Noll (CDU/CSU): Da steht: Die darin dargestellte Entwicklung entspricht genau dem, was ich Ihnen in meinem früheren Drahtbericht schilderte und was Sie und ich bei unserem Telefongespräch im Februar besprochen hatten. Damit war die entsprechende Verfahrensweise anscheinend absolut unangreifbar geworden und sämtliche Einwände der Auslandsvertretungen und der Sonderinspektionen wurden nicht berücksichtigt. Später erfolgte dann die Ausweitung auf weitere Versicherungen; das katastrophale Ergebnis lag offen zutage.

Da haben Sie im Endeffekt einen Sachstandsbericht gegeben und das auch noch mal mit ihm näher diskutiert.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, ich hatte den Drahtbericht gemacht und daraufhin rief mich Herr von Kummer selber an und sagte, er sei jetzt dabei, nach Möglichkeit - sinngemäß - Ordnung zu schaffen. Dann haben wir noch mal darüber gesprochen, dass das Carnet de Touriste in dieser Form einfach unhaltbar ist und das ganze Verfahren strenger gehandhabt werden muss, um diese Flut einzudämmen. Die Rede war dann insbesondere auch von den zusätzlichen Reiseschutzpässen und den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Köln und den Verfahren, die dann anhängig wurden.

Michaela Noll (CDU/CSU): In dem Schreiben gehen Sie auch noch mal darauf ein, dass Sie sich anscheinend mit Herrn Grabherr und Herrn Manig auseinander gesetzt haben, was oft, sage ich mal, sehr un-

erfreulich war. Können Sie das noch mal darlegen, wieso Sie zu diesem Resümee gekommen sind?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ich wollte die Namen ja nicht nennen; aber nun sind sie ja mal hier im Raum.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist alles schon bekannt!)

- Okay. Also, Herr Grabherr und Herr Manig und in geringerem Maße auch Herr Westphal waren unsere Hauptansprechpartner nach jeder Inspektionsreise und auch später von Saratow aus. Da war eben das, was ich vorhin schilderte. Wir haben das wirklich deutlich dargelegt und auch manchmal wirklich deutlich gefragt, ob sie es nicht kapierten, was da abgeht. Entweder sie wollten es nicht oder sie konnten es nicht. Das war sehr unerfreulich, weil man dann wirklich - ich sagte es vorhin schon - von oben herab nach dem Motto behandelt wurde: Ihr versteht einfach nicht, was die neue Linie ist. So ungefähr, nicht?

Michaela Noll (CDU/CSU): Waren Sie denn mit dem Antwortschreiben, das Sie dann von Herrn von Kummer bekommen haben, auch zufrieden?

Zeuge Dr. Weishaupt: Jein. Ich meine, er war ja auch dabei, Dinge zu ändern. Aber er wollte eben auch nicht einmal schriftlich niederlegen, dass die Zentrale auch sich selber hätte korrigieren können, und zwar erheblich früher.

Michaela Noll (CDU/CSU): Sie waren ja irgendwann nicht mehr Sonderinspekteur. Gab es bestimmte Gründe für das Ende der Tätigkeit? Waren Ihre Berichte vielleicht zu genau?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein, nein. Ich sage noch mal: Ich wollte den eigentlichen Grund nicht öffentlich nennen.

Michaela Noll (CDU/CSU): Dann können wir es vielleicht zurückstellen.

Zeuge Dr. Weishaupt: Aber wenn Sie wollen, kann ich es nennen. Der Grund war ein völlig anderer: Es gab eine Morddrohung gegen mich - nachweislich - wegen der Entlassung einer Ortskraft an einer Botschaft im Nahen Osten, der dann gedroht hatte, mich

umzubringen, und wenn es das Letzte ist, was er in seinem Leben tut.

Michaela Noll (CDU/CSU): Unerfreulich.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, das war unerfreulich. Das war einer der Fälle, wo Korruption eindeutig da war. Der Betreffende wurde auch sofort entlassen, also zum Ende des Monats. Derjenige drohte dann eben am Telefon, wie ich gerade sagte, er würde mich umbringen, und wenn es das Letzte ist, was er tut. Das war der Grund, nicht, dass die Berichte kritisch waren oder sonst was. Geplant war, dass ich das bis Sommer 2002 noch fortführen sollte.

Michaela Noll (CDU/CSU): Ich möchte noch mal ganz kurz einen Schwenk zu der Ablehnungsquote machen, die Sie am Anfang angesprochen haben. Das war ja eine relativ deutliche Diskrepanz: Die Ablehnungsquote an der Deutschen Botschaft war 2 Prozent und sonst lag sie, sage ich mal, bei den Holländern bei 80 Prozent. In einem Schreiben vom 10. November 2000 deuten Sie an, dass es sein kann, dass auch in der Schengen-Runde Beschwerde dazu erhoben wird. Wissen Sie, ob das auch entsprechend stattgefunden hat?

Zeuge Dr. Weishaupt: Zu meiner Zeit wurde das in der Schengen-Runde nicht thematisiert. Sie meinen jetzt die Schengen-Runde in Brüssel, nicht?

Michaela Noll (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein, es ist mir nicht bekannt geworden.

Michaela Noll (CDU/CSU): Dann sprechen Sie in einem weiteren Bericht vom 14. Dezember 2000 auch noch mal die gesteigerten Zahlen von 37 Prozent an und sagen, es hat eine Besprechung am 01.11. stattgefunden. Was ist der Anlass dieser Besprechung gewesen und wer hat denn daran teilgenommen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Das war die Besprechung nach Abschluss der Inspektionsreise nach Kiew und nach Minsk. Das war die Besprechung mit Referat 514 und da wurden die Dinge, wie ich gerade eben geschildert habe, diskutiert.

Michaela Noll (CDU/CSU): Da wurde das diskutiert. Ist danach irgendwas veranlasst worden oder hat man das im Endeffekt zur Kenntnis genommen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Man hat es mit überlegenem Lächeln zur Kenntnis genommen. Das Referat hat dann in einer Zuschrift noch mal seinen Standpunkt dargelegt. Das hatten wir vorhin schon mal kurz zitiert.

Michaela Noll (CDU/CSU): Sie hatten verschiedentlich davon gesprochen, dass es am Anfang auch Probleme gab, weil nicht entsprechendes Personal vorhanden war. Sahen Sie das als alleinigen Grund oder trifft es nicht vielmehr zu, dass im Endeffekt die Erlasse zu dem massiven Ansteigen geführt haben?

Zeuge Dr. Weishaupt: Da muss ich sagen, das Problem, dass man zu wenig Leute hat, um Massenandrang zu bewältigen, hatten wir auch vorher. Das Problem gab es in Warschau von, sagen wir, 83 bis 85, als der Visabetrieb wieder einsetzte. Das gab es auch in Kasachstan. Es bedurfte oft massiver Intervention über alle möglichen Kanäle, damit wir mehr Leute bekamen, um es zu bewältigen. Nach Kiew wurden ja noch relativ zügig Leute geschickt; aber an anderen Vertretungen reichte es vorne und hinten nicht.

Michaela Noll (CDU/CSU): Wie oft haben Sie eigentlich mit der Zentrale kommuniziert? War das in bestimmten Abständen oder immer nur, wenn es konkreten Anlass gab?

Zeuge Dr. Weishaupt: Sie meinen, während der Inspektionszeit?

Michaela Noll (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Weishaupt: Während der Inspektionszeit nach jeder Reise. Nach jeder Reise fand eine Besprechung mit all den Referaten statt: nicht nur der Abteilung 4, sondern auch der Abteilung 1 oder mit sonst jemandem, der die Themen berührte, die auf der Inspektionsreise aufgefallen waren - nach Abschluss jeder Reise.

Michaela Noll (CDU/CSU): Dann hatten Sie Ihre Berichte geschickt und dann ist manchmal nichts passiert. Dann haben Sie ja manchmal noch einen Drahtbericht nachge-

schickt, um noch mal nachzufragen. Hat man dann auch noch mal Rücksprache mit Ihnen genommen und hat versucht, zu erläutern, warum nichts geschehen ist?

Zeuge Dr. Weishaupt: Das war nur einmal in dem Schreiben von 514, wo noch mal die Frage des Carnet und die 2 Prozent aus Sicht des Referats gerechtfertigt wurden.

Michaela Noll (CDU/CSU): Haben Sie denn das Gefühl, dass heute die große Problematik mit den Visastellen und Visaerschleichung gelöst ist, oder haben Sie immer noch den Eindruck, dass wir da nach wie vor ein relativ großes Problemfeld haben?

Zeuge Dr. Weishaupt: Gelöst wäre zu schön, um wahr zu sein. Das ist meine Meinung. Ich meine, ich sehe das jetzt aus der Sicht von Manila. Das ist eine andere Perspektive als früher Kiew oder die frühere Sowjetunion. Wir sehen auch da, wie mit allen Mitteln versucht wird, entweder Scheinheiraten zustande zu bringen oder Ähnliches, um jemandem den Daueraufenthalt in der Bundesrepublik oder in anderen Schengen-Staaten zu ermöglichen. Ich fürchte, das Problem der Visaerschleichung durch Betrug oder auf andere Weise und auch die mögliche Korruptionsanfälligkeit werden Themen sein, die uns noch lange - wahrscheinlich für immer - beschäftigen werden.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die Zeit ist vorbei. - Herr Montag, bitte.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Weishaupt, auf diesen Sonderinspektionsbericht Kiew, über den wir uns jetzt auch schon unterhalten haben, gab es vom Auswärtigen Amt, vom Herrn Dr. Manig, eine Antwort. Ich darf da einen Satz - Blatt 137 - zu der Ablehnungsquote zitieren. Da heißt es: Wie der Inspektionsbericht Kiew zu Recht in Ziffer 4.2 festhält, lag die Ablehnungsquote der Botschaft Kiew schon 1999 bei nur 2 Prozent - also vor der Geltung des Runderlasses vom März 2000 -, im Jahr 98 - also noch vor der Umsetzung der neuen Ausländerpolitik der Bundesregierung zum Beispiel durch die verbesserte Visumpraxis - lag die Ablehnungsquote bei nur 1 Prozent.

Sind die Zahlen richtig, sind die auch aus Ihrem Bericht ersichtlich? 99 2 Prozent Ablehnung und 98 circa 1 Prozent Ablehnung.

Zeuge Dr. Weishaupt: Die Zahlen wurden uns, wenn ich mich recht erinnere, so präsentiert. Die habe ich dann übernommen, weil ich sie statistisch nicht nachrechnen konnte.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es für Sie irgendeinen Anlass, an den Zahlen zu zweifeln?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ich fand es bedauerlich niedrig, offen gestanden.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ob sie stimmen oder nicht?

Zeuge Dr. Weishaupt: Also, ich bin davon ausgegangen, dass es stimmt, wenn es mir vorgelegt wird, solange ich keine anderen Anhaltspunkte habe.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben Sie uns auch heute noch mal erzählt, dass es gerade in der Ukraine frappant hohe Diskrepanzen zwischen den Ablehnungsquoten der anderen Schengen-Länder und Deutschlands gab. Dazu äußert sich der Herr Dr. Manig in dem Schreiben unter anderem, indem er sagt, dass die Niederländer, die eine relativ hohe Ablehnungsquote in diesem Zeitraum hatten, bei der Prüfung der Visaanträge festgestellt hätten, dass die Leute zu einem hohen Prozentsatz gar nicht nach Holland, sondern nach Deutschland wollten und dass die deswegen da abgelehnt worden sind und dann bei der Deutschen Botschaft ankamen. Ist diese Argumentation des Herrn Dr. Manig stichhaltig? Haben Sie auch feststellen können, dass es so etwas gegeben hat?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ich habe die Argumentation definitiv nicht für stichhaltig gehalten.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nicht?

Zeuge Dr. Weishaupt: Weil die niederländische Kollegin, mit der wir ja gesprochen hatten, uns erklärte, sie bekomme eine derart hohe Zahl von gefälschten Urkunden und

Ähnlichem plus Scheineinladungen und sei nicht bereit, die Leute ins Land zu lassen. Daher hat sie sogar, glaube ich, mit ihrem eigenen Ministerium etwas Schwierigkeiten bekommen. Aber sie ist bei ihrer Quote geblieben. Aber wenn überhaupt Ukrainer dahin gegangen sind und dann abgelehnt wurden und zu uns gekommen sind, dann liegt es daran, dass der Betreffende gesagt hat, mein erstes Einreiseziel ist Deutschland.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Weishaupt: Dann musste die Niederländerin sagen: Wir sind nicht zuständig.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Dr. Manig führt ja sogar einen Beispielfall mit einer ukrainischen Rodlergruppe an, die angeblich nach Holland reisen wollte und denen man gesagt hat: Das passt irgendwie nicht. Wollt ihr nicht eigentlich nach Deutschland? Dann sei das wohl rausgekommen und dann seien sie abgelehnt worden. Ist das jetzt ein Unikum? Sie jedenfalls wissen nichts davon, dass es solche Fälle auch gegeben hat?

Zeuge Dr. Weishaupt: Der Fall ist in der Tat ein Unikum. Ich meine, es ist auch vielleicht nicht gerade hohe Intelligenz, wenn man eine Rodlergruppe in die Niederlande schicken will.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist wahr, ja.

Zeuge Dr. Weishaupt: Da gibt es nicht viel zu rodeln.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Weishaupt, zu dem Reisebüroverfahren: Wir haben Frau Hoppmann hier als Zeugin gehört und haben sie auch vernommen und zu dem Reisebüroverfahren befragt, wie es in der Ukraine zu ihrer Zeit an der Botschaft in Kiew gehandhabt worden ist. Wir haben von ihr erfahren, dass wohl nur in Kiew - das wäre schon ein erster Teil meiner Frage, ob Sie da etwas wissen - die Botschaft so vorgegangen ist, dass es keine Positivliste gab, also eine Liste von Büros, mit denen man zusammenarbeitet, weil sie vertrauenswürdig sind, sondern die hätten

nur eine Negativliste gehabt, auf der nur diejenigen Büros standen, mit denen sie aufgrund von Vorfällen nicht mehr zusammenarbeiten wollten. Vom Grundsatz her haben die also mit allen Reisebüros zusammengearbeitet, die es gab, außer es sind welche aufgefallen. Dann fragte Herr Kollege Scholz sie, ob es stimmt, dass das über 200 Reisebüros gewesen seien, mit denen die Botschaft in Kiew zusammengearbeitet hat, und die Frau Hoppmann hat das in der Größenordnung bestätigt. Irgendwo haben wir sogar gelesen, dass es vielleicht sogar noch viel mehr gewesen seien.

Sie selber schreiben in Ihrem Bericht: Reisebüros: Die Botschaft arbeitet mit circa 30 Reiseunternehmen zusammen, welche regelmäßige Busfahrten in die Bundesrepublik durchführen.

Stimmt es nach Ihren Erfahrungen, dass es woanders überall Positivlisten und nur in Kiew eine Negativliste gab, und wie ist die Diskrepanz in den Zahlen zu erklären?

Zeuge Dr. Weishaupt: Meiner Erinnerung nach ist es in der Tat die einzige Vertretung, die Negativlisten geführt hat; denn an allen anderen Vertretungen war es genau umgekehrt, siehe meinetwegen auch Saratow. Wie ich Ihnen schon sagte: Nachher war sie auf zwei geschrumpft. Mehr waren einfach nicht mehr da. Warum dieses Verfahren so eingeführt worden ist, das, muss ich gestehen, weiß ich im Moment nicht.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie ist es zu verstehen, dass Frau Hoppmann sagt, es waren über 200, und Sie schreiben, es waren nur 30?

Zeuge Dr. Weishaupt: Das war die Zahl, die mir damals genannt wurde.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder ist das eventuell so zu verstehen, dass es da heißt: „welche regelmäßige Busfahrten ... durchführen“?

Zeuge Dr. Weishaupt: Vielleicht. Ich wollte gerade -- Sagen Sie bitte mal die Seitenzahl!

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Seite 18 Ihres Berichts.

Zeuge Dr. Weishaupt: Augenblick. - Ja, es kann natürlich auch sein - Sie haben es selbst angedeutet -, das waren eben diejenigen, wie es hier steht: Die Busse standen ja praktisch neben der Botschaft.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann verstehe ich es auch; danke.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Vielen Dank. - Herr Zeuge, Sie waren von 1999 bis 2001 Sonderinspektor. Wie viele Sonderinspektoren gibt es denn insgesamt oder gab es in diesem Zeitraum?

Zeuge Dr. Weishaupt: In dem Bereich war ich der einzige.

Hellmut Königshaus (FDP): Sie waren der einzige?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja.

Hellmut Königshaus (FDP): In diesem Zeitraum, nämlich im Dezember 1999, gab es ja einen Wechsel oder eine Neubewertung der Visapolitik im Auswärtigen Amt, nämlich am 10. Dezember, glaube ich, in einer Hausbesprechung beim Bundesminister, bei der insbesondere auch über die Visaerteilungspraxis in Osteuropa gesprochen werden sollte. Waren Sie bei dieser Besprechung dabei?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Waren Sie in die Vorbereitung dieser Besprechung eingebunden?

Zeuge Dr. Weishaupt: Auch nicht, nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Hat man in irgendeiner Weise Ihres Wissens die Berichte der bis dahin durchgeführten Inspektionen abgefordert und in diese Besprechung, die ja eine Neubewertung der Lage sein sollte, eingebracht?

Zeuge Dr. Weishaupt: Wann war diese Besprechung? Dezember, sagten Sie.

Hellmut Königshaus (FDP): Im Dezember 1999. Genaueres wissen wir nicht, weil es keine Protokolle, kein Teilnehmerverzeichnis und auch keine Erinnerung gibt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vor allen Dingen Letzteres!)

Deshalb frage ich Sie.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ich fürchte, in diesem Fall muss ich auch passen. Das war mir nicht bekannt. Nur, ich meine, zu dem Zeitpunkt lagen die Berichte betreffend gerade Kiew - -

Hellmut Königshaus (FDP): Sie sind der Erste, der in Betracht gekommen wäre, der wenigstens weiß, nicht dabei gewesen zu sein. Die anderen wussten nicht mal dies zu sagen. Jedenfalls definitiv: Sie waren nicht eingebunden, haben keine Zuarbeit dazu leisten können, Sie wurden in keiner Weise gefragt. Ist Ihnen denn das Ergebnis dieser Hausbesprechung, bei der ja die Weisung, die dann später in dem Erlass von 2003 offenbar erteilt wurde, mal mitgeteilt worden?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Das heißt, die Spitze des Auswärtigen Amtes hat offenkundig eine Neubewertung vorgenommen, ohne denjenigen, der im Grunde genommen die Praxis und gerade die Problemfälle aufgearbeitet hat, auch nur zu fragen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Also, wenn diese Besprechung so stattgefunden hat, wie Sie es schildern - ich höre wirklich zum ersten Mal davon - -

Hellmut Königshaus (FDP): So hat es der Bundesminister hier bestätigt.

Zeuge Dr. Weishaupt: Wenn Sie so wollen: Bedauerlicherweise höre ich davon jetzt zum ersten Mal. Dann muss es so gewesen sein.

Hellmut Königshaus (FDP): Gab es denn, nachdem diese Besprechung dann offenkundig zu einer veränderten Erlasslage geführt hat, von anderer Seite, also etwa insbesondere aus dem Bereich des Staatsministers Volmer, irgendwelche Kontaktaufnahmen zu Ihrem Bereich?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein. Das einzige Mal, dass ich etwas von Herrn Volmer hörte, habe ich vorhin geschildert. Da ging es um die Baulichkeiten. Sonst nicht.

Hellmut Königshaus (FDP): Denn es wird ja zum einen nicht nur gesagt, man habe die gegenwärtige Praxis analysiert und daraus dann eine Neubewertung vorgenommen, was ja offenkundig dann nicht sein kann, sondern es wird ja darüber hinaus auch gesagt, man habe all dies mit dem Innenministerium abgestimmt, wofür sich allerdings auch in den Akten nicht unbedingt viele Hinweise finden. Ist denn von Ihrer Seite, auf Ihrer Arbeitsebene, mit dem Innenministerium in irgendeiner Weise über diese Praxis, über Ihre Erkenntnisse gesprochen worden?

Zeuge Dr. Weishaupt: Es ging vorher immer nur um das Carnet und da wurde uns bis oben hin, also, ich meine, bis zum DG 51, versichert, das wäre mit dem BMI abgesprochen. Das klang immer so, als wäre die Sache damit unangreifbar. Dagegen habe ich mich ja auch gewandt.

Hellmut Königshaus (FDP): Das Schreiben ist da. Meine Frage ist eben nur: Haben Sie denn von dieser Absprache Details erfahren? Gibt es dort irgendein Papier oder gibt es irgendein Gespräch mit einem Mitarbeiter des BMI, aus dem Sie also den Inhalt dieser Absprache schließen können?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein, nicht, was mich angeht, nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Meine Zeit ist jetzt leider um. Aber ich komme noch einmal darauf zurück, wenn ich darf.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Wir machen jetzt eine freie Runde; ich entscheide das jetzt einfach mal. Dann sind zunächst Frau Heubaum und Herr Grindel und dann Frau Hoffmann dran. Wer sich noch meldet, den schreibe ich der Reihe nach auf. - Herr Königshaus, nicht?

Monika Heubaum (SPD): Herr Dr. Weishaupt, nur eine Nachfrage: In dem Prüfungsbericht haben Sie ja wohl auch die Beamten erwähnt und sie darauf hingewiesen, dass trotz des Andrangs in der Botschaft und Arbeitsüberlastung sorgfältig ge-

prüft werden müsste, dass das unerlässlich ist. Das steht meiner Ansicht nach ein bisschen im Widerspruch zu einer Aussage der Zeugin Frau Hoppmann, die hier schon in dem Sinne ausgesagt hat, dass die Sonderinspektion den Prüfungsstandard in Kiew gelobt hat. Ich darf das mal eben zitieren - das war die Aussage von Frau Hoppmann vom 2. Mai dieses Jahres -:

Im September/Oktober 2000 fand in Kiew für zwei Wochen eine Sonderinspektion Visa statt. Unsere Arbeit und somit auch die gelebte Interpretation des Erlasses vom 03.03.2000 wurden genau überprüft und für richtig befunden.

Können Sie die Diskrepanz so ein bisschen aufklären?

Zeuge Dr. Weishaupt: Was ich dann gesagt habe, das müsste so sorgfältig wie möglich geschehen, das war im Rahmen der Möglichkeiten, die die Botschaft hat. Wenn Sie eine Botschaft mit einem geringen Visaaufkommen haben, dann ist es nur natürlich, dass mehr geprüft werden kann als an einer mit Massenandrang. Die Kollegin Frau Hoppmann und die anderen taten wirklich ihr Bestes, nicht? Aber die Bedingungen waren eben so, dass die Prüfungsdichte weiß Gott hätte besser sein können. Aber dann hätten wir das Doppelte an Personal gebraucht. Unter den Umständen haben die - meines Erachtens jedenfalls - getan, was sie konnten.

Ich darf vielleicht da doch mal - das hätte ich vorhin schon sagen sollen - eines sagen: Wir hatten auch das Ärgernis - Kiew war wirklich die Ausnahme - an anderen Vertretungen, dass jedes Jahr lineare Kürzungen im Bundeshaushalt erfolgten, die sich auch auf die Auslandsvertretungen auswirkten. Auf der anderen Seite stieg die Zahl der Visaantragsteller. Ich meine, die kommen von selber, die kann man auch nicht abbremsen. Es war teilweise etwas widersinnig, dass immer mehr Visabewerber abgefertigt werden mussten - in Moskau zum Beispiel - und gleichzeitig Leute abgezogen und Stellen gekürzt wurden. In diesem Zusammenhang: Wie gesagt, so weit sie es konnten, wobei eben auch ärgerlicherweise die Sprachbarriere da ist. Die Vorinterviews müssen alle von Einheimischen geführt werden, wo die Gefahr natürlich erheblich höher ist, dass da bei manchen Fällen etwas nicht stimmt.

Monika Heubaum (SPD): Danke schön.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Dann ist als Nächster Herr Grindel dran. - Hatten Sie sich gemeldet, Herr Kauder?

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ja!)

Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Zunächst möchte ich mich für Ihre Zeugenaussage ausdrücklich bedanken, weil Sie sich an vieles erinnern. Das sind wir bei Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes, wie Sie aus der Berichterstattung wissen, nicht gewohnt. Ich kann aufgrund Ihrer Zeugenaussage auch verstehen, dass einige Kollegen von der rot-grünen Seite hier im Ausschuss ein Interesse daran haben, dass das schnell aufhört; denn es war sehr aufschlussreich.

Ich würde gerne noch mal fragen: Sie haben moniert, dass die Zentrale etwa der Botschaft in Kiew, der dortigen Visastelle, untersagt hat, weitere Belege - etwa für Reisen durch Hotelbuchungen - vorgelegt zu bekommen, um die Richtigkeit der Angaben im Visumsantrag zu überprüfen. Wir haben von Frau Fries-Gaier - auch eine von Ihnen ja sehr geschätzte Mitarbeiterin des zuständigen Referats - erfahren, dass das deswegen untersagt worden und völlig überflüssig sei, weil man so eine Hotelbuchung ja hinterher auch stornieren könne. Insofern sei das also überhaupt nicht aussagekräftig. Was sagen Sie zu diesem Argument?

Zeuge Dr. Weishaupt: Also, ich meine, ich will nicht die Aussagen von Kollegen kommentieren, bei denen ich nicht dabei war. Aber meines Erachtens war die Politik, dass man sämtliche Versuche abbügelt, da mehr zu kontrollieren, einfach falsch. Selbst die Tatsache, wenn eine Reservierung vorgenommen und nachher storniert worden wäre - - Der Nachweis hätte vielleicht etliche Leute davon abgehalten, eben einfach draufloszufahren. Noch deutlicher und einfach noch besser fand ich die Idee von Baku: Wer mit diesem Carnet reist, muss nachher einfach vorsprechen; sonst bekommt er kein Visum mehr. Auch das hat man verhindert. Es gab noch mehr Vorschläge, an die ich mich jetzt im Moment nicht genau erinnere. Aber wir fanden es einfach schade, dass jeder Versuch, an dieser Stelle Verschärfun-

gen, Verbesserungen einzuführen, eben annulliert wurde.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben vorher erwähnt, in einem Fall hat es aufgrund der Berichterstattung der Sonderinspektion eine Reaktion aus dem Büro Volmer gegeben.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Diese Berichte haben ja doch eine gewisse - um nicht zu sagen: große - Bedeutung auch wegen der Korruptionsfälle. Ist es nicht üblich, dass das auch der Hausleitung, sprich der Ebene bis hin zum Ministerbüro, vorgelegt wird? Oder haben Sie selbst mal darüber nachgedacht, das dem Ministerbüro zu schicken? Haben Sie darum gebeten, etwa bei Herrn Lohkamp oder bei Herrn Westdickenberg, das zu tun?

Zeuge Dr. Weishaupt: Also, ich habe damals bei Herrn Lohkamp, wie ich vorher schon mehrfach sagte - - Er versprach, Herrn Westdickenberg damit zu befassen, also den D 5, und der wäre eventuell dann auch weiter nach oben gegangen. Für uns endete die Verteilerlinie, die immer erfolgte, bei den Direktoren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was heißt jetzt, der wäre dann auch weiter mit nach oben gegangen? Hätten Sie angesichts dessen, was sich in Ihrem Bericht findet, erwartet, dass das so schwerwiegend ist, dass Herr Westdickenberg das nach oben vorlegt?

Zeuge Dr. Weishaupt: Sagen wir mal, ich hätte darauf gehofft.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, wenn Sie an Herrn Westdickenbergs Stelle gewesen wären, hätten Sie es gemacht?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja. Ich meine, gerade da waren eben die schlagenden Zahlen drin: von den Leuten, die vom BGS aufgegriffen wurden, von Leuten, die ein Visum der Botschaft Kiew hatten, wie viele davon aufgrund des Carnets gereist waren. Das waren ja extrem hohe Prozentzahlen. Das wäre meines Erachtens ein schlagender Grund gewesen, wirklich da etwas zu ändern.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Fischer war im Juni 2000 in Kiew, auch in der Visastelle. Wissen Sie was davon?

Zeuge Dr. Weishaupt: Davon weiß ich eigentlich nur, was in der Presse stand: dass er da gewesen war, in der Visastelle war - wie genau, steht natürlich auch nicht in der Zeitung - und vor allem, dass er dann eben doch für personelle Verstärkung gesorgt hat. Das war die ganz große Ausnahme. Sonst tat sich nämlich in dieser Zeit ziemlich wenig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber das ist gerade der entscheidende Punkt, der natürlich hier, wie Sie sich vorstellen können, eine große Rolle gespielt hat. Ist ihm gesagt worden, das liegt alles nur am Personal, oder ist ihm auch gesagt worden, das liegt an der Erlasslage? Das haben wir bisher nur ansatzweise ermitteln können. Haben Sie durch Gespräche mit Mitarbeitern in Kiew, die Sie mal dazu befragt haben, Erinnerung daran, was ihm vorgetragen worden ist, was da Diskussionsgegenstand war?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein. Herr Schäfer, der gleich kommt, kann Ihnen da bestimmt detaillierter Auskunft geben. An dieser Stelle muss ich passen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es hat im Frühjahr 2004 einen Vorgang gegeben, der uns - zumindest mir - zum Zeitpunkt der Vernehmung von Herrn Fischer nicht bekannt war. Da hat Herr von Kummer angeblich wegen der bevorstehenden Fußballweltmeisterschaft und des Jugendtreffens der katholischen Kirche in Köln ein Rundschreiben an alle Auslandsvertretungen gemacht, wie denn so das Reisebüroverfahren überhaupt abläuft. Waren Sie damals eigentlich in Saratow noch Generalkonsul?

Zeuge Dr. Weishaupt: Sagen Sie noch mal, wann das war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist im März 2004 gewesen.

Zeuge Dr. Weishaupt: Da war ich in Herat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ich war da in Afghanistan, in Herat, für sieben Monate abgeordnet.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Von dem Vorgang können Sie nichts wissen.

Zeuge Dr. Weishaupt: Da war ich nicht in Saratow.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Schade. Letzte Frage, weil die Kollegin Noll schon sehr vorsichtig danach gefragt hat - ich bin hier für direkte Fragen sozusagen schon öfter mal kritisiert worden; ich tue es trotzdem -: Fühlten Sie sich nach Saratow strafversetzt?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein, nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Frau Hoffmann.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Herr Botschafter, ich komme auf die Prüfungsdichte zurück. Sie haben gesagt, dass die Prüfungsdichte sehr niedrig war. Auf die Frage meiner Kollegin Frau Heubaum, warum, haben Sie gesagt, dass die Anzahl der Menschen in der Schlange ausschlaggebend für die Prüfungsdichte gewesen ist. Das heißt, je mehr Leute gekommen sind, desto weniger Zweifel sollten aufkommen, ob die Papiere der Antragsteller richtig gewesen sind?

Zeuge Dr. Weishaupt: Umso weniger Zeit blieb für Zweifel, weil die Schlange irgendwie abgearbeitet werden musste.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Das heißt also nicht, dass da irgendeine Erlasse oder sonst noch was -- Das ist ein Zeitfaktor gewesen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, das ist - -

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Es ist egal, wie hoch die Prüfschwelle lag. Das war nur ein Zeitfaktor?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nicht nur. Wir haben das ja vorhin schon einmal diskutiert.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Ich habe zitiert, was Sie geantwortet haben. Deshalb habe ich das noch mal hinterfragt. Ich kann es noch mal vorlesen: Die Anzahl der Menschen in der Schlange war ausschlaggebend für die Prüfungsdichte.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Weishaupt: Und eben die Prüfungsdichte - das hatten wir vorhin schon besprochen - ist dann geringer. Das spricht sich herum: Da gibt es leicht ein Visum. - Dadurch wird die Schlange noch länger. Das ist eine Kettenreaktion; das liegt auf der Hand.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Ich meine, so weit kann man natürlich gehen, dass, wenn noch mehr Leute kommen, wir die Grenzen gleich aufmachen können, unabhängig von der Erlasslage.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, das ist auch schon vorgeschlagen worden.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Dann haben Sie noch gesagt, dass ungenaue Erlasse -- Also, Sie haben die Ungenauigkeit der Erlasse angeprangert und haben gesagt, wenn der Erlass von 2000 hinsichtlich der Finanzprüfung des Antragstellers richtig angewandt werden sollte, dann hätte man in Saratow 80 Prozent Ablehnungen gehabt. Das heißt, die Zahl der Ablehnungen hat dafür ausschlaggebend gewirkt, wie mit der Erlasslage umgegangen wurde.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, da war plötzlich ein totaler Schwenk zu verzeichnen, indem plötzlich verlangt wurde, jetzt müssen wir prüfen, ob die Leute auch genügend Eigenmittel haben - wenn ich den Wortlaut richtig im Kopf habe. Das widersprach dem, was wir vorher gehört hatten. Hätten wir das konsequent so nach dem Buchstaben durchgeführt, wäre das die Folge gewesen. Das konnte ja wohl nicht gemeint sein. Deshalb hatte ich dann auch mit Herrn von Kummer in diesem Telefongespräch das geklärt. Wir haben also weiter erteilt, wenn einigermaßen

gesichert war, dass der Einladende genügend Bonität hatte, wobei ich hier auch noch mal mit Bedauern feststellen muss, dass das Land Nordrhein-Westfalen sich konsequent geweigert hat, irgendwelche Bonitätsprüfungen vorzunehmen.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Sie meinen die Ausländerbehörden im Land Nordrhein-Westfalen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, ja.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Also nicht das Land Nordrhein-Westfalen, sondern die Kommunen, nicht?

Zeuge Dr. Weishaupt: Also, es hieß: auf Weisung des Innenministers. Vielleicht stimmt das nicht.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Okay. Dann kommen Herr Königshaus und danach Herr Montag.

Hellmut Königshaus (FDP): Doch noch einmal ganz kurz dazu; wir dürfen nicht darüber hinweggehen. Das war ja eine wichtige Aussage. Das heißt also, Nordrhein-Westfalen hat auf Weisung des Innenministers diese Prüfung eingestellt?

Zeuge Dr. Weishaupt: So wurde es uns gesagt. Ich habe selbst mal jemanden einladen wollen und wollte ganz korrekt vorgehen. Dann bin ich zur Ausländerbehörde Köln gegangen. Die haben dann ausdrücklich einen Stempel daraufgesetzt - -

Hellmut Königshaus (FDP): Das Verfahren kennen wir. Nur, dass das auf Weisung des Innenministers geschehen ist, ist in der Form bisher uns noch nicht mitgeteilt worden.

Zeuge Dr. Weishaupt: So wurde es uns gesagt, ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber noch mal zurück zu dem, was wir eben besprochen hatten.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, bitte.

Hellmut Königshaus (FDP): Wir hatten festgestellt, dass diese Neubewertung beim Minister ohne Einbindung Ihrer Person, also des Bereichs, der die Probleme an und für sich kannte und aufbereitet hat, vorgenommen wurde und auch hinterher keinerlei Rückflüsse waren, also die Problemlage offenbar in die Bewertung nicht eingeflossen ist. Dann wollte ich eigentlich fragen, wie denn nun die Zusammenarbeit mit dem BMI ist. Jetzt ist meine Frage: Wer war denn dort beim BMI eigentlich Ihr Kontaktpartner auf der Arbeitsebene oder wie auch immer? Sie waren ja nun nicht irgendwer. Ihr Kontaktmann kann ja nicht Oberinspektor Schulze links neben dem Pfortner gewesen sein.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, ich muss sagen, die Kontakte zum BMI waren relativ schmal. Das lag vor allem auch an dem Umzug nach Berlin, der damals stattgefunden hatte. Der, mit dem ich ein paar Mal zu tun hatte, war Herr Lehnguth.

Hellmut Königshaus (FDP): Herr Lehnguth?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Haben Sie mit dem mal über Ihre Probleme gesprochen oder hat er mit Ihnen gesprochen? An und für sich ist das eine Sache des Innenministeriums, Sicherheitsprobleme mit dem Auswärtigen Amt zu erörtern. Ist darüber gesprochen worden?

Zeuge Dr. Weishaupt: Also, ziemlich wenig. Das Hauptproblem war immer: Es ging darum, dass wir gerne Leute des Innenministeriums gehabt hätten, die mitgereist wären, oder des Bundesgrenzschutzes, was zumindest bei Minsk mal stattgefunden hat. Ich muss sagen, zu einer richtigen Sachdiskussion ist es nicht gekommen.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber Sie hatten darum gebeten, dass diese Themen mal sachlich erörtert werden?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ich hätte es gern gesehen, ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Und das haben Sie aber dem Lehnguth auch so gesagt?

Zeuge Dr. Weishaupt: Da würde ich mich jetzt selbst loben; nein. Ich habe es angedeutet. Aber es war ein anderes Haus und die Stimmung war auch nicht unbedingt danach.

Hellmut Königshaus (FDP): Das Schlimme ist ja eben, dass wir alle diese Herren nicht mehr hören können. Die standen auf der Zeugenliste. Deshalb müssen wir jetzt Sie mit diesen Fragen behelligen.

Sie sagten eben, die Stimmung war nicht danach. Was war denn mit der Stimmung?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, der ewige Bereich Carnet de Touriste usw.: Man lief - ich sagte es ja schon mehrfach - gegen eine Gummiwand, nicht? Wir gingen davon aus, wie es uns ewig gesagt wurde: Das ist nun einmal mit dem BMI abgestimmt.

Hellmut Königshaus (FDP): Wer lief denn gegen wen dort Sturm? BMI gegen die Praxis des Auswärtigen Amtes oder umgekehrt?

Zeuge Dr. Weishaupt: Pardon, nein, nein. Ich meine damit: Wir, die Sonderinspektion im Auswärtigen Amt, dagegen.

Hellmut Königshaus (FDP): Das heißt aber dann demzufolge, dass Herr Lehnguth offenbar diese Praxis kannte und gedeckt hat.

Zeuge Dr. Weishaupt: Also, zumindest hatte ich den Eindruck, dass er sie kannte, sagen wir mal so, ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Das ist deshalb wichtig, weil wir bisher - also ich jedenfalls - davon ausgegangen sind, dass sich das im Innenministerium auf eine bestimmte Person konzentriert, die deutlich unterhalb von Herrn Lehnguth angesiedelt war. Das heißt also, es gab dort auch schon auf höherer Ebene die Kenntnisse, die eigentlich hätten die Analyse erleichtern können?

Zeuge Dr. Weishaupt: Das kann ich Ihnen nicht bestätigen. Wie gesagt, man hatte den Eindruck, die Leute wissen - - So nach dem Motto: Es ist nun mal so, Punkt. So will ich das sagen. Das andere wäre jetzt Spekulation, ... (akustisch unverständlich)

Hellmut Königshaus (FDP): Nein, nein, ich will Sie auch nicht zu etwas veranlassen, was Sie nicht ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Dr. Weishaupt: Da kann ich nicht mitziehen, nein, nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber Sie hatten auch nicht den Eindruck, dass nun, so wie man sich das vorstellt, das Sicherheits- und Verfassungsministerium fordernd kommt und fragt: Was ist nun bei euch los? Das war auch nicht?

Zeuge Dr. Weishaupt: Es war Stille mehr, Windstille.

Hellmut Königshaus (FDP): Sie erwähnten eben diese Schengen-Ratsrunde.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja.

Hellmut Königshaus (FDP): An der haben Sie teilgenommen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein. Das machte 514, Herr Manig.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich frage trotzdem noch mal, weil wir ja nun die Aufgabenstellung dieser Schengen-Runde haben, die dahin geht, dass man auf Probleme reagiert. Die Probleme haben Sie untersucht. Man hat sie aber ohne den erörtert, der die Probleme untersucht hat, wenn ich das recht verstehe. Haben Sie denn Zuarbeiten geleistet? Hat man Sie gefragt: Wir haben nächste Woche wieder die Schengen-Runde, können wir einen Zwischenbericht haben? Gibt es etwas, was dort anzusprechen ist?

Zeuge Dr. Weishaupt: Das haben wir in den langen Diskussionen mit den Kollegen vom Referat 514 auch erörtert. Die haben - das hat Herr Manig in seiner Zuschrift gesagt - dargelegt: Es hat sich bisher keiner in der Schengen-Runde gemeldet, der sich beschwert über die - -

Hellmut Königshaus (FDP): Nun sieht ja allerdings das Schengen-Abkommen nicht vor, dass man abwartet, bis eine Information abgefordert wird, sondern es ist ja genau umgekehrt: Wenn man Änderungen vornimmt, hat man zu informieren und das abzustimmen. Insofern ist das ja kein Argu-

ment. Das richtete sich nicht gegen Sie. Aber auf jeden Fall war das bei Ihnen immer eine quasi aufgedrängte Bereicherung in Richtung Abteilung 5, wenn Sie dort Informationen eingespeist haben? Abgefordert hat man nichts, dass man sozusagen routinemäßig gesagt hat: „Wir haben jetzt die Schengen-Runde. Gibt es Neues? Gibt es Probleme?“, das war nicht der Fall?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein, das war nicht der Fall.

Hellmut Königshaus (FDP): Haben Sie denn irgendwelche Unterlagen von dieser Schengen-Ratsrunde hinterher zur Kenntnis bekommen, als Umlauf, als Rundlauf oder Ähnliches?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Es gibt aber doch auch im Auswärtigen Amt eine Kantine, in der üblicherweise der Umlauf von Informationen am besten funktioniert.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

- Gibt es keine? Doch, ich habe sie sogar schon gesehen.

(Sebastian Edathy (SPD): Echt?)

- Ja, wir gucken uns das schon an, Herr Edathy.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Nur zur Wahrheitsfindung natürlich.

Es gab eine Schengen-Runde, in der das wurde hier aus den Akten ersichtlich behauptet wird, dass dort ein Dokument überreicht worden sei, mit dem die Schengen-Partner über die veränderte Erlasslage informiert worden seien. Die Behauptung findet sich in schriftlicher Form in den Akten, das Dokument selbst nicht. Haben Sie das einmal gesehen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein. Ich entnahm das dann indirekt der Zuschrift von Herrn Manig, der darin ja ausführte, dass die Schengen-Partner unterrichtet wurden und sich damit - sinngemäß; ich habe es jetzt nicht vorliegen - einverstanden erklärt oder es akzeptiert haben.

Hellmut Königshaus (FDP): Könnte es denn sein - deshalb frage ich nach der Kan-

tine; dort redet man ja über Kurioses in der Regel -, dass es so war, wie hier ein anderer Zeuge gesagt hat, dass möglicherweise die Information darin bestand, dass man die Internetinformation des Auswärtigen Amtes ausgedruckt und übergeben habe?

Zeuge Dr. Weishaupt: Wenn es solche Gerüchte gegeben hat, dann sind sie mir nicht zu Ohren gekommen.

Hellmut Königshaus (FDP): Sie haben sie nicht gehört?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Okay. Ich sagte eben schon, wir müssen leider Sie quälen, weil viele Zeugen, die wir wahrscheinlich direkt hätten fragen können, uns nun möglicherweise nicht mehr zur Verfügung stehen, jedenfalls vorerst.

Tirana - -

Zeuge Dr. Weishaupt: Ich empfinde es auch nicht als Qual; das nur am Rande.

Hellmut Königshaus (FDP): Das freut mich. Wir kommen bei Ihnen ja auch relativ schnell voran, sage ich mal, weil Sie ja doch eine sehr klare Erinnerung haben.

Tirana: Was ist Ihnen denn dort über die Vorfälle bekannt, die teilweise auch in der Presse berichtet wurden, die also mit Korruption zu tun haben, und zwar in diesem Fall nicht nur im Bereich der Ortskräfte? Haben Sie dort irgendwelche Erkenntnisse gesammelt und wie sind die behandelt worden?

Zeuge Dr. Weishaupt: Auch aus Tirana lagen uns Beschwerden und Vorwürfe vor; denen sind wir als Sonderinspektion so gründlich nachgegangen, wie wir es vor Ort konnten. Aber zu der Zeit - das war Sommer 2001 - ließ sich in diesem Bereich, wenn Sie so wollen, leider nichts feststellen. Aber ich muss ehrlich sagen, man hatte ein ungutes Gefühl. Aber mit ungunstigen Gefühlen können Sie nicht zur Polizei gehen, Sie können nicht zur Staatsanwaltschaft gehen. Da kommt nichts bei raus, nicht?

Hellmut Königshaus (FDP): Wir bewegen uns jetzt hier nicht im Bereich eines, sagen wir mal, Antragsdelikts, sondern es ging ja dort um relativ schwerwiegende Vor-

gänge. Gab es dort Kontakte auch zum Beispiel zu den Sicherheitsdiensten? Wir wissen zum Beispiel, dass der BND sehr umfangreiche Erkenntnisse über andere Botschaften hatte, wie wir dann später erfahren haben, auch ein bisschen was aus dem Umfeld der eigenen Botschaft. Ist dort mit Ihnen mal gesprochen worden?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nicht über Tirana.

Hellmut Königshaus (FDP): Nicht über Tirana. Worüber denn dann?

Zeuge Dr. Weishaupt: Es kam mal im Zusammenhang mit Botschaften im Nahen Osten hoch.

Hellmut Königshaus (FDP): Ist beim Nahen Osten der Maghreb dabei oder worauf beziehen Sie sich?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Also Algier?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Was ist denn in diesem Zusammenhang dort das Problem gewesen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Da wurde gesagt, es gebe möglicherweise Hinweise darauf, dass irgendjemand an der Vertretung für die Visa Ausstellung Geld nimmt. Aber das ist wieder eine Behauptung, die dann im Raum steht. Sie können die Leute kreuz und quer befragen. Die sagen natürlich: Nein, das stimmt alles nicht.

Hellmut Königshaus (FDP): Das ist klar.

Zeuge Dr. Weishaupt: Wenn da nicht mehr Butter zum Fisch kommt, dann kommt da nichts bei raus, nicht?

Hellmut Königshaus (FDP): Ist denn in Ihrer Zeit mal eine Anweisung gewesen, dass ein bestimmter Fall, der jedenfalls den Beteiligten relativ klar zu sein schien, gleichwohl aus übergeordneten Gründen nicht mit den zuständigen Polizeibehörden oder der Staatsanwaltschaft erörtert wird?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein. Dann hätte ich auch mein Amt niedergelegt.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja, Sie haben es ja; darauf kommen wir nachher noch in nicht öffentlicher Sitzung. Darauf werden wir nicht verzichten; das kann ich Ihnen versichern. - Gut, aber ich habe dann erst mal keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann hat sich als Nächster Herr Kollege Montag gemeldet, danach Herr Kauder.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nur noch eine Frage an Sie, Herr Zeuge. Der Schriftverkehr, den wir zwischen Ihnen und den Referaten 514 und 508 haben, spricht für sich. Ich deute ihn so, dass es auf beiden Seiten keinerlei Verständnis für die jeweilige andere Argumentation gegeben hat. Zu der Frage der Selbstkritik im Auswärtigen Amt haben Sie gesagt, dieser Brief des Herrn von Kummer an Sie habe Sie mit einem Jein nicht so ganz überzeugt. Bezieht sich das auf den letzten Absatz des Briefes, den ich Ihnen kurz vorlesen darf? Das ist also Herr von Kummer an Sie, Blatt 86 dieses Ordners:

Anlass zur Selbstkritik gibt es sicherlich immer und eine Klausurtagung der Abteilung 5 in der letzten Aprilwoche hat auch dazu beigetragen, die eigene Arbeit kritisch zu beleuchten. Mir erscheint Ihre Vorstellung jedoch überzogen, wenn Sie Selbstkritik von Kollegen aus der Zentrale erwarten, wenn die Verwaltungspraxis im Visaverfahren aufgrund negativer Erfahrungen umgestellt wird, um auf konkrete negative Entwicklungen im Gastland zu reagieren.

Konkrete Frage: Wussten oder wissen Sie etwas von dieser Klausurtagung, in der auch Kritik von Ihnen oder von anderen Botschaften aufgenommen und bearbeitet worden ist, und wie bewerten Sie die Aussage des Herrn von Kummer, der in diesem Schreiben gesagt hat, dass die Erlasslage der kritischen Bestandsaufnahme angepasst worden sei?

Zeuge Dr. Weishaupt: Von der Klausurtagung wusste ich nichts. Ich war auch im fernen Saratow und etwas außerhalb der Schusslinie oder der Aktivitätslinie.

Das andere: Die Zentrale hat dann nachher die Erlasslage angepasst. Aber das hätte sie bereits im Jahre 2000 machen können, nicht erst im Jahre 2003, nicht? Meine Kritik bezog sich noch mal darauf, dass man alle unsere Einwände mit überlegenem Lächeln abgebügelt hat. Dabei bleibe ich auch. Da hätten sie einmal auch zumindest sinngemäß sagen können: Wir haben gemerkt, dass es so nicht geht, jetzt machen wir zumindest das mal, nicht? Es kam nie vor, dass man einem sagte, sie hätten einen Fehler gemacht. Ich meine, jeder von uns macht mal Fehler. Aber da war es offensichtlich nicht möglich, auch das mal zu sagen. Das ärgerte uns alle. Wir haben weiß Gott genug gewarnt, weiß Gott genug.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich. Danke schön.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Ich wollte den Kollegen nur sagen, dass die namentliche Abstimmung jetzt für etwa 12.50 Uhr vorgesehen ist. - Dann Herr Kauder und danach Herr Binninger.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Botschafter, wenn ich Ihre Angaben hier so verfolge, habe ich schon den Eindruck, dass Sie Ihre Meinung auch recht resolut zum Ausdruck bringen können. Jetzt haben Sie berichtet, dass nach den Sonderinspektionsreisen auch immer eine Vorsprache bei der Zentrale erfolgt sei und dass es da zum Gespräch gekommen sei. Jetzt kamen Sie ja doch mit nicht unerheblichen Erkenntnissen aus Kiew zurück, mit Mängeln, die Sie festgestellt haben. Ist es dann so erfolgt, dass Sie die vorgetragen haben und sie bei den anderen links rein und rechts raus gingen, oder gab es da auch hitzige und heftige Diskussionen? Haben Sie Korrekturen vorgeschlagen? Wie ist darauf reagiert worden, wie verlief dieses Gespräch?

Zeuge Dr. Weishaupt: Es war Letzteres. Es ging nicht hier rein und da raus, sondern es kam in der Tat zu hitzigen Diskussionen. Wir haben uns alle darauf beschränkt, nicht persönlich zu werden. Aber es war mehr als deutlich auf beiden Seiten. Wir konnten eben einfach nicht verstehen, dass die Leute es nicht nur nicht einsehen wollten, sondern - ich muss es noch mal sagen - die Anregungen der Vertretungen und auch die Verbes-

serungsvorschläge bei dem Carnet de Touriste negierten. Jedes Mal wurde es unterbunden. Das konnten wir nicht verstehen und dem haben wir - ich jedenfalls - auch mehr als deutlich Ausdruck gegeben. Nachdem dann das Referat noch mal bezüglich Carnet und der niedrigen Ablehnungsquote seine Meinung dargelegt hatte, habe ich eben auch noch mal zurückgeschossen und gesagt: Wir haben deutlich genug gewarnt, wenn das mal untersucht werden sollte.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Jetzt sagten Sie uns - so habe ich das auch erwartet -, dass es ein hitziges Gespräch war. Können Sie mir Namen nennen, wer dabei war? Nicht von Ihrer Seite, sondern vom Auswärtigen Amt.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, das waren immer Herr Manig, Herr Grabherr und Herr Westphal.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Jetzt muss man ja, auch wenn es zu einem hitzigen Gespräch kommt, Argumente austauschen. Was wurde Ihnen denn entgegengehalten?

Zeuge Dr. Weishaupt: Entgegengehalten? Ja, zum Carnet de Touriste kam wieder das Zauberwort: Das ist mit dem BMI abgestimmt. Worauf ich mir dann die Bemerkung erlaubte, auch der BMI ist nicht unangreifbar; das ist ja kein vatikanisches Dogma. In dieser Form wurde gesprochen, nicht? Aber nein, es hieß sinngemäß, wir haben das mit dem BMI besprochen oder vielleicht sogar noch mal besprochen, wir sehen keinen Grund zu einer Änderung. Bitte, sinngemäß! Es ist vier Jahre her; ich habe jetzt die Worte nicht mehr im Kopf. Aber so war das Ergebnis und das ärgerte uns eben.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Jetzt habe ich in den Unterlagen ein Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 16. Januar 2001 an die Botschaften Baku, Bukarest, Kiew, Minsk, Moskau, Sofia und Tiflis und die Generalkonsulate gefunden. Da heißt es einleitend:

Aufgrund der Berichterstattung verschiedener Auslandsvertretungen über missbräuchliche Verwendung des CdT hat das Auswärtige Amt erneut ein Gespräch mit dem BMI

und dem ADAC zur weiteren Verwendung des CdT geführt.

Ist Ihnen dieses Schreiben bekannt?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, dieser Teilerlass, ja.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Wo dann schön geredet wird, dass das alles doch gar nicht so schlimm sei und dass der ADAC keine Bedenken habe. Wie haben Sie denn darauf reagiert? Das ist ja ein Schlag ins Gesicht.

Zeuge Dr. Weishaupt: Man gewöhnt sich an manches. Aber von der Sache her: Wir haben gesagt, es kann gar nicht angehen, dass der ADAC von genügend Leuten in Anspruch genommen wird; denn wenn bei den vielen Missbrauchsfällen, wo Leute mit Carnet de Touriste eingereist und geblieben sind, der ADAC als Schuldner konsequent in Anspruch genommen würde, dann wäre die Sache gestorben, weil sich das für den ADAC nicht rechnet. In einem Bericht vom BGS, der als VS-V eingestuft ist, steht das auch, genau dieselbe Schlussfolgerung. Das ewige Argument, der ADAC macht das nur, wenn es sich für ihn rechnet, und es gibt nur wenige Fälle, wo er bezahlt hat - das lag einfach daran, dass er von den Ausländerbehörden viel zu wenig in Anspruch genommen wurde.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Botschafter, ich möchte zu zwei unterschiedlichen Komplexen Fragen stellen, zum Ersten zu dem, womit Herr Kauder aufgehört hat. Mich hätte gerade bei dieser hitzigen Diskussion, wo beim Carnet de Touriste eben gesagt wird: „Wir haben es mit dem BMI abgestimmt und damit ist für uns jede weitere Überlegung hinfällig“, noch mal interessiert, ob dieses Argument auch bei den Reiseschutzpässen vorgebracht wurde. Oder was wurde da gesagt?

Zeuge Dr. Weishaupt: Das war nach meiner Zeit. Da war ich schon nicht mehr Sonderinspekteur.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wurde Ihnen irgendwann mal in einem dieser Gespräche - für Sie war ja die Berichtsebene mit D 5 wohl die natürliche oder organisatorische Grenze - auch der Hinweis gegeben, das wird von der Hausspitze aus so gewollt, wie wir es machen, oder kam das nie?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein, man sah nur, es blieb auf der Ebene und damit hatte es sich. Wie weit dann da weiter oben noch Kontakte stattfanden, weiß ich nicht. Ich kann nur, wie ich schon mehrfach sagte, sagen: Einmal kam eben von Herrn Volmer eine Reaktion. Aber die betraf nicht die Visasache, sondern bauliche Fragen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zweiter Komplex: Sie hatten vorhin, da Sie ein Mann sind, der sehr viel Erfahrung hat und seine Erkenntnisse nicht nur auf Kiew beziehen muss, angesprochen, dass es bei anderen Botschaften ja auch Missbrauchsfälle bei Visa gegeben hat. Sie haben Tirana - danach hatte der Kollege Königshaus vorhin gefragt - und auch Bukarest und Ankara genannt. Könnten Sie mir beschreiben, wie dort die Missbrauchsfälle aussahen: Was lag da vor, gab es da besondere Phänomene oder hat sich das in etwa mit dem gedeckt, was in Kiew war? Bukarest und Ankara würden mich da vor allen Dingen interessieren.

Zeuge Dr. Weishaupt: Bei den Botschaften war es so, dass bestimmte Verdachtsmomente gegen Leute vorlagen. Wir haben uns nach Kräften bemüht, das wirklich so zu überprüfen, dass man sagen konnte: Hier können entweder, wenn es Einheimische sind, dienstrechtliche Schritte erfolgen oder, wenn es Entsandte sind, entsprechende Verfahren eingeleitet werden. - Aber es reichte einfach nicht aus aufgrund von Beschwerden, die von außerhalb kamen, auch wenn sie relativ konkret waren; man bekam keine Beweise dafür.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was waren das für Beschwerden? Was heißt: „von außerhalb“? Wer hat sich da beschwert?

Zeuge Dr. Weishaupt: Da haben Leute von außerhalb behauptet, die Betroffenen hätten ihnen angedeutet, sie bekämen kein Visum, aber gegen ein gewisses Aufgeld

könnten sie behilflich sein. In der Form, nicht? Sie hätten sich dann angeblich außen getroffen, wenn ich mich recht erinnere, und Ähnliches. Bloß: Wo kein wirklicher Zeuge ist, ist auch kein Ankläger. Das war oft ärgerlich genug, wenn man das Gefühl hatte, da stimmt wahrscheinlich wirklich was nicht. Aber durch Reden von außen kann man jeden beschuldigen; darauf kann man die Leute nicht raussetzen. Ich meine, es gab Fälle, wo eben auch Leute wirklich entlassen wurden, siehe Saratow, siehe Teheran und andere.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt haben wir uns ja in den vergangenen Sitzungen vor allen Dingen über den Missbrauch von Touristenvisa unterhalten. Aber an einer Botschaft werden ja verschiedene Formen von Visa ausgestellt. Sind Ihnen auch Missbrauchsfälle bekannt - ich erinnere mich jetzt an diese Berichterstattung in der letzten Woche in der Presse -, wo es um kurzfristige Arbeitsvisa ging, so genannte Werkarbeitsverträge, dass das auch ein Missbrauchsphänomen oder ein geeignetes Einfallstor gerade in diesen Botschaften war, die ich angesprochen habe, sei es also Bukarest, sei es Ankara?

Zeuge Dr. Weishaupt: Also, zu meiner Zeit waren kurzfristige Arbeitsverträge kein eigentliches Thema. Problematisch war der Bereich der Fernlastfahrer. Das war in der Tat ein Problem, weil das eine sehr differenzierte Regelung ist. Ein Teil brauchte ein Visum, ein anderer brauchte es nicht. Da konnte es leicht passieren, dass Leute einfach fuhrten, obwohl sie an sich ein Visum hätten haben müssen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gesagt, zu Ihrer Zeit war das Thema Arbeitsvisa, Werkarbeitsverträge noch kein Thema.

Zeuge Dr. Weishaupt: Dass es hochkam.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Oder dass es hochkam, ja. Haben Sie jetzt irgendwie im Nachgang - nicht mehr in Ihrer Rolle als Sonderinspekteur damals - von Kollegen anderer Botschaften gehört, dass es zusehends auch zum Problem wird oder ein Problem ist?

Zeuge Dr. Weishaupt: Also, eigentlich nur in allgemeiner Form, aber eben wirklich nur allgemein. Ich meine, im Sommer oder war es im - - Nein. Im Frühjahr 2001 wurde bereits die Visapflicht für Bulgarien aufgehoben und später dann auch für Rumänien. Das waren die Länder, die wir bereist hatten, wo Riesensizazahlen, vor allem Rumänien, vorlagen. Aber, ich meine, die Leute sind dann gereist. Ob die dann hier illegal gearbeitet haben, darüber habe ich keine Informationen bekommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Letzte Frage zu dem Thema, das Sie selber angesprochen hatten. Sie sind heute in Manila, haben auch gesagt, da gebe es auch wieder bestimmte Formen von Visamissbrauch, was die Ausführung angehe, also die jungen Frauen, die angeben, sie wollten hier jemanden besuchen, und die Gründe sind möglicherweise ganz andere. Da haben wir in den Unterlagen einen Schriftverkehr des Botschafters aus Bangkok gefunden, der im Jahr 2002 ganz massiv auch an die Zentrale gekabelt hat, er brauche hier dringend eine Datei, eine Warndatei, die es ihm ermögliche, Einlader, die immer wieder, alle paar Wochen, junge Frauen nach Deutschland einladen, zu erkennen und damit den Missbrauch, nämlich Zwangsprostitution, auszuschließen oder zumindest zu verhindern. Es wurde damals recht rigide - das erinnert mich insofern an Ihre Schilderungen - von der Zentrale abgebugelt: Der Datenschutz ließe so etwas nicht zu. Sinngemäß: Dies ist dann auch wichtiger als andere Dinge. - Hat sich da heute etwas geändert? Haben Sie heute so eine Datei? Oder sind Sie da immer noch mehr auf Bordmittel angewiesen, um solchen Missbrauch zu erkennen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Das Thema hat sich mit dem neuen Zuwanderungsgesetz verbessert. Seitdem ist es rechtlich möglich. Vorher hat manche Vertretung versucht, es trotzdem zu machen. Es ist ja nicht so, dass man es zum Spaß macht oder um Leute zu schikanieren. Die Notwendigkeit lag auf der Hand. Aber es kam eben nicht über. Es hieß dann, das komme in dem künftigen Gesetz. Na ja, dann ist es noch einmal vom Bundesverfassungsgericht gekippt worden. Es zögerte sich also hinaus. Aber das Thema müsste jetzt eigentlich vom Tisch sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Neumann, bitte.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Ich habe noch eine kurze Nachfrage. Sie hatten ja über die Vermerke gesprochen, die Sie auch von Herrn Manig gekriegt haben. In dem einen Vermerk steht bei der Frage des Carnet de Touriste drin: Auf die nach der GKI vorgesehene persönliche Vorsprache wird jedoch nicht verzichtet. - Haben Sie bei Ihrer Sonderinspektion festgestellt, dass auf diese persönliche Vorsprache verzichtet worden ist?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein, dass verzichtet wurde, nicht. Nur, das war dann mehr eine formelle Abwicklung.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Es wurde also nicht - - Ja, was wurde denn bei einer solchen Vorsprache besprochen?

Zeuge Dr. Weishaupt: Derjenige musste kommen. Der zeigt - - So habe ich es erlebt.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Ja, natürlich.

Zeuge Dr. Weishaupt: So war es in Kiew. Ich glaube, Kiew und Minsk, wenn ich mich recht erinnere. Also diejenigen kamen. Das war auch eine eigene Gruppe, sozusagen die Carnet-Gruppe - in Anführungsstrichen -, und die kamen dann hin. Die mussten ihren Pass zeigen und die mussten eben das Carnet zeigen. Wenn das übereinstimmte, war für die der Fall eigentlich erledigt.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Dann ist nichts mehr weiter passiert.

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja. - Dann kommt wieder die Stelle: Man hat versucht, es anders zu machen, aber es ging nicht usw.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Königshaus, bitte.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich habe nur eine ganz kurze Frage. Das fällt, glaube ich, noch in die Zeit, in der Sie Inspekteur waren. Ich habe hier einen Vorgang: Visum-

erteilung für Reisegruppen. Dort geht es um den Reiseschutzpass der Reise-Schutz AG. Das ist hier vom 10.07.2001. Lag das vor oder nach Ihrer letzten Inspektion?

Zeuge Dr. Weishaupt: Das war die letzte Inspektion.

Hellmut Königshaus (FDP): Das war die letzte. Aber die haben Sie noch mit - -

Zeuge Dr. Weishaupt: Skopje.

Hellmut Königshaus (FDP): Ist Ihnen dieser Vorgang dort untergekommen, dass also dort die Botschaft dann an bestimmte Antragsteller mitgeteilt hat, dass Visaanträge nur noch bei Vorlage eines Reiseschutzpasses angenommen - angenommen! - werden?

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein, also jedenfalls nicht auf der Reise; nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Wenn Sie so etwas gefunden hätten?

Zeuge Dr. Weishaupt: Können Sie es noch einmal vorlesen, bitte? Dass nur mit Reiseschutzpässen an - -

Hellmut Königshaus (FDP): Ich lese das Schreiben einfach einmal vor:

Zeuge Dr. Weishaupt: Ich kenne es nicht.

Hellmut Königshaus (FDP):

Sehr geehrter Herr ...
vielen Dank für Ihr Fax vom ... Die
Botschaft bestätigt hiermit,

- ein offizielles Schreiben, Botschaft der
Bundesrepublik -

dass lt. derzeit gültiger Erlasslage
durch das Auswärtige Amt ab dem
16.07.2001 Visaanträge für ukraini-
sche Reisegruppen nur noch bei
Vorlage eines Reiseschutzpasses
der Fa. Reise-Schutz AG ange-
nommen werden. Die Botschaft ist
an die Weisung des Auswärtigen
Amtes gebunden.

- Das stimmt ja. -

Bei Rückfragen oder Beschwerden

- das ist also der Blitzableiter -

wenden Sie sich bitte an das Auswärtige Amt, Ref. 508.

Zeuge Dr. Weishaupt: Nein, es ist mir nicht bekannt.

Hellmut Königshaus (FDP): Wie bewerten Sie das? Sie kannten ja nun die Erlasslage damals.

Zeuge Dr. Weishaupt: Da steht: nur noch bei Vorlage einer Reiseschutzversicherung. Ich meine, das hätte man ja auch in Saratow gemerkt. Davon konnte bei uns keine Rede sein. Wir haben erteilt, wie ich vorhin schon einmal sagte, wirklich nur mit Carnet de Touriste bei Leuten, die man kannte bzw. bei denen eine Empfehlung einer russischen Seite vorlag. Von einem „nur“ höre ich wirklich zum ersten Mal. Dagegen hätten wir uns in Saratow bestimmt gekehrt.

Hellmut Königshaus (FDP): Gut, danke schön.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Bei mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir dachten daran, dass wir jetzt gleich, weil wir um 12.25 Uhr namentliche Abstimmung haben und ohnehin unterbrechen müssen - -

(Zuruf: 12.50 Uhr!)

- 12.50 Uhr. Dann sind wir gut in der Zeit. Dann könnten wir jetzt gleich die nicht öffentliche Sitzung abhalten, wobei sich die Frage stellt: VS-NfD oder VS-Vertraulich?

Hellmut Königshaus (FDP): Wenn ich dazu noch eine Frage an Sie stellen kann: Ich möchte gern Näheres zu den Hintergründen Ihres Ausscheidens als Sonderinspekteur wissen. Das - so hatten Sie vorhin gesagt - wollten Sie nur in nicht öffentlicher Sitzung machen. Ich muss jetzt hier angeben, ob VS oder nur NfD.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich hätte gern gefragt, was es mit diesen Versicherungen auf sich hat, die in großer Zahl Visa beantragt hatten, also die Verbindungsbüros oder Gesellschaften oder Firmen, die im Namen von deutschen Versicherungen in großer Zahl Visa erteilen. Das würde mich interessieren.

Also VS-NfD oder -Vertraulich? Ich weiß es nicht. - Frau Dr. Flor.

VLR'n Dr. Flor (AA): Ich würde vorschlagen, dass man, wenn es um die VS-V eingestuft Teile geht, dann auch bei der Einstufung bleibt. Ansonsten: Es gab, glaube ich, auch Fragen, die sich nicht direkt darauf bezogen. Es wäre dann aber eine Entscheidung des Zeugen, wie er es jeweils behandeln möchte.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut, machen wir es so.

Dann bitte ich die Damen und Herren auf der Zuhörertribüne, uns zu verlassen. Auch die Mitarbeiter hier unten im Saal, soweit sie nicht entsprechend ermächtigt sind, müssten uns für diese kurze nicht öffentliche Sitzung jetzt verlassen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Vielleicht klären wir noch, wann es mit der öffentlichen Sitzung nach der namentlichen Abstimmung weitergeht.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich nehme an, dass wir eine öffentliche Sitzung nicht mehr brauchen, sondern gleich zur namentlichen Abstimmung gehen. Danach können wir mit dem nächsten Zeugen weitermachen.

(Zuruf: Einverstanden!)

Und Sie verständigen sich noch über die Frage, ob wir alle anderen fünf Zeugen brauchen.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Wollen wir das kurz besprechen? - Dann hieße es ja, dass wir mit Herrn Schäfer um 13.30 Uhr weitermachen.

(Zurufe)

- Mir ist es egal. Man kann auch 14 Uhr sagen. - Verzeihen Sie, Herr Dr. Weishaupt, dass wir diese Frage jetzt in Ihrer Anwesenheit erörtern.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die Vernehmung des Zeugen Dr. Weishaupt ist dann erledigt.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Das ist klar. Aber er muss sich ja jetzt nicht anhören, ob wir Mittag essen oder zur Abstimmung gehen. Das wollte ich nur gesagt haben.

Wir können auch 14 Uhr sagen. Auf eine halbe Stunde kommt es mir nicht an.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD):
14 Uhr.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): 14 Uhr.
Ja?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl:
14 Uhr. Also Fortsetzung der öffentlichen Sitzung um 14 Uhr mit dem Zeugen Dr. Schäfer.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Wir können die Fortsetzung der öffentlichen Sitzung nicht in der nicht öffentlichen Sitzung verkünden! Die Öffentlichkeit muss ja Bescheid wissen, wann es weitergeht!)

- Das müssen wir draußen noch bekannt geben.

Aber Sie einigen sich noch über die Frage, ob alle fünf Zeugen gehört werden.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Wir würden vorschlagen, dass wir Frau Holoch und Herrn Nesyt heute nicht hören. An Herrn Kroll hätten wir nur eine kurze Frage; das würde schnell gehen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut.

(Unterbrechung der öffentlichen Sitzung: 12.09 Uhr)

(Wiederbeginn der öffentlichen Sitzung: 13.42 Uhr)

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir schreiten fort, und zwar kommen wir zur

Vernehmung des Zeugen Dr. Schäfer

Ich darf Herrn Dr. Martin Schäfer, Legationsrat Erster Klasse, herzlich willkommen heißen. Herzlich willkommen, Herr Dr. Schäfer.

Ich stelle fest: Wir sind beschlussfähig. Es werden Tonbandaufzeichnungen gemacht, die hinterher wieder gelöscht werden, wenn das Protokoll fertig gestellt ist.

Eine Aussagegenehmigung für Herrn Dr. Schäfer liegt uns vor.

Ich muss Sie zunächst belehren, wie alle Zeugen belehrt wurden. Herr Dr. Schäfer, Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf mögliche strafrechtliche Folgen nach § 153 des Strafgesetzbuches hinzuweisen, wenn Sie eine Falschaussage machen würden. Sie können allerdings die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Sollten Sie Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienstgeheimnissen, Privatgeheimnissen oder Geschäftsgeheimnissen hier nicht machen wollen, so können wir dieses in nicht öffentlicher Sitzung tun. Dazu brauche ich aber einen Hinweis von Ihrer Seite.

Wir kommen zu Ihrer Person. Ich bitte Sie, Herr Dr. Schäfer, sich mit vollständigem Namen, Alter, Beruf und Wohnort dem Ausschuss vorzustellen.

Zeuge Dr. Schäfer: Mein Name ist Martin Schäfer. Ich bin vor 37 Jahren in Bremen geboren und seit drei Jahren wohnhaft in Santiago de Chile.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Jeder Zeuge hat, wenn er es möchte, die Möglichkeit, zu dem Prüfungsgegenstand, um den es

hier geht, im Zusammenhang seine Sicht der Dinge darzustellen. Wünschen Sie das?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich würde es gern in einigen Sätzen innerhalb einiger Minuten darstellen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Bitte schön.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich fange damit an, zu sagen, dass ich in der Zeit von November 1999 bis zum Mai 2002 als Leiter des Rechts- und Konsularreferats der Botschaft in Kiew mich ebendort aufgehalten habe. Der Vollständigkeit halber sollte man sagen, dass ich diesen Posten übernommen habe, nachdem es zuvor eine ungefähr dreimonatige Vakanz auf dieser Stelle gab.

Ich gehe davon aus und ich nehme an, dass Sie von den Kollegen aus Kiew, die bereits an dieser Stelle gesessen haben, schon eine Menge von Informationen über Kiew bekommen haben. Deshalb möchte ich mich eigentlich darauf beschränken, Ihnen in wenigen Sätzen darzulegen, welche drei großen Themen für die Botschaft in der Zeit meiner Anwesenheit dort von Bedeutung gewesen sind, Themen selbstverständlich im Hinblick auf den Gegenstand des Untersuchungsausschusses, also im Hinblick auf die Visaerteilung.

Drei Themen: erstens die Verbesserung der Umstände der Visaerteilung, und zwar sowohl für die Antragsteller als auch für die Beschäftigten, zweitens die Auseinandersetzung mit, der Umgang mit und die Umsetzung der Visapolitik der Bundesregierung und schließlich drittens der Kampf - ich wiederhole: der Kampf - der Botschaft um eine bessere Ausstattung, um ebendiese Ziele erreichen zu können.

Zum ersten Punkt, nämlich zur Verbesserung der Umstände der Visaerteilung: Damit beginne ich nicht etwa, weil das aus unserer oder aus meiner Sicht der wichtigste Punkt wäre, sondern weil es mein erster Eindruck gewesen ist, als ich den Dienstposten übernommen habe. Mein erster Eindruck war nämlich der, wie auch der von vielen anderen, dass die Umstände der Visaerteilung in Kiew in nahezu jeder Hinsicht schlecht - viele würden sagen: unzumutbar - gewesen seien.

Es gab jeden Tag lange Schlangen, Hunderte, manchmal Tausende von Menschen, die bei uns vor der Tür standen. Jeden Morgen, wenn ich so gegen 7.30 Uhr zur Arbeit

kam, mussten die Schlangen erst widerwillig zur Seite rücken, damit ich überhaupt auf das Gelände der Botschaft vordringen konnte. Es gab unzumutbar lange Wartezeiten, bei meiner Ankunft nach meiner Erinnerung so ungefähr vier Monate. Die sind dann in der Folgezeit zwischenzeitlich auch noch angewachsen. Worte wie „unwürdig“, „blamabel“ oder „Schandfleck“ waren Formulierungen, die wir immer wieder in den vielen, vielen Beschwerden, die wir zu Recht bekommen haben, darüber lesen mussten. Das war aus unserer Sicht, auch aus meiner persönlichen Sicht ein Schaden für unsere deutschen Interessen dort in der Ukraine.

Aus meiner Sicht sprachen die tatsächlichen Verhältnisse der Visaerteilung auch unseren hehren Grundsätzen der deutschen Außenpolitik Hohn. Denn wir wollten ja darstellen, dass wir ein rechtsstaatliches, offenes, gastfreundliches Land sind. Das ist der Grund, weshalb Sie in Ihren Akten eine ganze Reihe von Berichten finden, die von unseren Bemühungen zeugen, die Verhältnisse dort an der Botschaft in dieser Hinsicht zu verbessern. Der erste Bericht datiert im Übrigen vom Januar 2000, ungefähr zwei Monate nach meiner Ankunft dort.

Zum zweiten Punkt, nämlich zur Frage der Auseinandersetzung mit, dem Umgang und der Umsetzung der Visapolitik der Bundesregierung in Kiew, möchte ich nur ganz wenige Ausführungen machen, weil ich annehme, dass das später Gegenstand Ihrer konkreten Fragen sein dürfte, im Übrigen die Kollegen Frau Hoppmann und auch die beiden Botschafter Heyken und Stüdemann darüber schon ausführlich berichtet haben.

Was ich sagen möchte, ist, dass es eine regelmäßige Berichterstattung über die Probleme, die wir dort angetroffen haben, an das Auswärtige Amt gegeben hat. Und was ich sagen möchte, ist, dass es sich aus unserer Sicht immer um die Visapolitik der Bundesregierung gehandelt hat, nicht nur des Auswärtigen Amtes. Denn diejenigen Erlasse, die uns später in schwere Probleme gestürzt haben - mit einer Ausnahme, nämlich des Grundsatzerlasses vom 3. März 2000 -, waren alles Erlasse nach meiner Erinnerung, die gemeinsam und im Einvernehmen zwischen zwei Ministerien, nämlich dem Bundesinnenministerium und dem Auswärtigen Amt, ergangen sind.

Zu den problematischen Visakategorien - ich nenne vier: Carnet de Touriste, Runderlass vom März 2000, also der Grundsatz-

lass, Reisebüroverfahren und zum ganzen Problem der Reiseschutzversicherungen im Allgemeinen und des Reiseschutzpasses im Besonderen - hat die Botschaft mehrfach regelmäßig und häufig berichtet, sodass Ihnen die Verhältnisse aus der Durchsicht der Akten einigermaßen klar sein sollten.

Mein dritter Punkt, der Kampf um die bessere Ausstattung, steht natürlich im engen Zusammenhang mit den ersten beiden Punkten. Denn mir war von Anfang an klar, dass eine Verbesserung der Verhältnisse nur dann erfolgreich sein könnte, wenn die personelle, räumliche und sachliche Ausstattung sozusagen den Aufgaben gerecht würde.

Der Kern, aber nicht das Entscheidende, war dabei die personelle Ausstattung. Da hat die Botschaft bis zum Juni 2000 vergeblich versucht, das Auswärtige Amt von der Dimension der dort vorliegenden Probleme zu überzeugen. Es ist dem Bundesminister Fischer zu danken, der aus Anlass seines Besuches am 23. Juni 2000 und dem persönlichen Eindruck von den Verhältnissen an der Visastelle der Botschaft Kiew Entscheidungen getroffen hat, die dafür gesorgt haben, dass sich die Situation in den nächsten Monaten entschärfen konnte - entschärfen konnte insofern, als wir zusätzliches Personal bekamen, sowohl bei den entsandten, den deutschen Kollegen als auch bei den Ortskräften.

Das Ergebnis war - ich beschränke mich einfach einmal auf die personelle Ausstattung -, dass zu meinem Dienstantritt im November 1999 die Visastelle ausgestattet war mit vier entsandten Mitarbeitern und etwa 20 Ortskräften, dass sie ein Jahr später, nein, anderthalb Jahre später, Mitte 2001, ausgestattet war mit sechs, einige Monate mit nur fünf entsandten Mitarbeitern, Visaentscheidern, und nahezu 50 Ortskräften und dass schließlich Mitte 2002, wenige Monate nach meiner Abreise und Versetzung aus Kiew, die Botschaft mit zehn entsandten Mitarbeitern in der Visastelle arbeiten konnte und 53 Ortskräfte nach meiner Kenntnis hatte. Das alles war und ist eine gewaltige Anstrengung des Auswärtigen Amtes, um Abhilfe zu schaffen, und letztlich der Schlüssel zur Lösung der Probleme gewesen.

Herr Vorsitzender, ich belasse es einstweilen dabei und stehe selbstverständlich für Ihre Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Schäfer, Sie sind, glaube ich, Jurist, oder?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich bin Jurist und Volkswirt.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Und Volkswirt. - Ist Ihnen bei Anwendung des Erlasses, von dem Sie gesagt haben, es sei der Einzige gewesen, der nicht mit dem Innenministerium abgestimmt worden ist, nämlich des Erlasses vom 3. März 2000, niemals die Idee gekommen, dass der vielleicht rechtswidrig sein könnte?

Zeuge Dr. Schäfer: Diese Frage haben wir uns damals in dieser Form nicht gestellt. Denn wir sind davon ausgegangen, dass die Prüfungsinstanzen, die der Erlass in der Zentrale des Auswärtigen Amtes durchlaufen hatte, diese Frage ausdrücklich geklärt hätten. Deshalb stand für uns weder zum Zeitpunkt des Eingangs des Erlasses noch in den ersten Monaten diese Frage im Raum. Die Frage haben wir uns nicht gestellt.

Für uns war eher das Problem die Frage der Zweckmäßigkeit des Erlasses. Bei der Zweckmäßigkeit des Erlasses hatten wir bereits im März 2000 unsere Zweifel. Diese Zweifel sind dann in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2000 stärker geworden, weil dieser Grundsatzrunderlass sozusagen dann von uns in die Praxis umgesetzt wurde, und zwar in enger Abstimmung mit den zuständigen Kollegen im Auswärtigen Amt. Denn die großen Zahlen, die Sie kennen, der Visaerteilung in Kiew, brachten es mit sich, auch die vielen Beschwerden, die wir wegen der Art und Weise der Visaerteilung bekamen, etwa wegen der langen Schlangen, dass nahezu jeden Tag viele, viele Anrufe, Beschwerden und Bitten von Abgeordneten des Deutschen Bundestages, von Landtagsabgeordneten, von Einladern aus Deutschland an das Auswärtige Amt und an das zuständige Fachreferat gerichtet wurden, die dann das in der Kommunikation mit uns an der Botschaft umsetzten. Es stellte sich dann im Laufe der Monate oder der Zeit nach dem Inkraft-Treten dieses Grundsatzrunderlasses heraus, dass die Auslegung, die dieser Erlass finden sollte, uns in zusätzliche Schwierigkeiten stürzte, weil er es für uns mit sich brachte, in jedem einzelnen Fall, in dem wir eine Ablehnung eines Visumantrages vornehmen wollten, konkrete, auf den Einzelfall und auf den konkreten Antragsteller bezogene Informationen zu haben, die uns erst dann in die Lage versetzten, diesen Visaantrag ablehnen zu dürfen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich verstehe nicht ganz, warum Sie so Wert auf die Feststellung legen, dass immer wieder Abgeordnete aus den Fraktionen sich mit Beschwerden und Wünschen gemeldet haben. Es ist doch für eine geordnete Verwaltung täglich Brot, dass Wünsche, Beschwerden und alles Mögliche kommen. In jeder Verwaltung auf der ganzen Welt ist das so. Dann werden die Briefe bearbeitet, positiv, negativ, wie es sich gehört.

Zeuge Dr. Schäfer: So ist es, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wo ist das Problem?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich habe damit auch kein Problem.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: War das ein Problem für Sie?

Zeuge Dr. Schäfer: Nein, überhaupt nicht, ganz im Gegenteil. Für uns war das Problem, dass wir in der Zeit vor der Einführung des Terminvergabesystems - - Ich wiederhole: Wir hatten in der Zeit in manchen Perioden, im Sommer insbesondere, also im Saisongeschäft, Wartezeiten von bis zu sechs Monaten. Das bedeutet: Ein redlicher ukrainischer Antragsteller, der nach Deutschland reisen wollte, brauchte sechs Monate, um bei uns das Recht bekommen zu können, seinen Visumantrag bei uns abgeben zu dürfen. Es ist kein Wunder, dass es wegen dieser - ich wiederhole - aus meiner Sicht nicht haltbaren Umstände eine Vielzahl von Beschwerden gab. Dass auch Beschwerden von Abgeordneten des Bundestages oder aus Landtagen dabei waren, war für uns keine Überraschung, auch nichts Ungewöhnliches, auch nichts, gegen das wir uns zur Wehr gesetzt haben. Es war für uns der Beweis, dass Handlungsbedarf bestand und dass wir das ändern mussten.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wenn in der Schlange, in der massenhaft rechtsmissbräuchlich Antragsteller sich aufhalten, viele einzelne Fälle noch vorkommen, die deswegen monatelang warten müssen, bis sie ihren berechtigten Visumantrag entschieden bekommen, dann ist es ja kein Wunder, dass etwas nicht stimmt.

Ich verstehe eines nicht: Sie haben vorhin gesagt, es war eine unwürdig lange Warteschlange. Bei dem Migrationsdruck, der Ihnen sicher bewusst war, ist es logisch, dass viele Menschen aus Gründen der Schwarzarbeit vorwiegend in den westeuropäischen Raum kommen wollen. War Ihnen dieses Problem nicht bewusst, dass das der Grund ist, warum die Menschen in so großer Zahl vor Ihrer Tür warteten?

Zeuge Dr. Schäfer: Also: Uns war bewusst, dass es Ausreisepressure aus der Ukraine gibt. Davon zeugen im Übrigen auch die Berichte, die wir an die Zentrale des Auswärtigen Amtes geschickt haben. Es ist aus meiner Sicht, aus unserer damaligen Sicht auch eine Ausprägung des Rechtsstaates, dass es nicht ausreicht, sozusagen auf die Menschenmassen vor der Tür zu schauen mit der Feststellung, da sind bestimmt ganz viele illegale Reisewillige dabei, sondern für uns war das konkrete Kriterium, bei einem konkreten Visumantrag konkret zu entscheiden. Genau da lag für uns das Problem.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das haben Sie so gelöst, indem Sie weitgehend ungeprüft die Leute reingelassen haben?

Zeuge Dr. Schäfer: Herr Vorsitzender, ich weise die Unterstellung in Ihrer Frage zurück, dass wir weitgehend ungeprüft alle Anträge weitergereicht haben.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Na ja, gut. Das haben wir mittlerweile festgestellt.

(Zuruf: Aber nicht einvernehmlich!)

Das brauchen Sie nicht zurückzuweisen. Wir haben ja eine Feststellung eines Mitarbeiters, der gesagt hat: Warum wird draußen vor der Tür nicht gleich ein Visaautomat aufgehängt? Das ist doch einfacher und führt zu fast demselben Ergebnis.

(Hellmut Königshaus (FDP): Der Minister selbst hat gesagt, dass das alles fehlerhaft ist!)

Was Sie mit Ihrer Visastelle gemacht haben, hat der Minister als schweren Fehler selbst hier zugegeben. Also brauchen Sie es nicht zurückzuweisen.

Zeuge Dr. Schäfer: Wollen Sie die Frage noch einmal wiederholen, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann machen wir weiter. Es gab eine Konferenz in Kiew. Da waren Sie sicher dabei?

Zeuge Dr. Weishaupt: Ja, sicher.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die Regionalkonferenz. Da wurde Ihnen ja die neue Visapolitik vorgestellt. Wie muss man sich diese Politik vorstellen, nach der jetzt alles leichter gehen soll? Was wurde Ihnen da gesagt, was von oben erwünscht sei?

Zeuge Dr. Schäfer: Wir haben eine Konferenz organisiert auf Bitte des Auswärtigen Amtes in der Zeit Ende Juni/Anfang Juli über ein verlängertes Wochenende, auf der wir Gelegenheit hatten, etwa vier Tage mit zuständigen Vertretern des Auswärtigen Amtes über die neue Visumpolitik und insbesondere über den Erlass vom 3. März zu sprechen. Dass ein solches Regionalseminar überhaupt stattfand, war für uns neben anderen Anzeichen ein klares Signal dafür, dass in der Tat etwas Neues, etwas anderes geplant war. Denn unter anderen Umständen wäre es erstens nicht erforderlich und zweitens wahrscheinlich unter den schwierigen Verhältnissen auch nicht finanzierbar gewesen, ein solches Seminar durchzuführen.

Auf diesem Seminar gab es einen Dialog zwischen den Vertretern des Auswärtigen Amtes, dem zuständigen Referatsleiter, dem zuständigen Grundsatzreferenten und den Vertretern der Botschaften aus all den Botschaften oder Auslandsvertretungen der ehemaligen Sowjetunion. Es gab eine engagierte, kontroverse Debatte darüber, erstens wie der Runderlass auszulegen ist und zweitens welche Folgen er für die Visaerteilung in der ehemaligen Sowjetunion haben könnte, haben würde.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Da hat sich Herr von Studnitz mit Kritik hervorgetan, aber auch der Botschafter in Almaty. Haben auch Sie zu den Kritikern gehört oder haben Sie das mehr hingenommen?

Zeuge Dr. Schäfer: Wir haben informell, das heißt per Telefon, Kritik an diesem Erlass geübt. Wir haben uns allerdings - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Aber nicht beim Seminar?

Zeuge Dr. Schäfer: Doch, beim Seminar auch. Ich rede jetzt von der Zeit bis zum Seminar, also in der Zeit ab dem 7. März, an dem Tag, an dem dieser Erlass bei uns eingegangen ist.

Wir haben uns damit begnügt, dass die zuständigen Kollegen im Auswärtigen Amt uns gesagt haben: Macht euch keine Sorgen. Wir kommen ja bald zu euch nach Kiew. Dann könnt ihr all die Fragen, Zweifel, Schwierigkeiten, die ihr mit dem Erlass habt, auf diesem Seminar mit uns besprechen. - Selbstverständlich gehörten die Angehörigen der Botschaft Kiew, ich als Leiter des Referates, die Visastellenleiterin und zwei andere Kollegen, die regelmäßig teilgenommen haben, zu den Kritikern dieses Erlasses.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Fühlten Sie sich mit Ihrer Kritik verstanden? Hat sich etwas geändert? Oder wurden Sie mehr im Wege der verbalen Konfliktharmonisierung abgesperist?

Zeuge Dr. Schäfer: Wir fühlten uns nicht verstanden. Wir spürten, dass es in der Visapolitik keine Änderung im Verhältnis zur Zeit vor und nach dem Regionalseminar gab.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Keine Änderung?

Zeuge Dr. Schäfer: Es gab keine Änderung.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das heißt, die Wende war mit dem Erlass, 3. März oder wenige Monate davor, seit 1999 da und die wurde nach dem Seminar nicht geändert.

Zeuge Dr. Schäfer: Die Hoffnungen, die wir auf dieses Seminar gesetzt hatten, nämlich die Kollegen aus dem Auswärtigen Amt mit konkretem Anschauungsmaterial mit unseren Problemen vertraut zu machen und sie dadurch dafür zu sensibilisieren, dass dieser Erlass unter den Umständen, die in Kiew in der Ukraine vorherrschten, nicht zweckmäßig war, sind nicht durchgedrungen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das heißt, Sie hatten vergeblich gehofft, die Zentrale, die Vertreter der Zentrale im Auswärtigen Amt von der Realität in Kiew mit dem Migrationsdruck, den Missbrauchsmöglich-

keiten, der organisierten Kriminalität und dem Menschenhandel zu überzeugen. Das ist also misslungen.

Zeuge Dr. Schäfer: Ja, so ist es. Sie kennen - das nehme ich an, Herr Vorsitzender - einen Drahtbericht aus meiner Feder und mit meiner Unterschrift vom 5. März 2002, in dem wir, nachdem das telefonisch vorbereitet worden war, unsere Sicht der Auslegung dieses Runderlasses durch die Zentrale und damit auch sozusagen zwangsweise durch uns dargestellt haben. Sie wissen sicher auch, dass wir darauf mit Datum vom 19. März eine Antwort bekommen haben, die in der Tat unsere angeregte neue Auslegung dieses Runderlasses billigte. Wenn Sie sich die Statistiken über die Erteilung der Visa anschauen, die Ihnen sicher vorliegen, werden Sie feststellen, dass ab diesem Zeitpunkt die Ablehnungsquoten der Botschaft Kiew signifikant in die Höhe gegangen sind.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wie viele Entscheider hatten Sie zu der Zeit, im Herbst?

Zeuge Dr. Schäfer: Im November 1999 hatten wir vier Entscheider. Nach der Entscheidung des Bundesministers Fischer vom 23. Juni 2000 und dass uns geholfen werden musste, haben wir am Ende des Jahres 2002 zwei zusätzliche Visaentscheider des mittleren Dienstes bekommen. Wir waren also mit sechs im Einsatz. Mitte 2001 gab es ein Problem, von dem Sie auch wissen, aber über das ich hier jedenfalls in dieser öffentlichen Form nicht reden kann, das uns mehrere Monate nicht nur beschäftigt hat, sondern uns sozusagen auch mehrere Monate eine Stelle genommen hat. Wir waren also nur fünf. Da wurde dann aber relativ schnell ein neuer Kollege erst abgeordnet und dann entsandt. Bis zum Ende meiner Zeit, im Mai 2002, waren es sechs Entscheider. Mit dem Versetzungstermin 2002 sind dank des Antiterrorpaketes vier weitere Entscheider - zwei im gehobenen Dienst und zwei im mittleren Dienst - an die Botschaft entsandt worden. Das weiß ich allerdings nicht aus eigener Kenntnis, weil ich nicht mehr da war, sondern nur vom Hörensagen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wenn die Zahl der Entscheider eine entscheidende Rolle bei der Prüfdichte spielen würde, dann

müsste eigentlich mit der Zunahme der Zahl der Entscheider die Zahl der Visavergaben rückläufig sein, weil sie besser und mehr prüfen können. Das Gegenteil ist aber der Fall. Wie erklären Sie sich das? Haben noch mehr Entscheider einfach noch mehr Visa weitgehend ungeprüft ausgereicht?

Zeuge Dr. Schäfer: Die Argumentation, mit der wir damals gegenüber dem Auswärtigen Amt den Bedarf an zusätzlichen personellen Ressourcen vorgebracht haben, war eine Argumentation, die im Wesentlichen mit den tatsächlichen Umständen der Visaerteilung argumentierte.

Im Übrigen: Das Ziel war, diese unzumutbaren Verhältnisse und diese Verhältnisse, die gleichzeitig eine deutlich negative Wirkung auf die Zusammensetzung der Antragsteller hatten, zu beseitigen. Die Hoffnung und die Vorstellung waren aus unserer Sicht damals, mit den zusätzlichen Entscheidern dafür zu sorgen, dass die Schlange vor der Botschaft verschwindet - das ist uns gelungen, ab April 2001 - und dass auf diese Art und Weise die schlechte Zusammensetzung der Antragsteller abgeschafft, beseitigt werden könnte. Denn was war der Fall? Sie müssen sehen, Herr Vorsitzender, dass, wenn Sie als redlicher Ukrainer bei uns, sagen wir, im November 1999 oder in den ersten Monaten des Jahres 2000 ein Visum beantragen wollten, Sie dreimal zur Botschaft kommen mussten. Wenn Sie nicht bereit waren, sich in die von uns unkontrollierbaren Verhältnissen des Schlangenmanagements einzureihen, das heißt Geld dafür zu bezahlen, in der Schlange an einen günstigen Platz zu kommen, dann konnte es Ihnen passieren, dass Sie eine ganze Woche oder zehn Tage jeden Tag vor der Botschaft standen und regelmäßig bis zum Feierabend leider wieder einmal nicht hineingekommen sind.

Das waren absolut unerträgliche Verhältnisse, die wir mit den Mitteln, die wir zur Verfügung hatten, nämlich insbesondere mit den beschränkten räumlichen Ressourcen, nicht in den Griff bekamen, einfach deshalb, weil die vielen Menschenmassen bei uns auf dem eigenen Gelände nicht angemessen untergebracht werden konnten. Sie kennen vielleicht die Bilder von der Visastelle. Die hat so auf dem Hinterhof die Möglichkeit vorgesehen, dort Schlangen sozusagen aufzustellen. Diese Möglichkeit war immer viel zu klein, sodass immer noch viele, viele hundert Menschen bei uns jeden Tag vor der Tür

standen. Aber es ist uns geglückt, auch dank des zusätzlichen Personals, im Übrigen nicht nur der entsandten Entscheider, sondern auch der vielen Ortskräfte, ein System zu installieren, das diese Verhältnisse jedenfalls beseitigt hatte. In der Zeit ab April 2001 gab es diese Schlangen nicht mehr. Es gab auch diese Wartezeiten nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wenn man sich nur auf die Warteschlange vor der Tür konzentriert und die Frage „Wer kommt hier rechtswidrig, als Schwarzarbeiter im Wesentlichen, in großer Zahl in den EU-Raum?“ nicht so sehr im Fokus hat, sondern nur die Warteschlange vor der Tür, wird einem vieles klar.

Zeuge Dr. Schäfer: Das unterstellen Sie mir, Herr Vorsitzender, dass es nur dieses war.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie müssen sich Ihre Zahlen aus 2001 einmal anschauen - die sind Ihnen doch sicher geläufig -, wie viele Visa unter Ihrer Verantwortung in 2001 ausgereicht wurden und wie viele Visa auch in der ersten Hälfte 2002 ausgereicht wurden. Sie waren verantwortlich für den Höhepunkt des Missbrauchs. Das ist Ihnen bewusst, ja? Sie waren verantwortlich für den Höhepunkt des Missbrauchs, weltweit, an allen deutschen Botschaften, und haben sich gedacht: Die oben haben geprüft, ob es rechtmäßig ist, dann wird es schon rechtmäßig sein. - Und Sie sind selber Jurist.

Zeuge Dr. Schäfer: Wiederholen Sie das bitte. Das habe ich nicht verstanden, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie haben gesagt, der Erlass, um den es hier geht, ist oben in der Zentrale geprüft worden, dann wird er schon rechtmäßig sein.

Zeuge Dr. Schäfer: Erstens bin ich hier als Zeuge, Herr Vorsitzender, und nicht als Angeklagter. Zweitens möchte ich auf das, was Sie mir oder uns in Kiew gerade unterstellt haben, einfach antworten, dass die Summe der Weisungen, Erlasse, Runderlasse, die zu diesem Zeitpunkt unser Handeln zu bestimmen hatten - - Ich erinnere an den Runderlass zur Prüfung der Carnets de

Touriste, ich erinnere an den Runderlass zur Frage der Bonität, ich rufe den Erlass vom 3. März 2000 in Erinnerung - alles Runderlasse, die einzeln, aber erst recht in ihrer Gesamtheit dazu beigetragen haben, dass es uns im Grunde in der gebotenen Weise nicht möglich war, die vielen Visa zu prüfen.

Nehmen Sie den Erlass vom 15.10.1999, den Erlass zu den Carnets de Touriste. Da hieß es, dass in der Regel davon Abstand zu nehmen sei, andere Dokumente als das antragsbegründende Dokument Carnet de Touriste zu prüfen. Sie werden sicherlich auch die Berichterstattung der Botschaft kennen, die in mindestens fünf oder sechs Drahtberichten - und zwar einmal im Monat, weil es bei uns monatlich immer wieder hochkam - darüber berichtet hat, dass das Verfahren des Carnet de Touriste in der Weise, wie wir es umzusetzen hatten, nicht praktikabel war und - so steht es explizit in einigen dieser Berichte drin - im Grunde nur durch seine Abschaffung das Problem gelöst werden kann. Dabei sind wir - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Die Berichte sind bekannt. Ich will Ihnen auch nicht - nicht, dass wir uns falsch verstehen - den Vorwurf machen, Sie wären verantwortlich für die Erlasse. Die Erlasse sind kausal verantwortlich für den massenhaften Missbrauch - das haben wir hier längst herausgearbeitet -, also nicht Sie als Visastellenleiter oder als zuständiger Jurist. Also: Die Erlasse in der Zentrale sind zuständig. Wir wollen hier nur herausarbeiten: Was haben Sie sehenden Auges gemacht, um der Zentrale deutlich zu machen, dass hier massenhafter Rechtsmissbrauch getrieben wird, nicht durch Sie, sondern durch die Antragsteller auf der Basis der Erlasse? Darum geht es.

Zeuge Dr. Schäfer: Dazu hatte ich Ihnen dargestellt, wie wir auf den Erlass vom 15.10.1999 reagiert haben. Ich habe Ihnen dargestellt, in welcher Weise wir auf den Runderlass vom 3. März 2000 reagiert haben. Wenn wir jetzt in der Zeit voranschreiten, dann werden Sie feststellen, dass es eine Fülle von Berichten der Botschaft gibt, die sich mit den Erlassen oder mit dem Erlass beschäftigen, der zu einer Explosion der Antragstellerzahlen mit Reiseschutzpässen geführt hatte. Darüber hinaus haben wir selbstverständlich in einer großen Zahl von Gesprächen, im Übrigen nicht nur mit den Kollegen aus dem Auswärtigen Amt, sondern

auch mit den verschiedensten Vertretern von Institutionen aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums, diese Fragen erörtert, haben die Vorschläge, die wir im Berichtswege gemacht haben, auch unseren Besuchern in der Botschaft aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums zugänglich gemacht und sie jeweils gebeten, uns zu helfen. Ich gebe Ihnen nur zwei Beispiele für ganz wichtige Punkte für uns damals:

Wir fühlten uns von den Behörden in Deutschland bei der Aufklärung von Inlandsachverhalten total im Stich gelassen. Es gab eine große Fülle von Anträgen, bei denen wir Zweifel an den Angaben hatten, die zu Inlandssachverhalten in Deutschland bestanden, etwa zu der Frage, ob ein vorgegebenes Reiseprogramm mit einer angeblich erfolgten Hotelbuchung tatsächlich bestand oder nicht, etwa zu der Frage, ob es den Geschäftsbetrieb, der da eine Geschäftseinladung aussprach, tatsächlich gab, ob es ein eingerichteter Geschäftsbetrieb war.

Wir haben uns mit diesen Fragen, die wir selber nicht beantworten konnten, weil dafür ein Telefonanruf aus Kiew schlicht und ergreifend nicht ausreichend war - denn wir wurden sozusagen massenhaft bei diesen Anträgen - - Die waren so gesteuert, dass dort Telefonnummern von Leuten angegeben waren, die wussten, dass eventuell die Botschaft anrufen würde. Wir haben also bei diesen Fällen, bei denen wir Inlandsaufklärung bedurften, uns an die verschiedensten Stellen gewandt, an die zuständigen Ausländerbehörden, an die zuständigen Stellen des Bundesgrenzschutzes, an die zuständigen Stellen der örtlichen Polizeiamter, und sind mit diesen unseren Anfragen im Grunde nie angemessen und auf die gebotene Weise zurechtgekommen, weil wir in der Regel überhaupt keine Antwort oder eine Antwort bekamen, mit der wir nichts anfangen konnten.

Das haben wir zum Anlass genommen, um sowohl gegenüber dem Auswärtigen Amt als auch gegenüber den Besuchern aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums immer wieder folgenden Vorschlag zu machen: Für uns in Kiew und für andere Botschaften wäre es doch sinnvoll und zweckmäßig, dass eine Behörde, eine Innenbehörde - unsere Idee war: der Bundesgrenzschutz - eine so genannte Kopfstelle einrichtet, an die man sich per Mail, per Telefon, per Fax oder in sonstiger Weise wenden kann, wenn man eine Frage in einem laufen-

den Visumverfahren hat, eine Frage, die einen Inlandssachverhalt betrifft, der für uns nicht aufzuklären war. Diese Stelle hat dann die Aufgabe, die zuständige Stelle zu identifizieren, die uns diese Frage beantworten kann, und die Antwort an uns zurückzuleiten.

Diesen Vorschlag habe ich persönlich etwa gegenüber den beiden Inspektoren des Grenzschutzes geäußert, die bei uns gewesen sind, den Herren Sperner (?) und Burgholder (?). Diesen Vorschlag habe ich gegenüber dem Ministerialdirektor Dr. Kass geäußert, der sich aus Anlass der deutsch-ukrainischen Regierungskonsultationen mit dem Innenminister Schily - ich weiß nicht mehr genau, wann - Ende 2001 oder Anfang 2002 in Kiew aufgehalten hat. Diesen Vorschlag habe ich persönlich anderen Vertretern des Bundesgrenzschutzes aus der Grenzschutzdirektion in Koblenz und anderen vorgetragen und habe dafür immer Zustimmung geerntet, aber nie eine Folge gehabt.

Zweites Beispiel - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das heißt, wenn ich kurz unterbrechen darf, sehr weit oben im Innenministerium sind die Probleme bekannt gewesen, durch Meldungen auch von Ihnen, sodass man sich fragen muss: Warum wurde vom Innenministerium bzw. von der Leitung des Bundesgrenzschutzes hier nichts unternommen?

Zeuge Dr. Schäfer: Was wir in Kiew nie verstanden haben, war Folgendes: Wir haben insbesondere mit diesen Erlassen Schwierigkeiten gehabt, die die Reiseschutzversicherung betrafen, also das Carnet und den Reiseschutzpass. Diese beiden Erlasse sind ausweislich des Wortlautes ihres Textes im Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium an uns gesandt worden.

Nicht in der offiziellen Kommunikation, im Berichts- und im Erlasswege, sondern in der informellen Kommunikation, in der wir ja auf die verschiedenste Weise mit den Kollegen in Berlin zu tun hatten, haben wir immer wieder gefragt: Warum macht ihr das so? Das bringt uns hier in Schwierigkeiten, die wir kaum lösen können. Wir können und dürfen nach eurer Erlasslage diese vielen Menschen, die mit diesen Pässen kommen und bei denen wir mit einiger Wahrscheinlichkeit davon ausgehen können, dass ein Teil von ihnen illegale Reisezwecke hat, nicht prüfen. - Die Antwort darauf war informell,

dass gesagt wurde: Das ist ein Vorschlag aus dem Bundesinnenministerium. Dieser Vorschlag aus dem Bundesinnenministerium ist von uns aufgenommen worden. Das Bundesinnenministerium ist weiter der Meinung, dass diese Erlasse so, wie sie ergangen sind, in Ordnung sind.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das macht immer deutlicher, wie nötig es wäre, Vertreter des Bundesinnenministeriums zu hören, den Minister obendrauf. Aber das haben wir heute Morgen besprochen.

Es wäre ja auch merkwürdig. Denn Sie hatten ja in der Botschaft auch Vertreter des BGS und Vertreter des BKA. Damit war der Sicherheitsapparat da, vor Ort, und musste auch pflichtgemäß an die Dienststellen melden. Wissen Sie darüber etwas?

Zeuge Dr. Schäfer: Herr Vorsitzender, es war für uns - auch das will ich sagen - immer rätselhaft - auch das ist Gegenstand der Gespräche, die ich informell mit den Vertretern aus dem Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums geführt habe -, weshalb einerseits diese Erlasse, die sozusagen der Kern unserer Probleme waren, aus dem Bundesinnenministerium gekommen sind oder jedenfalls in Abstimmung mit dem Bundesinnenministerium ergangen sind, gleichzeitig aber womöglich andere Abteilungen - das vermute ich aber nur; das weiß ich nicht - des Innenministeriums, das BKA, der Bundesgrenzschutz immer wieder darauf hingewiesen haben, dass die Situation an der Botschaft in Kiew und anderswo so problematisch ist. Dieses Rätsel habe ich damals nicht aufklären können, sozusagen die Frage, warum einerseits das vom Bundesinnenministerium gewollt wird, andererseits aber andere Vertreter aus anderen Behörden des Geschäftsbereiches des Bundesinnenministeriums diese Praxis, die auf unserer Weisungslage beruhte, kritisiert haben.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Mehr können wir von Ihnen wahrscheinlich nicht erfahren. Zu dem Streit zwischen zwei verschiedenen Abteilungen im Innenministerium haben wir auch schon einiges gehört. Herr Schily müsste mehr darüber wissen; aber den können wir jetzt nicht hören.

Jetzt komme ich zur SPD. Herr Scholz, bitte.

Olaf Scholz (SPD): Ich möchte mich auf einen Fragenkomplex beschränken und dann wird meine Kollegin Heubaum weiterfragen.

Sie haben geschildert, wie viele Visen erteilt worden sind und dass das schwierig gewesen sei. Unter anderem hätten dabei das Carnet de Touriste und später der Reiseschutzpass eine Rolle gespielt. Ich beschränke mich jetzt auf das Carnet de Touriste; eine ähnliche Rechnung ließe sich aber auch beim Reiseschutzpass aufmachen. Sie haben ja in 2000 und 2001 eine Kontingentierung der Carnets durchgesetzt. Das hätte maximal 20 000 in 2000 und 31 000 in 2001 ermöglicht. Tatsächlich teilt uns der ADAC mit, dass in der Ukraine im Jahr 2000 19 000 Carnets de Touriste erteilt worden seien und im Jahre 2001 auch 19 000, also ungefähr die Zahl, die sich aufgrund der Kontingentierung ergibt. Welche Probleme sich damit ergeben, haben wir verstanden.

Die Frage, die ich nicht ganz verstehe, ist, wie die Relation zu bewerten ist. Denn es kann ja bei circa 300 000 und in einem Jahr fast 400 000 erteilten Visen und tatsächlich nur 19 000 Visen, die etwas mit einem Carnet zu tun haben, nicht das zentrale Problem der Visaerteilung gewesen sein, sondern eines. Würden Sie etwas zur Relation sagen und sagen, was aus Ihrer Sicht damals das entscheidende Problem für die 280 000 anderen Visen gewesen ist.

Zeuge Dr. Schäfer: Sie haben jetzt das Carnet herausgegriffen. Die Zahlen, so wie Sie sie vortragen, erscheinen mir plausibel und entsprechen in der Tat unserer Kontingentierung. Wir haben bereits Anfang 2000 80 Carnet-de-Touriste-Bewerber pro Tag zugelassen. Daraus ergibt sich in der Tat für das Jahr 2000 und für das Jahr 2001 diese Zahl. Für das Jahr 2002 muss man dazusagen, dass wir in der Auseinandersetzung um den Erlass vom 29. Januar und mit dem Recht, das wir bekamen, auch die Antragsteller mit Reiseschutzpässen zu kontingentieren, aus Gründen der Gleichbehandlung gezwungen waren, die Zahlen für die Bewerber mit Carnet de Touriste in gleicher Weise hochzusetzen, sodass ab März 2002 beide Antragstellerkategorien mit etwa höchstens 200 Personen pro Tag bei uns Zugang hatten.

Wenn wir jetzt über Zahlen sprechen, dann sollten wir feststellen, dass die Zahl der Reiseschutzpässe nach meiner Einschätzung - da können wir gleich gemeinsam mal

zusammenrechnen - erheblich höher gewesen ist. Wir haben in der Zeit bis März, bis wir kontingentieren durften, zum Teil 600, 800 Antragsteller mit diesen Pässen vor der Tür gehabt und haben einen größeren Teil dieser Personen bei uns auf das Gelände gelassen, damit sie ihren Antrag abgeben können.

Ab dem 2. Mai 2001, also dem Zeitpunkt des Erlasses, mit dem die Reiseschutzpässe den Carnets gleichgestellt wurden, sind diese Reiseschutzpässe ganz wesentlich im Reisebüroverfahren genutzt worden. Das war nämlich für die Reisebüros bequem und billiger, als jedes Mal mit einer Reisegruppe zu einer deutschen Ausländerbehörde zu gehen, um sich da die Verpflichtungserklärung zu besorgen. Deshalb sind ab dem Mai 2001 große Mengen von Antragstellern mit Reiseschutzpässen im Reisebüroverfahren bearbeitet worden.

Ich habe hier eine Visastatistik der Botschaft Kiew für den Zeitraum vom Januar 98 bis zum Juni 2004 vorliegen. Ich nehme an, diese Zahlen haben Sie auch vorliegen. Wenn Sie sich dort etwa die Veränderung von April 2001 auf Mai 2001 anschauen, dann sehen Sie, welche Dimension das Problem hat. Da gibt es nämlich eine Veränderung. Im April wurden 23 177 Visa erteilt, im Mai 2001 und zwar nach Einführung des Terminvergabesystems, was sagen will, dass wir im allgemeinen Verfahren die Kapazitäten gar nicht ausweiten konnten, sind 36 987 Visa erteilt worden.

Olaf Scholz (SPD): Dass es mit den Reiseschutzpässen noch mal diese Steigerung gegeben hat, das haben wir auch ermittelt, auch dass Sie dann am Ende darauf reagiert haben, indem Sie auch dort eine Kontingentierung eingeführt haben, in 2002, kurz bevor das Ganze dann abgeschafft wurde.

Zeuge Dr. Schäfer: Kurz bevor es endlich abgeschafft wurde.

Olaf Scholz (SPD): Ja. - Aber trotzdem bleibt das, auch wenn man alle Zahlen zusammenrechnet, auch die Zahlen, die wir haben, wie viele Reiseschutzpässe überhaupt erteilt worden sind, sowohl bei den Carnets de Touriste als auch bei den Reiseschutzpässen die Minderheit der Visen, die im Zusammenhang damit erteilt worden sind, und zwar eine deutliche Minderheit, nur ein Bruchteil von allen. Deshalb muss es an

anderen Strukturen und Fragestellungen gelegen haben, wo die anderen 280 000 oder 300 000 Visen herkamen, die erteilt wurden.

Zeuge Dr. Schäfer: Jetzt dürfen wir natürlich nicht den Fehler machen, Herr Abgeordneter, anzunehmen, dass jeder Einzelne, der an der Botschaft Kiew ein Visum bekommen hat, dieses Visum für illegale Zwecke genutzt hat.

Olaf Scholz (SPD): Da müssen Sie nicht mich überzeugen, eine andere Fraktion in diesem Ausschuss schon.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich nehme mal Ihre Frage auf: Wir ziehen von den an der Botschaft in Kiew erteilten Visa diese Themenkomplexe ab, dann kommen wir womöglich in der Tat noch - auch das müsste man ausrechnen; ich bin nicht so sicher, aber nehmen wir es mal an - zu einer absoluten Steigerung der Zahl, dann würde ich darauf ob meiner Kenntnisse über das Land und über die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine antworten, dass das gar nicht ungewöhnlich ist.

Jedes Jahr haben ukrainische Staatsangehörige in vieltausendfacher Zahl rechtmäßig ihren Wohnsitz in Deutschland genommen. Wir hatten pro Jahr etwa 14 000 jüdische Emigranten, Kontingentflüchtlinge, die aus der Ukraine nach Deutschland legal übergesiedelt sind. Wir hatten in der Zeit von 1999 bis 2002 - ich schätze - zwischen 2 000 und 3 000 deutsch-ukrainische Eheschließungen, die in aller Regel zur Folge hatten, dass die ukrainischen Ehepartner zu ihren Ehepartnern nach Deutschland gezogen sind. Wir hatten in der Zeit von 1999 bis 2002 circa 3 000 bis 4 000 Spätaussiedler, die aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine nach Deutschland übergesiedelt sind.

Wenn Sie diese Zahlen zusammenrechnen, kommen Sie schon dadurch - ich lasse die langsam, aber stetig wachsenden Wirtschaftsbeziehungen ganz raus - auf zusätzliche Ukrainer - das sage ich jetzt als einen soziologischen Begriff -, die in Deutschland rechtmäßig Aufenthalt gefunden haben und die natürlich all ihre sozialen Beziehungen, ihre Freundschaften, ihre Verwandtschaften etc. mit nach Deutschland genommen haben, sodass es für uns das Natürlichste von der Welt war, dass diese Menschen einen Anspruch darauf haben und auch verständli-

cherweise ihre sozialen Beziehungen weiterpflegten und dann eben ihre Freunde, Verwandten aus der Ukraine nach Deutschland einladen. Deshalb sind für uns die Zahlen in überhaupt keiner Weise überraschend gewesen, wenn wir die Rechnung nachvollziehen, die Sie aufgemacht haben, Herr Abgeordneter.

Olaf Scholz (SPD): Ja, das kann ich mir vorstellen. Ich habe mal versucht, eine Rechnung so ähnlich, wie Sie sie aufgemacht haben, zu saldieren, was etwas schwierig ist, weil die Statistiken nicht alle zusammenpassen. Die Eingebürgerten fallen wieder heraus, es hat Veränderungen in der Frage der Spätaussiedler gegeben, wie die Deutsche werden, und Ähnliches. Aber wenn man es zusammenrechnet, halten Sie es für plausibel, dass etwa 200 000 Menschen ukrainischer Herkunft legal in Deutschland leben und, wenn die alle jedes Jahr jemanden einladen, es nicht unplausibel ist, dass wir einen Mindestbestand von 200 000 Visen pro Jahr haben, die einfach nur auf Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen, die keinem Arg begegnen, beruhen?

Zeuge Dr. Schäfer: Ja, ich kann dem nur zustimmen, Herr Abgeordneter. Das ist im Übrigen auch der Grund, weshalb es für uns damals ganz natürlich war, dass Deutschland die ganz überwiegende Zahl der Schengen-Visa erteilt hat. Das waren ja immer so zwischen 60 und 70 Prozent. Natürlich hatte Deutschland viel engere Beziehungen zur Ukraine als wahrscheinlich jedes andere Mitgliedsland der Europäischen Union und des Schengen-Verbundes. Natürlich war, jedenfalls in der Zeit, als ich damals da war, für die Ukrainer Deutschland so etwas Ähnliches wie das Paradies: Das ist die stärkste, größte Wirtschaftsnation in Europa. Das war das Zielland, das man sich vornahm, wohin man wollte.

Im Übrigen sind 200 000 Visa bei einer Gesamtbevölkerungszahl von damals 49 Millionen ein Prozentsatz von ungefähr 0,4. Für ein Land, dessen Grenzen von den deutschen nicht mehr als 500 Kilometer entfernt sind, ist das kein hoher Prozentsatz, sondern - ganz im Gegenteil - ein Prozentsatz, von dem man hoffen sollte, dass er sich mit der Annäherung der beiden Staaten, der Gesellschaften, der Menschen zueinander auch in Zukunft weiter höher entwickelt. Was spricht dagegen, dass langfristig die Ukrainer

zu uns kommen? Ganz im Gegenteil: Die Ukrainer sind eine europäische Nation, die in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Veränderungen auf die Beine gestellt haben. Da sind 200 000 Visa für meine Begriffe, Herr Abgeordneter, als absolute Zahl nichts Verwerfliches.

Olaf Scholz (SPD): Eine Nachfrage hätte ich noch zu einem weiteren Komplex. Das Thema ist die Zusammenarbeit mit Reisebüros. Ich will es nicht so spannend einführen, sondern direkt zur Sache kommen. Herr Weishaupt hat uns heute erzählt, in Saratow hatte er mit zwei Reisebüros zusammengearbeitet und denen gesagt: Wenn einmal einer nicht zurückkommt, ist die Zusammenarbeit beendet. - Das ist ja in Kiew etwas anders gehandhabt worden. Sie hatten noch viel mehr Reisebüros, mit denen Sie zusammengearbeitet haben. Vielleicht können Sie uns dazu was sagen.

Zeuge Dr. Schäfer: Sie meinen, ganz allgemein zum Reisebüroverfahren?

Olaf Scholz (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich nehme an, die Rahmenbedingungen kennen Sie. Dieses Verfahren ist zum Oktober 2001 beendet worden. Das Verfahren ist durch eine Weisung des Auswärtigen Amtes beendet worden, über die wir außerordentlich froh waren. Wir haben bedauert, dass diese Weisung vorsah, dass wir das Verfahren noch einige Monate weiterführen mussten. Denn die Weisung datiert von Anfang August und die Einstellung des Verfahrens stand am 1. Oktober 2001 fest.

Wir hatten das Problem, dass ab dem Mai 2001 sich zwei Problemkategorien überschneiden, nämlich das Problem im Reisebüroverfahren allgemein mit dem Problem der Reiseschutzpässe, sodass in diesem Fall auch die einschlägigen Erlasse, also die Erlasse, die vorgaben, dass da nicht geprüft werden sollte, wenn ein solcher Reiseschutzpass vorgelegt wird, ganz massiv im Reisebüroverfahren zur Anwendung gekommen sind. Wir haben im Laufe des Jahres 2001 eine ganze Reihe von eigenen Maßnahmen versucht, um des Problems Herr zu werden.

Die erste und wichtigste Maßnahme war der Versuch, eine Rückkehrerkontrolle einzuführen. Das heißt, wir gaben den Reisebü-

ros mit auf den Weg, dass sie uns nach Abschluss der Reise Kopien von den Pässen der Reisenden vorlegen mussten, in denen sie belegen mussten, dass dort Ausreisestempel vom Grenzschutz eingebracht worden waren. Dieses Verfahren haben wir eine ganze Zeit angewandt, nach meiner Erinnerung so ungefähr bis Juni 2001. Dieses Verfahren ist an zwei Gründen gescheitert.

Der erste Grund war, dass man in mehr als einem Drittel der Fälle davon ausgehen musste, dass die Stempel gefälscht waren, die dort in die Pässe eingebracht waren, also der Verdacht immerhin bestand, dass die Leute eben nicht zu dem Zeitpunkt, den sie mit der Fälschung vorgaben, zurückgereist waren.

Das zweite Problem war, dass in der damaligen Zeit die Reisebüros immer wieder sagten - und wir fanden das in anderen Pässen bestätigt, die wir in dem Verfahren kennen lernten -, dass deutsche Grenzbehörden keine Ausreisestempel anbrachten, auch häufig keine Einreisestempel anbrachten. Dann waren in diesen Pässen polnische Ein- und Ausreisestempel, die nach unserer Erfahrung und Einschätzung immer und regelmäßig angebracht wurden. Aber es war damit auch gerichtsverwertbar nicht der Beweis zu führen, dass diese Leute zu einem bestimmten Zeitpunkt, zum Beispiel zu spät, aus der Bundesrepublik Deutschland Richtung Polen und dann in die Ukraine wieder ausgereist waren.

Was die Größe der Reisebüroliste angeht, so waren wir damals - wenn ich „wir“ sage, meine ich damit die Botschaft, aber auch die zuständigen Kollegen im Auswärtigen Amt - unter einem immensen Druck, weil das Thema Reisen aus der ehemaligen Sowjetunion, insbesondere aus Russland und der Ukraine, für die Tourismuswirtschaft von großem Interesse war und deshalb die Verbände sich für das Thema interessiert haben.

Es gibt - das werden Sie in den Akten gesehen haben - in unseren Akten eine Reihe von Schreiben der Verbände. Wir wissen aber auch aus Berlin, dass dort die Tourismuswirtschaft großen Druck ausgeübt hat, dass die Reisebüros in der Weise bedient werden, wie die Wirtschaft das eben wünschte. Ich persönlich bin in der Zeit häufig von Vertretern von deutschen Reisebüros attackiert worden. Mir sind vielfach Klagen für den Fall angedroht worden, dass ich es unterlasse, sie mit dem gleichen privilegier-

ten Verfahren zu versehen, wie es eben andere Reisebüros genossen.

In der Zeit ab dem Mai 2001 sind die Entscheidungen zum Reisebüroverfahren nicht mehr von der Botschaft getroffen worden, sondern vom Auswärtigen Amt. Sie werden wissen, dass es in der Zeit einen Besuch eines Vertreters des Auswärtigen Amtes in Kiew gegeben hat, der im Rahmen einer Visaarbeitsgruppe zu uns gereist war, der dann mithilfe einiger Erlasse und schließlich mit dem Erlass, mit dem er uns aufgab, das Reisebüroverfahren einzustellen, das Heft in die Hand nahm.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Scholz, Ihre Zeit ist abgelaufen.

Ich darf die Unterbrechung dazu nutzen, vier Kollegen aus der Assemblée nationale bei uns recht herzlich willkommen zu heißen.

(Beifall)

Bonjour, mes chers collègues, sagt man wohl.

Vielleicht sollte man das zum Anlass nehmen, etwas zur Erläuterung zu sagen: Es geht hier um die Frage, warum in den Jahren 1999, 2000 und 2001 besonders viele Visa in der Deutschen Botschaft in Kiew erteilt wurden. Dazu gibt es eine Frage. Vielleicht kann Herr Dr. Schäfer den Kollegen aus der französischen Assemblée nationale zuliebe die Frage noch einmal kurz ansprechen. Die Ablehnungsquote an der Deutschen Botschaft betrug damals, also in dieser Zeit, nur 2 Prozent - der Rest wurde genehmigt -, während die Ablehnungsquote der Französischen Botschaft in Kiew 38 Prozent betragen hat. Wie erklären Sie sich diese enorme Diskrepanz zwischen 2 Prozent und 38 Prozent Ablehnung bei den beiden Botschaften in Kiew?

Zeuge Dr. Schäfer: Herr Vorsitzender, möchten Sie, dass ich die Frage auf Deutsch oder auf Französisch beantworte?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Uns wäre es lieber, auf Deutsch. Die Kollegen haben einen Dolmetscher und haben Kopfhörer auf, sodass es der beste Weg ist, auf Deutsch zu antworten.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich glaube, Herr Vorsitzender, das ist ein guter Anlass, noch einmal das Papier herzunehmen, das mir vorliegt und das die Visastatistiken in der Zeit,

monatlich aufbereitet, von 1988 bis zum Jahre 2004 zeigt.

Was ich hier vorliegen habe, enthält zwei Informationen, nämlich die Zahl der pro Monat ausgestellten Visa und die Höhe der Ablehnungsquote. Die Ablehnungsquote betrug im Jahre 1988 insgesamt 1,2 Prozent, sie betrug im Jahre 1999 3,3 Prozent, sie betrug im Jahre 2000 4,7 Prozent, sie betrug im Jahre 2001 -- Nein, es ist falsch, was ich sage. Ich habe etwas Falsches vorgelesen. Sie betrug im Jahre 1998 1 Prozent - das war richtig -, sie betrug im Jahre 1999 2,2 Prozent, im Jahre 2000 2,2 Prozent, sie betrug im Jahre 2001 3,6 Prozent und sie betrug im Jahre 2002 11,3 Prozent.

Nach meinen Informationen war die Ablehnungsquote an der Deutschen Botschaft in Kiew, seit es sie gibt, nämlich seit der Unabhängigkeit der Ukraine, nie höher als 2 oder 3 Prozent. Das heißt, in dieser Hinsicht hat sich im Laufe der Zeit nichts verändert.

Es gibt, um auf Ihre konkrete Frage zu antworten, Herr Vorsitzender, zwischen dem französischen System der Visaerteilung in Kiew und dem deutschen gewichtige Unterschiede. Die französischen Kollegen haben an den Schaltern Entsandte oder jedenfalls französische Staatsangehörige sitzen, die dort die Interviews führen und dann auch aus dem Eindruck aus dem Interview ihre Entscheidung treffen. Die Relation zwischen den Antragstellerzahlen und den Beschäftigten, die sich mit der Visaentscheidung beschäftigen, ist im französischen System erheblich günstiger als im deutschen System gewesen, immer gewesen. Das erklärt, glaube ich, schon ganz gut die tatsächlichen Unterschiede.

Im deutschen System ist es, wie Sie wissen, so - soweit ich weiß, bis heute; jedenfalls in der Zeit, als ich da war, war es so -, dass keiner der vier, dann sechs Entsandten - einer vielleicht ansatzweise - in der Lage gewesen wäre, Interviews, Antragstellergespräche in russischer oder ukrainischer Sprache zu führen. Das heißt, wir waren gezwungen -- So ist das System weltweit gewesen; ich nehme an, so ist es auch immer noch. Das System sieht vor, dass die Interviews von Ortskräften geführt werden, die jeweils der deutschen und der Landessprache mächtig sind - so war das auch in Kiew - und die auf den Anträgen vermerken, welchen Eindruck sie von dem Gespräch hatten und welche Informationen sie in dem Gespräch gewonnen haben, während die

Entscheider, die im Falle Kiews, wie gesagt, ganz generell nicht der russischen oder der ukrainischen Sprache mächtig gewesen sind, auf der Grundlage dieser Informationen, die von dem Team der Ortskräfte aufbereitet wurden, eine Entscheidung treffen mussten.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Dr. Schäfer, das, was Sie gerade gesagt haben, wirft eine ganze Reihe von weiteren Fragen auf, die für uns auch wichtig sind. - Eigentlich ist Herr Grindel als Nächster dran. Aber ich würde gern eine Verständnisfrage von Herrn Königshaus zwischenschieben und dann machen wir weiter.

Eines ist doch richtig: Wenn Sie eine ganz andere Entscheidungsmethode haben als die Franzosen, aber mit dem von Ihnen ausgereichten Schengen-Visum diese Ukrainer schnurgerade nach Frankreich fahren können, dann stellt sich die Frage: Macht das ganze System Sinn?

Zeuge Dr. Schäfer: Wenn ich da noch etwas ergänzen darf, Herr Vorsitzender. Ich möchte Folgendes ergänzen: Sie wissen - das nehme ich an -, dass es in der Zeit von 1999 bis 2001 immer wieder den Vorwurf gab, dass ukrainische Staatsangehörige sich illegal oder mit dem Anschein der Legalität nach Spanien und Portugal begeben.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Eben.

Zeuge Dr. Schäfer: In den Diskussionen, die wir in unserer Schengen-Runde vor Ort in Kiew hatten, die zwischen Diplomaten stattfanden, war es eigentlich immer so, dass die Kollegen aus Spanien und Portugal sich für diesen Umstand bei uns entschuldigten, die nämlich sagten: Es tut uns furchtbar Leid, dass wir auch euch solche Probleme mit diesem System machen. Wir, Spanier und Portugiesen, haben zwar ein strenges Visumregime - Sie wissen, die Portugiesen haben von uns die Visa erteilen lassen; dazu kann ich gleich noch etwas sagen, wenn Sie es wünschen -, aber wenn die illegal im Land aufhältigen Ausländer erst einmal einen Mietvertrag unterzeichnet haben und einen Arbeitsvertrag unterzeichnet haben, dann - so war das damals in Portugal - wurde ihr Aufenthalt legalisiert. Das hat natürlich einen Ausreisepressur ausgelöst, der sich im Grunde nur die Kanäle suchte, durch die er dann durchlief.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut. - Herr Königshaus, dann Herr Grindel.

Hellmut Königshaus (FDP): Herr Zeuge, darf ich einfach mal fragen: Wenn Sie jetzt diese unterschiedlichen Zurückweisungszahlen mit der unterschiedlichen Befragung begründen, darf ich das so verstehen: Hätte man ähnlich wie Frankreich mit entsandten Kräften gearbeitet, hätte die Rückweisungsquote auch bei der Deutschen Botschaft in Kiew zu der Zeit bei 38 Prozent gelegen?

Zeuge Dr. Schäfer: Herr Abgeordneter, das kann ich nicht beurteilen. Ich kann auch nicht beurteilen - und deshalb bin ich nicht in der Lage, auf die Frage zu antworten -, wie tatsächlich die schriftlich ausformulierte Visumpolitik der französischen Regierung in der Ukraine war. Dazu weiß ich nichts.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Grindel, bitte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Schäfer, weil Herr Scholz anfangs, hier mit Zahlen zu operieren, um nicht zu sagen: zu jonglieren,

(Zuruf des Abg. Olaf Scholz (SPD))

würde ich Ihnen gerne zwei Zitate aus Drahtberichten von Ihnen vorhalten, vom 8. Februar 2002, wo Sie schreiben:

Die Botschaft befürchtet ferner, dass unter denjenigen, die nach den Bedingungen des Bezugserlasses erleichterten Zugang zu einem deutschen Schengenvisum erhalten, ein deutlich überproportionaler Anteil von „schwarzen Schafen“ sein wird.

Am 4. März 2002 haben Sie das noch mal konkretisiert und gesagt:

... Verhalten und sonstige Umstände lassen es ebenso wie erste Analysen der Rückmeldungen des BGS bei dem überwiegenden Teil der Antragsteller als wahrscheinlich annehmen, dass ... keine legalen Reisezwecke verfolgt [werden], sondern illegale Arbeitsaufnahme im Schengen-Raum beabsichtigt [ist].

Stehen Sie noch dazu? Denn das würde ja doch bedeuten, dass der, weil Sie in dem Papier sagen „überwiegende Teil der An-

tragsteller“ - - Wenn man davon ausgeht, im Jahr 2002 - das war ja der Höhepunkt - hatten wir 300 000, dann heißt das eben eine dementsprechende Größenordnung.

Zeuge Dr. Schäfer: Der Höhepunkt war das Jahr 2001, Herr Abgeordneter. Dieser Bericht konnte die tatsächliche Dimension des Problems naturgemäß weder berechnen noch auf die Kommastelle wiedergeben. Wir standen damals, als diese beiden Berichte geschrieben wurden, unter dem Eindruck der Verhältnisse, die ich Ihnen gern kurz beschreiben möchte: Mit dem Tag, an dem der Erlass vom 29. Januar bei uns 2002 einging, also vor dem Eingang dieses Erlasses am Nachmittag, standen bei uns bereits morgens 600 zusätzliche Personen vor der Tür, die, mit Reiseschutzpässen ausgerüstet, in die Botschaft vorgelassen werden wollten. Das war für uns das erste Indiz dafür, anzunehmen, dass da eine zusätzliche Nachfrage entstanden ist, die es vorher nicht gab, die ganz offensichtlich aus Gründen, die sozusagen im normalen Verlauf der Dinge nicht entstanden wären, ganz plötzlich da war.

Der nächste Punkt war etwas, was man schlecht qualifizieren, erst recht nicht quantifizieren kann: Das war der optische Eindruck, den wir von diesen Antragstellern hatten. Der optische Eindruck war so, dass wir davon ausgehen mussten, dass diese Menschen jedenfalls keine gewöhnlichen Touristen sind und auch nicht in die Kategorien derjenigen Antragsteller passen, die wir üblicherweise kannten.

Hinzu kam, dass wir in dieser Zeit und bereits zuvor immer wieder mit dem Urheber der Reiseschutzpässe, mit Herrn Kübler, zu tun hatten und ihm immer wieder sagten: Herr Kübler, wir müssen davon ausgehen - ganz ähnlich, wie es im Bericht steht -, dass viele, viele Menschen, denen Sie Reiseschutzpässe jetzt frei verkaufen dürfen - das war der Kern des Erlasses vom 29. Januar - nicht wirklich das tun wollen, was sie Ihnen und was sie uns sagen.

Dann hatten wir das Problem, dass wir mit dem Erlass vom 29. Januar zwar nach den allgemeinen Regeln prüfen durften - die Sonderregelungen für Carnets und für Reiseschutzpässe waren ja aufgehoben -, dass wir aber vor einem anderen Problem standen, das sich einfach aus der Struktur dieser Reiseschutzversicherung ergab. Das war ja ein Instrument, das dazu dient, Menschen die Reise nach Deutschland oder in den

Schengen-Raum zu ermöglichen, die keinen Bezugspunkt in Deutschland haben. Das war sozusagen der Kern. Aus der Sicht der Berliner Behörden, die dieses Instrument eingeführt haben, ist es vielleicht auch sinnvoll und zweckmäßig, so etwas zu versuchen. Es war aber - das war uns bereits Ende 1999 klar - unter den Verhältnissen, die in der Ukraine obwalteten, das denkbar falsche Instrument, weil genau diejenigen, sozusagen die redlichen Reiselustigen, die man mit diesem Instrument nach Deutschland locken wollte, dieses Instrument in der Regel gar nicht brauchten; man räumte aber Leuten eine Möglichkeit ein, mit dem Anschein der Legalität nach Deutschland zu kommen, die wir eigentlich gar nicht haben wollten. Das war das Problem, das wir hatten.

Es waren also alles Bewerber, die Deutschland noch nie gesehen hatten, die da keine Verwandten hatten, die da keine Bekannten hatten, die da keinen Bezugspunkt hatten. Wir waren gezwungen, unter diesen Umständen zu prüfen, wie es denn mit den Voraussetzungen für die Visaerteilung ist; Bonität war kein Problem; da hatten sie einen Reiseschutzpass. Das war sozusagen fortgesetzte Weisungspraxis. Beim Reisezweck waren wir schon schlecht dran, weil diese Leute ja gar nicht vorgaben, einen Ansatzpunkt in Deutschland zu haben. Sie sagten: Wir wollen einfach nach Deutschland reisen. Dann mussten eben die Ortskräfte und die Kollegen, die darüber zu entscheiden hatten, ohne diesen Anknüpfungspunkt aus Deutschland, der in der Regel ein Anhaltspunkt oder ein Ansatzpunkt dafür ist, die Legende und die Geschichte des Reisezweckes zu hinterfragen, darüber entscheiden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay. - Ich möchte gern zu einem anderen Sachverhalt, den Sie angesprochen haben, fragen, und zwar zum Besuch von Außenminister Fischer am 23. Juni 2000 in Kiew. Waren Sie bei dem Besuch der Visastelle dabei?

Zeuge Dr. Schäfer: Ja, ich war dabei.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was haben Sie ihm damals für einen Eindruck von der Lage in der Visastelle vermittelt? Wir wissen, dass er dort angekommen ist und dass vor der Visastelle offenbar wieder lange Schlangen waren. Es wird kolportiert, er habe gefragt, ob die Menschen wohl alle

seinetwegen da seien. Das war als eine humorvolle Bemerkung gedacht. Jedenfalls müssen dort auch während seines Besuches Zustände gewesen sein, die zu Nachfragen nach den Gründe dafür Anlass gaben. Was haben Sie ihm über Ihre Probleme gesagt?

Zeuge Dr. Schäfer: Es trifft zu, dass an diesem Tag - das war nach meiner Erinnerung ein Freitag - riesige Menschenmassen vor der Tür standen, wie eigentlich immer, und dass sich die Kolonne des Außenministers einen Weg durch die Straße bahnen musste, in der sich diese Menschenmassen angesammelt hatten. Minister Fischer ist nach meiner Erinnerung von Botschafter Heyken begleitet worden. Der Besuch war sehr kurz, weil er im Grunde kurz vor dem Abflug des Ministers stattfand, der, soweit ich mich entsinne, wegen einer Parteitagsverpflichtung schnell nach Deutschland zurückmusste. Minister Fischer hat vielleicht zehn, vielleicht 15 Minuten in der Visastelle der Botschaft verbracht. Ich persönlich habe ihn sozusagen als Hausherr der Visastelle gemeinsam mit dem Botschafter begrüßt und habe ihn ins Visastellengebäude begleitet, wo eine Art Personalversammlung stattgefunden hat. Ich habe mit dem Minister darüber hinaus aber kein Wort gewechselt.

Ich erinnere mich allerdings daran, dass mir Botschafter Heyken nach Abreise des Ministers sagte, dass der Minister ob dessen, was der Botschafter ihm gesagt habe, und ob seiner persönlichen optischen Eindrücke von den Verhältnissen noch auf dem Weg zum Flughafen seinem Büro gegenüber die Weisung erteilt habe, man möge auf die Wünsche und Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Botschaft Kiew in Zukunft eingehen. Das war auch der Grund dafür, dass wir in den Monaten danach sehr viel leichteres Spiel dabei hatten, dem Auswärtigen Amt unter den üblichen schwierigen finanziellen Verhältnissen einige zusätzliche Ressourcen personeller, räumlicher und dann auch sachlicher Art abzutrotzen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben Zeitung gelesen und verschiedene Vernehmungen, die wir hier durchgeführt haben, verfolgt; deswegen wissen Sie, dass es bei diesem Besuch auf einen entscheidenden Punkt ankommt: Ist dem Minister gesagt worden oder der Eindruck vermittelt worden, dass nur die Personalfrage Grund für die Probleme ist oder auch eben die Erlasslage?

Zeuge Dr. Schäfer: Darauf kann ich Ihnen nicht antworten, Herr Abgeordneter.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Schäfer, das verstehe ich deswegen nicht, weil Sie so viele Briefe geschrieben haben, auch schon im Vorfeld Juni 2000, die die Erlasslage betreffen. Es hätte doch nahe gelegen, auch dem Minister zu sagen - gerade weil man in der Zentrale nicht durchgedrungen ist, wie Sie es beschrieben haben -: Herr Minister, wir haben nicht nur zu wenig Personal; es liegt auch daran, dass die Erlasse, die uns hier sozusagen zur Grundlage gemacht werden, für die Arbeit nicht sachgerecht sind. Zumindest hätte das doch irgendeiner aus der Versammlung - Sie haben gesagt, es gab eine Personalversammlung - einmal sagen müssen.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich nehme das zur Kenntnis, was Sie sagen. Ich kann nur wiederholen, was ich gesagt habe: dass ich persönlich nur die Worte mit dem Minister gewechselt habe, die ich gewechselt habe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist aus der Versammlung etwas in dieser Richtung vorgetragen worden?

Zeuge Dr. Schäfer: Daran kann ich mich nicht erinnern. Das weiß ich nicht mehr.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie ist der Besuch abgelaufen? Ich frage das, weil sich auch Herr Heyken daran nicht mehr erinnern konnte. Er hat bei diesem Besuch von Herrn Fischer sicherlich viele Eindrücke mitgenommen. Für Sie muss es etwas Besonderes gewesen sein, dass der Minister in Ihre Visastelle kommt. Wie ist dieser viertelstündige Besuch genau abgelaufen? Wenn weder Herr Heyken noch Sie in diesen 15 Minuten etwas gesagt haben, dann muss irgendetwas passiert sein. Ist aus dem Kreis der Mitarbeiter etwas vorgetragen worden?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich erinnere mich nur an einen Umstand: dass der Minister den ihn begleitenden Referatsleiter des zuständigen Länderreferates, den jetzigen Botschafter Stüdemann, dem Personal als den Nachfolger des Botschafters Heyken vorgestellt hat. Ob darüber hinaus Fragen zu Visafragen gestellt wurden, kann ich Ihnen beim besten Willen nicht beantworten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können Sie sich daran erinnern, dass jemand anders als Herr Heyken, Sie und Fischer dort gesprochen haben? Sind dort auch Mitarbeiter aufgetreten und haben gewisse Einschätzungen vermittelt?

Zeuge Dr. Schäfer: Der Besuch war so kurz. Das war vielleicht -- Der Teil „Gespräch mit dem Personal der Botschaft in der Visastelle“ war sicherlich nicht mehr als zehn Minuten. Das sage ich aus der Erinnerung.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Dr. Schäfer, eine Zwischenfrage: Wie entstand bei Ihnen überhaupt die Idee, den Außenminister vor der Abreise, am Ende seines Besuchs, noch in die Visastelle zu bugsieren? Gab es ein Gespräch zwischen Ihnen und dem Botschafter? Dahinter steckte doch ein Gedanke.

Zeuge Dr. Schäfer: Wir, der Botschafter und ich - das wissen Sie aus den Akten - haben eine Fülle von Berichten zum Thema geschrieben. Einige dieser Berichte tragen die Bemerkung „mit der Bitte um Vorlage beim Staatssekretär“. Es ist sozusagen in unserer Unternehmenskultur etwas Ungewöhnliches, dass man so etwas hineinschreibt. Schon das zeigt, glaube ich, ganz gut die Dramatik auf, die das Thema für uns hatte.

Als sich dann andeutete, dass es den offiziellen Besuch des Außenministers geben würde, habe ich, so meine Erinnerung, Botschafter Heyken darauf angesprochen, ob es nicht die Möglichkeit gebe, dass wir den Minister zu uns in die Visastelle einladen, damit er selber einen Eindruck von den Verhältnissen bekommt. Wir waren beim Staatssekretär ohne greifbares Ergebnis angekommen und da bleibt dann eben nur noch der Minister. Auf diesen Gedanken hat sich Botschafter Heyken eingelassen. Was danach geschehen ist, vermag ich nicht zu sagen. Ich erinnere mich dunkel, dass es nicht ganz einfach war, diesen Termin mit dem Büro des Ministers zu verhandeln.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Warum?

Zeuge Dr. Schäfer: Weniger, weil der Minister - ich glaube das; das kann ich nur vermuten - kein Interesse an einer Personal-

versammlung gehabt hätte, sondern weil der Zeitfahrplan außerordentlich eng war. Das hat der Minister auch in dieser Runde, glaube ich, als Einleitung zur Vorstellung von Herrn Stüdemann gesagt: Er müsse sofort weg. Ich glaube, danach war ein Parteitag in Münster oder so etwas und er war schon überfällig. Das wussten nach meiner Erinnerung diejenigen, die den Besuch des Ministers in Kiew vorbereiteten, und deshalb hat man sich darauf geeinigt, dort eine ganz kurze Personalversammlung abzuhalten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der Zweck dieser Personalversammlung war nur, den Mitarbeitern Herrn Stüdemann vorzustellen?

Zeuge Dr. Schäfer: Der Zweck einer Personalversammlung ist es, die Beschäftigten dem Dienstherrn vorzustellen und den Dienstherrn den Beschäftigten vorzustellen. Dass wir in der Visastelle waren, war insofern kein Zufall, weil wir tatsächlich den Wunsch und das Ziel hatten, dem Minister die Verhältnisse einmal zu zeigen; aber der Anlass war gewissermaßen, dass der Wartesaal der Visastelle der unter den damaligen Bedingungen einzige nutzbare Raum war, in dem mehr als 100 Mitarbeiter der Botschaft Platz fanden, um mit dem Minister darüber sprechen zu können.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie sagen: Wir sind beim Staatssekretär nicht weitergekommen und deswegen entstand der Wunsch, einmal mit dem Minister zu reden. Die Inhalte der Briefe mit der Bemerkung „mit der Bitte um Vorlage beim Staatssekretär“ hatten - das stimmt - auch die Personalfrage, aber vor allen Dingen die Erlasslage zur Grundlage. Hätte es da nicht nahe gelegen, beides vorzutragen?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich war damals Legationsrat; jetzt bin ich Legationsrat Erster Klasse und irgendwann in ferner Zukunft vielleicht Vortragender Legationsrat. Sie wissen vielleicht, woher der Titel „Vortragender Legationsrat“ kommt: Er hat seinen Ursprung im alten preußischen Außenministerium. Ein Vortragender Legationsrat im preußischen Außenministerium unter Bismarck war anders als ein Legationsrat derjenige, der das Recht hatte, dem Staatssekretär für Auswärtiges vorzutragen.

Warum erzähle ich Ihnen das? Ich erzähle Ihnen das deshalb, weil es für uns, sozusagen in unserer Unternehmens-, in unserer Behördenkultur, in derjenigen des auswärtigen Dienstes, eine Selbstverständlichkeit ist, wenn der Minister kommt, die Botschafter mit ihm sprechen zu lassen und nicht von sich aus in Anwesenheit des Botschafters etwas anzusprechen, was die Angelegenheiten der Botschaft betrifft, die der Botschafter vertritt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Mit anderen Worten: Sie hätten es schon sinnvoll gefunden, vorzutragen; aber Sie sahen sich einfach aufgrund der hierarchischen Strukturen, die es im Auswärtigen Amt gibt, dazu nicht in der Lage.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich diese Art von Gedanken gehabt hätte.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Abgeordneter, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihr Recht, vorzutragen, nach unseren Spielregeln jetzt beendet ist und dieses Recht jetzt auf Herrn Montag übergeht.

Herr Montag, Sie sind der Vortragende Legationsrat, bitte.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Allerdings stelle ich jetzt Fragen und halte keinen Vortrag.

Herr Dr. Schäfer, ich möchte mit Ihnen den Runderlass vom 3. März 2000 besprechen. Sie selbst haben uns gesagt, dass Sie die Rechtsförmigkeit nicht geprüft haben und sich dazu auch keine Gedanken gemacht haben, weil Sie gedacht haben - das ist im Grundsatz völlig richtig -: Das ist durch die Abteilungen im Auswärtigen Amt gegangen; die haben die Rechtsförmigkeit sicherlich geprüft. Sie haben aber auch gesagt, dass Ihnen von vornherein aufgefallen sei, dass das - zumindest für Kiew - in höchstem Maße unpraktikabel ist. Unter dieser Voraussetzung möchte ich den Erlass mit Ihnen gern kurz durchgehen. Ich weiß nicht, ob Sie ihn vor sich haben.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich habe ihn dabei.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es unter A die Einleitung. Um

es kurz zu fassen: Da wird unter I. ausgeführt, dass es beim Visumverfahren ein Spannungsfeld zwischen größtmöglicher Reisefreiheit einerseits und den Sicherheitsinteressen Deutschlands andererseits gibt und dass bei der Visumerteilung nationales und europäisches Recht natürlich in jedem Punkt einzuhalten sind. Unter II. heißt es, dass der Minister Weisung erteilt hat, die Visumerteilung zu verbessern und die Grundsätze des Visumverfahrens zu bekräftigen.

Dann geht es gleich zur Praxis, B I.: Das sind die Fälle für die Langvisa, Kontakt zu deutschen Ausländerbehörden, wie das zu handhaben ist; B II., ebenfalls die langfristigen Visa, Aspekte des Familiennachzugs; insbesondere bei dem Familiennachzug ist eine Begründungspflicht in bestimmten Fällen eingeführt worden. Ich glaube, dass wir uns jetzt langsam dem Problem nähern. B III.: die Besuchsvisa, also die kurzen Visa. In dem Erlass wird zuallererst aufgeführt, dass die Rückkehrbereitschaft das Kernproblem der Prüfung ist, und für die Prüfung der Rückkehrbereitschaft wird ein abgestuftes Verfahren vorgeschlagen: zuerst die Regelversagungsgründe; also da, wo wesentlich mehr gegen den Antragsteller spricht als für ihn, ist sowieso zu versagen. Außerhalb der Regelversagungsgründe: Unter B wird von einer erleichterten Prüfung gesprochen.

Bei der erleichterten Prüfung wird ausgeführt: Erstens Vertrauensschutz; wenn es schon mehrfache Besuche gegeben hat und die Besucher immer wieder zurückgekehrt sind, spreche das für den Antragsteller. Zweitens sei es bei Besuchen der Kernfamilie und von Familienangehörigen unter Umständen im Einzelfall unbillig, besonders viel für die Rückkehrbereitschaft zu verlangen. Wenn diese Punkte abgearbeitet sind, kommt der nächste Spiegelstrich: Nicht jeder Zweifel an der Rückkehrbereitschaft muss zur Ablehnung führen, sondern es muss dafür eine hinreichende Wahrscheinlichkeit geben. Wenn sich zum Schluss das Für und Gegen die Waage halten, dann möge man zugunsten der Reisefreiheit entscheiden. Ich nehme an, dass die Punkte, die dann kommen - Finanzierung usw. - für uns nicht so interessant sind.

Jetzt möchte ich Sie bitten, darzustellen: An welchem Punkt genau haben Sie von Anfang an Probleme gesehen und wo haben Sie dann auch wirklich Probleme gehabt?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich will damit anfangen, dass die Art und Weise, wie uns dieser Runderlass überall auf der Welt zugestellt wurde, in der Unternehmenskultur Auswärtiges Amt wiederum außerordentlich ungewöhnlich war und darauf hinwies, dass hier etwas Besonderes vorliegt: Erstens wurde in dem Erlass - das war ungewöhnlich - darauf hingewiesen, dass der Bundesminister Fischer selber entschieden habe. Zweitens war der Erlass von einem Brief des Leiters der Rechtsabteilung begleitet. Drittens - das steht im Erlass nicht drin; aber das ist uns natürlich auch nicht verborgen geblieben - ist dieser Erlass - man höre und staune, ein Erlass zur Visapolitik - von Staatsminister Volmer auf einer Pressekonferenz in Berlin angekündigt worden. Ferner wurde uns schnell angekündigt, es werde zu diesem Thema in Kiew ein Regionalseminar ausgerichtet, auch das angesichts der finanziellen Schwierigkeiten im auswärtigen Dienst eine ganz ungewöhnliche Sache. Das heißt, schon die äußeren, formalen Umstände, unter denen uns dieser Erlass zugeschickt wurde, deuteten darauf hin: Hier ist etwas Neues geplant. Das ist kein Status quo, sondern hier soll Politik gemacht werden.

Dann, als wir uns über diesen Runderlass gebeugt haben - ich erinnere mich, dass ich einen Tag oder zwei Tage nach dem Eingang mit den Kollegen in der Visastelle darüber sprach -, reagierte ein erfahrener Visaentscheider aus dem mittleren Dienst darauf mit der Bemerkung: Dann brauchen wir ja gar nicht mehr zu prüfen. Das habe ich zu dem Zeitpunkt - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich habe es akustisch nicht verstanden: Was hat er gesagt?

Zeuge Dr. Schäfer: Der sagte: Dann brauchen wir ja gar nicht mehr zu prüfen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ach so.

Zeuge Dr. Schäfer: Das habe ich zu dem Zeitpunkt erstens zurückgewiesen und zweitens habe ich nach der Lektüre gemeinsam besprochen, was an Änderungen in diesem Teil, den Sie angeführt haben, Herr Abgeordneter, tatsächlich eine Rolle gespielt hat.

Es ist tatsächlich so - auch da bin ich ganz Ihrer Meinung -, dass der Kern des

Erlasses bei Punkt 2. b) liegt, nämlich bei den kurzfristigen Besuchsreisen, und bei den beiden Worten „erleichterte Prüfung“ - so steht es in der Einleitung - und dann nach dem dritten Anstrich: „im Zweifel für die Reisefreiheit“. In der Praxis ist es doch so, dass der Regelversagungsgrund die Ausnahme ist. Die Praxis ist, dass jeder Visaentscheider bei nahezu jedem Fall in einer unvollständigen Informationssituation, einer Situation, in der er die Zukunft nicht vorhersagen kann, aufgrund der Informationen, die ihm vorliegen, eine Prognoseentscheidung treffen muss. Genau an diesem Punkt, der die Regel bei der Visaentscheidung ist, gab es die Veränderungen. Das war sozusagen die Analyse, die wir im März 2000 gemacht haben.

Da erlaube ich mir wieder, auf die Visastatistik hinzuweisen. Ich mache es jetzt nach Monaten. Ich fange mal mit den Monaten an, bevor ich in Kiew, in der Ukraine angekommen bin. In den Monaten bis Oktober gab es eine Ablehnungsquote regelmäßig deutlich unter 2 Prozent. In der Zeit von November 1999 bis zum Februar 2000 betrug die Ablehnungsquote im November 2,5, im Dezember 3,8, im Januar 4,5 und im Februar 4,4 Prozent. Jetzt kommt es: Im März 2000 sank die Ablehnungsquote auf 1,7 Prozent ab. Das heißt, allein die Besprechung dieses Runderlasses und dessen sofortige Umsetzung führte - ohne dass das bereits in konkrete Handlungsanweisungen an die Ortskräfte oder die Visaentscheider umgesetzt worden wäre -, statistisch gesehen, zu einer Reduzierung der Ablehnungsquote: Februar 4,4 Prozent, März 1,7 Prozent.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und weiter?

Zeuge Dr. Schäfer: April 1,3, Mai 1,5, Juni 1,7, Juli 1,2, August 2,0, Jahresdurchschnitt 2,2 Prozent. Die Ablehnungsquote ging im August 2001 wieder hoch. Meine Interpretation der Zahlen lautet, dass das im Zusammenhang mit der angekündigten Beendigung des Reisebüroverfahrens steht. August 4,3, September 8,5, Oktober 9,5, November 8,6, Dezember 7,8 und das geht dann Anfang 2002 genauso weiter.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben doch damit - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Montag, Ihre Zeit ist vorbei.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage noch. - Das beweist doch, dass die Anhebung der Ablehnungsquote bei Fortgeltung des Erlasses vom 3. März darauf hinweist, dass es auch im Geltungsbereich des Grunderlasses die Möglichkeit gab, mit einer höheren Prüfungsdichte zu einer höheren Ablehnungszahl zu kommen.

Zeuge Dr. Schäfer: Ja.

Ich erlaube mir noch, anzuführen, dass wir erst im Laufe der Monate nach dem Eingang des Runderlasses ein Gefühl dafür bekamen, wie er - jedenfalls vom zuständigen Fachreferat der Zentrale - umgesetzt wurde. Nach unserer Einschätzung ging das jedenfalls in Kiew bis zum März 2002 so, dass -- Da verweise ich auf meinen Bericht vom 5. März 2002, den Sie sicherlich kennen, in dem es -- Im Grunde lautete die Weisungslage so: Nur dann, wenn ihr einem konkreten Antragsteller in einem konkreten Fall gerichtsvorwertbar beweisen könnt, dass er, dieser Antragsteller, sozusagen beim Reisezweck täuscht oder dass Zweifel bei der Rückkehrbereitschaft bestehen, dann kann der Visumantrag abgelehnt werden. Das ist de facto, nicht dem Wortlaut des Runderlasses nach, eine Beweislastumkehr.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich komme darauf bei der nächsten Runde zurück. Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Königshaus, bitte.

Hellmut Königshaus (FDP): Herr Zeuge, kennen Sie den Begriff „Chicken Kiew“?

Zeuge Dr. Schäfer: Den habe ich erst in der Zeitung gelesen, lange nachdem ich da weg war.

Hellmut Königshaus (FDP): Der entstand allerdings in der Zeit, als Sie dort waren. Was sagt Ihnen das? Sind Sie darauf einmal von irgendjemandem angesprochen worden, nicht auf diesen Begriff, sondern auf die dahinterstehende Feixerei? Gab es damals Auseinandersetzungen oder gab es Diskussionen mit der Zentrale - wenn ja, mit wem - über all die Fragen, die Sie eben - wie

ich finde, sehr zutreffend und jetzt auch für den Kollegen Montag verständlich - beantwortet haben?

Zeuge Dr. Schäfer: Auf dem Regionalseminar haben wir ähnlich argumentiert.

Hellmut Königshaus (FDP): Wie ist darauf reagiert worden?

Zeuge Dr. Schäfer: Es wurde im Wesentlichen auf den Text des Erlasses verwiesen.

Hellmut Königshaus (FDP): Also auf die salvatorische Klausel, die dem Ganzen vorangestellt war: Ihr müsst ja alles andere auch beachten.

Zeuge Dr. Schäfer: Auf das und anderes. Es ist jetzt außerordentlich schwierig, die Diskussionen, die vor inzwischen viereinhalb Jahren stattgefunden haben, im Detail wiederzugeben.

Hellmut Königshaus (FDP): Das ist klar.

Zeuge Dr. Schäfer: Mein Eindruck auf dem Regionalseminar damals war, dass wir, die wir an der Botschaft Kiew arbeiteten und dort am Wochenende eben zu viert, weil wir Gastgeber waren, auftreten konnten, auf die Sorgen und Nöte, die wir mit dem Erlass hatten, jedenfalls keine befriedigenden Antworten gefunden haben. Sie finden in den Akten im Übrigen ja auch Mailverkehr zu diesem Thema, -

Hellmut Königshaus (FDP): Auf den komme ich noch.

Zeuge Dr. Schäfer: - in dem wir genau diese Fragen mit dem Auswärtigen Amt diskutiert haben.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber es ist doch offenbar immer auf der Arbeitsebene „RK-Stelle zum Visareferat“ geblieben. Oder gab es auch einmal höherwertigen Briefwechsel, also Briefwechsel auf Botschafterebene?

Zeuge Dr. Schäfer: Nein. Es gab regelmäßigen informellen, häufig einzelfallbezogenen Kommunikationsverkehr, in der Regel so, dass die Visaentscheider oder die Sach-

bearbeiter mit ihren Kollegen Sachbearbeitern im zuständigen Fachreferat auf einer tagtäglichen Basis kommunizierten. Immer dann, wenn der Bedarf entstand oder bei mir der Wunsch entstand, mich selber in eine solche Diskussion einzubringen, habe ich das gemacht, in der Regel, indem ich Mails auf meiner Ebene an die zuständigen Referenten gesandt habe.

Hellmut Königshaus (FDP): Sie haben eben sehr plastisch dargestellt, wie unterschiedlich die Ausstattung der Visastellen im Vergleich zu anderen ist, in diesem Fall im Vergleich zu einer bestimmten anderen Visastelle, nämlich im Vergleich zu der der Französischen Republik. Wie war das generell? Sie hatten vor Ort auch die informellen Schengen-Runden. Wie war das zum Beispiel bei den Niederlanden? Sie hatten eine Ablehnungsquote von 80 Prozent. Wie war das dort personell, von der räumlichen Situation und von der materiellen Ausstattung her?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich glaube, der Fall der Botschaft Hollands ist ein personenbedingter Sonderfall. Nach meiner Erinnerung war meine Kollegin, die Konsulin der Botschaft der Niederlande, zuvor an einer anderen Botschaft, wo sie ebenso radikale Ablehnungsquoten hatte. Ich glaube nicht, dass die rigorose Politik der Botschaft der Niederlande Ausdruck einer Visumpolitik des niederländischen Außenministeriums oder gar der niederländischen Regierung gewesen ist, sondern sie war der Ausdruck einer persönlichen Haltung der Konsulin, die - ganz anders als wir das konnten und tun mussten und tatsächlich getan haben - bei jedem einzelnen Antrag jedes einzelne Dokument tatsächlich auf Herz und Nieren geprüft hat.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber wie hat sie das geschafft? Sind die Leute deshalb nicht dorthin gegangen, weil sie wussten, dass dort alles auf Herz und Nieren geprüft wird? Das wäre das Gleiche, was wir bei den Ausländerbehörden erlebt haben. Dieses Phänomen ist uns hier von Oberstaatsanwalt Büllers geschildert worden: In den Bezirksämtern in Köln, in denen hart geprüft wurde, wurde zum Schluss gar nichts mehr geprüft, weil gar keiner kam, und in den anderen wurde auch nichts mehr geprüft, weil so viele kamen, dass sie es nicht konnten.

Zeuge Dr. Schäfer: Es ist möglich, dass es so gewesen ist. Im Schnitt hatten die niederländischen Kollegen 5 Prozent unserer Anträge, -

Hellmut Königshaus (FDP): Ja.

Zeuge Dr. Schäfer: - aber durchaus nicht nur in der Zeit, in der ich da war, sondern in einem längeren, mittelfristigen Kontext.

Hellmut Königshaus (FDP): Wie war es bei den anderen Schengen-Partnern, also zum Beispiel in der Botschaft Italiens, Spaniens oder in irgendeiner anderen Schengen-Botschaft?

Zeuge Dr. Schäfer: Vielleicht noch ein letztes Wort zu den niederländischen Kollegen. Nach meiner Erinnerung hat die niederländische Kollegin mit drei weiteren entsandten Mitarbeitern in der Visastelle gearbeitet.

Hellmut Königshaus (FDP): Für 5 Prozent Ihres Aufkommens?

Zeuge Dr. Schäfer: Richtig, richtig. - Bei den anderen Botschaften war das ähnlich. Ich habe bereits ausgeführt, dass die Franzosen ihre Visaanträge nur mit eigenem, französischem Personal prüften.

Hellmut Königshaus (FDP): Ist das üblich?

Zeuge Dr. Schäfer: Bei den Franzosen ist das üblich.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich meine bei anderen Schengen-Partnern?

Zeuge Dr. Schäfer: Die Portugiesen hatten keine eigene Visastelle, sondern da hat sich der Kollege jedes Mal, wenn jemand ein Schengen-Visum für Portugal oder ein nationales Visum für Portugal erhalten wollte, mit einer Verbalnote an uns gewandt und wir haben das Visum dann formal ausgestellt. Die spanischen Kollegen hatten eine furchtbar kleine Visastelle, weil Spanien für die Ukrainer sozusagen als Anlaufpunkt für eine Besuchsreise oder Ähnliches nicht sonderlich reizvoll gewesen ist.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber die sind doch dahin gefahren.

Zeuge Dr. Schäfer: Wie bitte?

Hellmut Königshaus (FDP): Aber die sind doch alle dann durchgereist dorthin.

Zeuge Dr. Schäfer: Ja, aber das Thema haben Sie eben schon in der einen oder anderen Bemerkung angeschnitten.

Hellmut Königshaus (FDP): Deshalb frage ich ja danach.

Zeuge Dr. Schäfer: Die Praxis der Schengen-Staaten bei der Visaerteilung klaffte auseinander. Dass die Deutsche Botschaft die liberalste Visumpraxis hatte, das war so, und dass andere Staaten in der Zeit ihre Visumpraxis verschärft hatten, war mein Eindruck, ohne dass ich wüsste, ob das auf eine von den Hauptstädten gesteuerte Politik zurückgeht.

Bei den Spaniern war es so, dass die Spanier eine sehr strenge Visumpolitik hatten, aber Ausländer immer dann - so sagte uns jedenfalls der spanische Kollege regelmäßig -, wenn sie Mietvertrag und Arbeitsvertrag vorweisen können, ihren Aufenthaltstitel in regelmäßigen Abständen legalisiert bekamen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Dr. Schäfer, wenn man sich die Europäische Union oder den Schengen-Raum als ein Haus mit verschiedenen Türen vorstellt - das sind die jeweiligen Botschaften der Schengen-Staaten, die Visa erteilen -, dann wird es doch irgendwie grotesk, wenn an der einen Tür ganz streng geprüft wird, an der nächsten Tür halb streng geprüft wird und an der dritten Tür überhaupt nicht geprüft wird und man durch jede Tür in das gleiche Gebäude hineinkommt, in den Schengen-Raum. Können Sie uns das mal näher erläutern? Hat sich in Ihrer Zeit etwas an dieser Disharmonie der Visapraxis durch die Schengen-Staaten verändert oder ist es immer noch so chaotisch wie von Anfang an?

Zeuge Dr. Schäfer: Wir in der Schengen-Runde, also die Konsuln der Schengen-Staaten, haben damals Ihre Meinung uneingeschränkt geteilt, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Damals?

Zeuge Dr. Schäfer: Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das wird für uns auch ein sehr wichtiges Thema sein, das heißt für den Bericht, den wir schreiben, dass man nicht einen Schengen-Vertrag abschließen kann, unterzeichnen kann, sich auf eine gemeinsame Visapraxis einigen kann und es dann drunter und drüber und völlig durcheinander geht, mit haarsträubenden Diskrepanzen in der Ablehnungsquote und in der Prüfungsdichte und in der Prüfungsmethode usw. - Gut. Sie können das eigentlich nur bestätigen, ja?

Zeuge Dr. Schäfer: Ja, diesen Eindruck kann ich aus meiner zweieinhalbjährigen Zeit in Kiew nur bestätigen, dass die Visumpolitiken und die Visumpraxis der Mitgliedstaaten des Schengen-Raumes nicht miteinander harmonisiert waren.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ja. - Gibt es irgendwo eine Aufsichtsstelle in Brüssel, bei der Generaldirektion oder irgendwo, die sich wenigstens um die Statistiken kümmert, damit erkennbar wird, wo die Unterschiede liegen?

Zeuge Dr. Schäfer: Sie sprechen Fragen an, die ich aus meiner Zeit in Kiew nicht beantworten kann. Aber ich antworte so, dass ja die Arbeitsgruppe Visaangelegenheiten aus Brüssel im Mai/Juni 2001 einige Tage bei uns verbracht hat. Daraus schließe ich, dass es eine solche Arbeitsgruppe gibt, in der diese Fragen des Schengen-Raumes, der ja weit über die Frage der Visaerteilung hinausgeht, angesprochen wurden.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Aber die hatten keine Rechte irgendwelcher Art oder Eingriffsrechte, Befugnisse, dass sie Ihnen irgendwelche Weisungen erteilen könnten, sondern die interessieren sich eben für die Praxis und schreiben dann einen Bericht, nehme ich an.

Zeuge Dr. Schäfer: Soweit ich weiß, war doch damals Schengen noch nicht vergemeinschaftet. Insofern kann es auch keine Gemeinschaftsinstitution geben, die Weisungen erteilt, sondern es sind die Mitgliedstaat-

ten, die Nationalstaaten des Raumes, die das sozusagen in eigener Verantwortung, in Anwendung der gemeinsam vereinbarten rechtlichen Regeln umsetzen. Dass es da unterschiedliche Auslegungen in einem gemeinsam vereinbarten Rahmen gibt, ist aus meiner Erfahrung in der Zeit in Kiew eine Tatsache.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut. - Wir sind jetzt in der offenen Runde: Herr Scholz, dann Herr Binninger.

Olaf Scholz (SPD): Schönen Dank. - Ich habe eine Frage. Sie hatten vorhin in Ihrer Eingangsbemerkung etwas zu Portugal, Spanien und Italien gesagt und berichtet, dass dort die Praxis existiert, dass man, wenn man erst einmal da ist und sich dort aufhält - Wohnung, Arbeit -, mehr oder weniger legalisiert wird. Sie haben auch von der Sogwirkung berichtet, die davon ausgegangen ist.

Dann haben Sie uns aber gesagt, Sie könnten noch etwas sagen, wie wir die konsularische Tätigkeit für Portugal wahrgenommen haben. Ich weiß zwar nicht, ob uns das jetzt schlauer macht; aber es interessiert mich dringend.

Zeuge Dr. Schäfer: Ja, es war so: Die Portugiesen hatten keine eigene Visastelle, eine klitzekleine Botschaft mit zwei entsandten Portugiesen. Immer dann, wenn ein Ukrainer nach den Schengen-Regeln ein portugiesisches Visum beantragen musste, nämlich wenn der Hauptreisezweck seiner Reise in Portugal liegt, dann hat er sich an die Kollegen von der Portugiesischen Botschaft wenden müssen, die sich mit ihm unterhalten haben und die in dem Fall, in dem sie eine Erteilung eines Visums für den beantragten Zweck guthießen, eine so genannte Verbalnote verfassten, also eine offizielle Kommunikation zwischen Staaten, in diesem Fall zwischen deren Botschaften. Immer dann, wenn wir diese Verbalnote bekamen, haben wir den Herrn oder die betroffene Dame vorgeladen. Der- oder diejenige kam dann zu uns, hat den Visumantrag abgegeben und hat dann das Visum erhalten.

Olaf Scholz (SPD): Das heißt, die Entscheidung über das Visum ist gar nicht von der deutschen konsularischen Vertretung erfolgt, sondern von der Botschaft Portugals.

Zeuge Dr. Schäfer: Es war so, dass wir dem Votum der portugiesischen Kollegen in aller Regel gefolgt sind, es sei denn, es gab offensichtliche Zweifel, die wir dann mit den Kollegen besprochen hätten. Aber sie haben die Entscheidung getroffen. Aber das waren - ich kann mich an die Zahl nicht erinnern - höchstens zweistellige Zahlen von Visa pro Monat, nicht mehr; ein, zwei am Tag vielleicht.

Olaf Scholz (SPD): Wozu brauchten die unsere konsularische Vertretung? Warum haben die den Rest nicht noch selbst erledigt?

Zeuge Dr. Schäfer: Weil das für die aus ihrer Sicht zu aufwendig war, weil sie dafür die Räumlichkeiten und das Personal nicht hatten. Die haben sich, wenn ich richtig informiert bin, im Laufe des Jahres 2002 entschieden - das weiß ich sicher, weil ich mit dem portugiesischen Kollegen gut bekannt war -, eine eigene Visastelle einzurichten. Wann sie das umgesetzt haben, weiß ich nicht. Ich gehe davon aus, dass es jetzt eine eigene Visastelle der Portugiesischen Botschaft in Kiew gibt.

Olaf Scholz (SPD): Aber das Wichtigste, was die Visastelle tut - auch unsere ja -, ist doch, mit den Leuten zu reden. Wenn das die Portugiesen schon gemacht haben: Was war denn danach noch?

Zeuge Dr. Schäfer: Die mussten ja bei uns den Pass abgeben und das Visum musste eingeklebt werden.

Olaf Scholz (SPD): Ach so. Und das konnten die nicht?

Zeuge Dr. Schäfer: Nein, das konnten die nicht. Das machten die nicht, nein. Sie hatten dafür nicht die technischen Voraussetzungen. Das Schengen-Regime gibt ja vor, dass Visa bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen haben. Das gab es bei den Portugiesen nicht.

Olaf Scholz (SPD): Ah ja.

Zeuge Dr. Schäfer: Das ist eine übliche Praxis. Die Deutsche Botschaft in Moldawien etwa hat, glaube ich, etwa drei oder vier Mitgliedstaaten bei der Visaerteilung vertreten,

die dort mit eigenen Botschaften nicht vertreten waren oder das selber nicht machen wollten. Das ist eine Frage der Courtoisie zwischen Staaten.

Olaf Scholz (SPD): Ja, das ist interessant. Ich hatte mir da ehrlicherweise etwas Großartigeres vorgestellt. Deshalb ist es auch für mich interessant, das wahrzunehmen, weil ich Sie sonst nämlich Folgendes gefragt hätte: Kann es sein, dass jemand bei unseren Konsularbeamten oder den Vor-Ort-Kräften erschienen ist und gesagt hat: Ich möchte ein portugiesisches Visum? Weil wir zuständig sind, haben wir dann gesagt: Dafür haben wir Kriterien, die sind zu streng; das kriegen Sie bei uns nicht. Dann sagt der: Dann möchte ich ein deutsches. Antwort: Ja, das erteilen wir Ihnen gern. - So etwas ist nicht eingetreten?

Zeuge Dr. Schäfer: Nein. Aber in einem anderen Kontext ist es schon eingetreten; das ist etwas, was die Ablehnungsquote, die Sie in den Statistiken auch vorliegen haben, nicht widerspiegelt. Immer dann, wenn ein Antragsteller im Rahmen der Beratung oder im Rahmen einer Antragstellung zu uns kam und sich im Interview ergab, dass der Herr oder die Dame gar nicht nach Deutschland, sondern nach Portugal wollte - das ist ja vorgekommen, dass sie offen erzählt haben, ich möchte nach Portugal zum Arbeiten oder ich möchte nach Portugal an die Algarve zum Urlaubmachen -, dann wurde der Visumantrag nicht abgelehnt, sondern dem Antragsteller zurückgegeben und ihm gesagt: Da musst du aber zur Portugiesischen Botschaft. Das geht uns gar nichts an. Nach den Schengen-Regeln können wir dir für diese Art von Besuchswunsch, für diesen Reisezweck kein Visum erteilen. - Das ist häufig vorgekommen. Dies reflektieren die Statistiken nicht, weil es ja keine Ablehnung im technischen Sinne ist, sondern das ist einfach eine Zurückweisung, weil wir in diesem Fall nicht die zuständige Botschaft sind. Das ist ständig, täglich vorgekommen, häufig.

Olaf Scholz (SPD): Wenn jetzt jemand ankommt und ein Visum möchte und sich von Ihnen überzeugen lässt, dass er das nicht kriegen kann, dann wird das auch nicht als Ablehnung erfasst?

Zeuge Dr. Schäfer: Ja, da haben Sie Recht. Das ist auch beim Reisebüroverfah-

ren ein ganz wichtiger Punkt gewesen. Auch da sind regelmäßig und häufig Visumanträge zurückgegeben worden, die in den Statistiken nicht auftauchen, weder als erteilte Visa noch als abgelehnte Visa, weil wir bereits bei der Vorprüfung oder dann beim Interview festgestellt haben, dass diese Visa nicht von der Deutschen Botschaft oder jedenfalls nicht so erteilt werden können; dann wurden sie zurückgegeben.

Um Ihnen da einen Anhaltspunkt zu geben: Es ist gefährlich, Schätzungen abzugeben; aber ich vermute, dass der Prozentsatz dieser Fälle im zweistelligen Bereich liegt.

Olaf Scholz (SPD): Vielleicht noch eine Frage. - Das glaube ich Ihnen. Eine meiner ersten Berührungen mit Sachbearbeitern im Bereich des gehobenen Dienstes im Rahmen meiner Verwaltungsstation als Jurist war, dass sie mir gesagt haben: Anträge nicht annehmen, keinen Vorgang daraus machen!

Zeuge Dr. Schäfer: Gut, nicht?

Olaf Scholz (SPD): Ja. - Aber die Frage, die ich noch stellen wollte, ist eine zum Umgang mit Geschäftskunden, mit Unternehmen. Wir haben aus einer der Anhörungen hier mitgenommen, dass es unglaublich viele, überdurchschnittlich viele Unternehmen gegeben hat, die als Bona-fide-Kunden akzeptiert worden sind, sodass man später dazu übergegangen sei, die Liste mal durchzuforschten und das dann sehr, sehr zusammenzuschneiden. Es hätte auch einen ansonsten nicht überall üblichen VIP-Schalter gegeben, der sich ja nicht unmittelbar mit bona fide verbindet. Hinter diesen Unternehmen seien ganz viele gewesen, die eigentlich in Wahrheit nur mit der Firma, die sie hatten, Visen produzieren wollten; das sei relativ leicht gegangen.

Zeuge Dr. Schäfer: Es gab in der Tat verschiedene Zugangswege für Antragsteller, die Geschäftsreisende waren. Die erste Zugangsform wurde über die verschiedenen Arbeitseinheiten der Botschaft organisiert. Das heißt, die Wirtschaftsabteilung unserer Botschaft hatte das Recht, wenn sie den Eindruck hatte, dass es sich um einen redlichen Antragsteller, um einen tatsächlichen Geschäftsreisezweck handelte, diese Personen bei uns anzumelden und bei uns in ein privilegiertes Visaerteilungsverfahren zu

bringen. Das war der erste Weg, der in der Zeit, als ich da war, nicht übermäßig häufig genutzt wurde. Das kam vor, das kam auch jede Woche vor, aber nicht übermäßig.

Es gab darüber hinaus den Zugangsweg über die Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelstages, der dort mit einer Delegierten der deutschen Wirtschaft vertreten ist. Dieses Büro der deutschen Wirtschaft hatte von uns das Recht, Visaantragsteller - - Also, wenn sich Unternehmen in der Ukraine an das Büro der Delegierten wandten, konnten die das prüfen und sich dann gegen eine Gebühr - als Dienstleistung sozusagen - für sie um die Visaantragstellung kümmern. Auch das hat es gegeben, auch das kam regelmäßig vor, auch das war nicht übermäßig viel.

Es gab drittens in der Tat eine Liste mit Unternehmen, in der Regel deutschen Unternehmen, die häufiger den Bedarf hatten, Geschäftspartner, Vertragspartner, Kunden und Ähnliche nach Deutschland einzuladen; Messen zum Beispiel waren ganz häufig vertreten. Auch da gab es ein Verfahren der Prüfung der Wünsche dieser Unternehmen. Die wurden dann nach erfolgter Prüfung auf diese Liste genommen.

Die hohen Zahlen, die ich nur in der Zeitung gelesen habe, kann ich nicht bestätigen, aber ich kann mich nicht erinnern, wie viele das in unserer Zeit gewesen sind. Auch das war aber kein Verfahren, in dem der Anteil an den insgesamt erteilten Visa übermäßig hoch gewesen wäre. Aber da kann ich mich schlecht auf eine Zahl festlegen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Binninger, bitte; danach Herr Montag.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Dr. Schäfer, ich muss vielleicht zwei Sätze vorausschicken. Sie sind für mich der Zeuge, der aufgrund seiner Funktion - sowohl was die Praxis als auch was die rechtliche Auslegung der Erlasse angeht - einfach am nächsten dran ist. Ich muss sagen, ich bin Ihnen auch ganz dankbar dafür, dass Sie es geschafft haben, in einer Präzision wie noch kein Zeuge vor Ihnen die Schwachstellen dieses Fischer-Erlasses vom März 2000 aufzuzeigen und deutlich zu machen, dass hier eben der Regelfall neu geregelt wurde, und auch auf die Besonderheiten hinzuweisen, die es sonst offensichtlich bei Erlassen nie gab, also Pressekonferenz Staatsminister, hat Bundesminister Fischer Weisung

erteilt, der Wortlaut und die Regionalkonferenz, also alles außergewöhnliche Dinge, die uns auch immer dazu veranlasst haben zu sagen: Hier wurde, politisch gewollt, etwas in größerem Stile geändert.

Die Frage, die ich habe, zielt auf die Regionalkonferenz. Wir haben dazu in den Akten unterschiedliche Dinge gefunden. Es gab einen relativ geschönten und problemabweisenden Bericht des zuständigen Referates aus dem AA, das wohl auch dabei war oder mit organisiert hat, was uns nicht weiter verwundert. Wir haben auch einen Vermerk eines Teilnehmers gefunden, weil es da wohl auch verschiedene Arbeitsgruppen gab und es diesem Teilnehmer noch einmal wichtig war, im Nachhinein darzulegen, wie denn die Auffassung der Praktiker in diesem Seminar gewesen sei.

Haben Sie an solch einer Arbeitsgruppe auch teilgenommen oder können Sie sich möglicherweise an diesen Vermerk erinnern? Er stammt nicht von Ihnen - das muss ich dazusagen -, sondern von einem Teilnehmer aus Tiflis damals, Herrn Kindsgrab. Aber haben Sie an einer solchen Arbeitsgruppe auch teilgenommen und hatten Sie da auch solche Auffassungen?

Zeuge Dr. Schäfer: Nein. Da ich umfassend an dem Seminar teilgenommen habe, habe ich sicherlich auch an so einer Arbeitsgruppe teilgenommen; aber ich kann mich nicht mehr erinnern, welche Arbeitsgruppe das war. Ich war eigentlich der Meinung, dass es einen Vermerk gibt, den wir zu diesem Seminar für unsere eigenen Zwecke gemacht haben; aber ich habe den in den Akten, die ich in den letzten Tagen im Auswärtigen Amt durchsuchen durfte, leider nicht gefunden. Deshalb kann ich mich nicht erinnern. Ich kann auch nicht bestätigen, ob es diesen Vermerk tatsächlich gibt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es gibt beide; ich habe beide gelesen und -

Zeuge Dr. Schäfer: Ich rede von einem Vermerk - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): - wo Sie selber - -

Zeuge Dr. Schäfer: Den Vermerk der Botschaft Tiflis gibt es sicherlich.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Da bezieht eben der Kollege -- Er nennt nicht, welche weiteren Kollegen aus anderen Botschaften mit in der Arbeitsgruppe waren, sodass man eben nicht daraus entnehmen kann, für wen er noch alles spricht; aber es klingt so, als spricht er für die Praktiker.

Da wird auch angedeutet, dass man im Prinzip seitens des AA die Schwächen des Carnets - hohe Missbrauchsanfälligkeit - bewusst in Kauf nimmt, weil man die Vorteile, die aber nicht bei der deutschen Seite liegen - erleichterter Zugang und für die Versicherungen ein besseres Instrument -, nutzen will, also die bewusste Inkaufnahme einer Missbrauchsanfälligkeit. Können Sie sich an so eine Position auch erinnern?

Zeuge Dr. Schäfer: Herr Abgeordneter, wenn Sie den Zeitpunkt nehmen - Ende Juni/Anfang Juli - und unsere Berichterstattung zum Carnet daneben stellen - die hat am 16. Dezember 1999 mit einem Drahtbericht meiner Mitarbeiterin, der Leiterin der Visastelle, begonnen und wurde dann mit Berichten im Januar, Februar, März, April, Mai und Juni fortgesetzt, in denen immer wieder angefragt wurde, was denn jetzt ist, ob wir jetzt intensiver prüfen dürfen, ja oder nein -, dann können Sie sich vorstellen, dass das Thema bei uns auf dem Bildschirm war und dass wir dieses Thema am Rande des Regionalseminars mit den in Berlin Zuständigen auch angesprochen haben.

Das ist in der Tat von mir angesprochen worden und die Antwort lautete so ähnlich, wie ich das vorhin bereits allgemein dargestellt habe. Die Antwort lautete: Wir können eure Sorgen und Nöte verstehen; aber das ist ein Instrument, das vom Bundesministerium des Innern gewollt und gewünscht wird, und da haben wir große Schwierigkeiten, das abzuschaffen. Im Übrigen wurde mir bestätigt, wurde mir gesagt, diese Berichte, die wir geschrieben hätten, insbesondere die Zahlen, die in den Berichten drin sind, die sozusagen ergeben, dass es einen signifikant höheren Teil von illegal Reisenden gibt, die mit einem Carnet ausgestattet waren, lägen dem Innenministerium vor, aber es habe noch keine Entscheidung gegeben.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wurde das personifiziert, wer da im Innenministerium so der große Macher ist, der das Außenministerium quasi diszipliniert? Oder war das immer nur „das Innenministerium“?

Zeuge Dr. Schäfer: Nein, das war immer nur „das Innenministerium“. Ich weiß nicht, um welche Person es ging.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Jetzt muss man aber dazusagen: Das Instrument Carnet gibt es schon länger; aber diese beiden Erlasse, diese Ausweitung, also der Wegfall der Prüfungen von Reisezwecken und der Praxis, sich Hotelbelege vorlegen zu lassen, kamen ja vom Auswärtigen Amt.

Zeuge Dr. Schäfer: Dazu kann ich nichts sagen. Das glaube ich Ihnen gerne; das weiß ich aber nicht. Ich weiß nur, dass es etwa von 1995 stammt.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie hatten vorhin mal angesprochen, dass Sie, glaube ich, auch Kontakt mit den beiden BGS-Inspektoren und mit dem Herrn Kass, dem BGS-Abteilungsleiter im BMI, hatten. Hatten Sie diese Herren mal darauf angesprochen, dass quasi die Schwachstellen doch offensichtlich sind und man sich seitens des AA wiederum herausredet und sagt, das BMI möchte das aber so?

Zeuge Dr. Schäfer: Ja, ich hatte immer -- So im Detail habe ich das sicherlich nicht gemacht. Es wäre aus meiner damaligen Sicht auch nicht korrekt gewesen, so zu argumentieren. Ich wiederhole, dass ich in den vielen Gesprächen, die wir geführt haben - nicht nur die, die Sie jetzt angesprochen haben, Herr Abgeordneter, sondern auch andere Gespräche mit Vertretern der Grenzschutzdirektion, mit Vertretern des BKA, die eigentlich regelmäßig bei uns kamen -, immer zwei Punkte angesprochen habe.

Der erste Punkt ist: Wir brauchen die Hilfe der Innenbehörden bei der Prüfung von Inlandssachverhalten. Dafür sind wir nicht nur personell nicht eingerichtet, sondern das können wir aus Kiew auch gar nicht, weil häufig der direkte Augenschein genommen werden muss, um ein wirkliches Urteil darüber zu fällen, ob eine Herberge denn tatsächlich gleichzeitig von 30 Ukrainern bewohnt werden kann oder eben nicht.

Der zweite Punkt war der, den Sie ansprechen, dass ich gesagt habe, dass es Regelungen, Weisungen gibt, die wir zu beachten haben, gegen die wir vorgegangen sind, die wir aber bedauerlicherweise nicht haben abändern können, also ergo gezwun-

gen sind, sie weiter anzuwenden, an denen --

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die dann natürlich den Missbrauch begünstigen.

Zeuge Dr. Schäfer: Die jedenfalls die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass man es mit Antragstellern zu tun hat, die keinen redlichen Reisezweck verfolgen. Da diese Regelungen mit dem BMI abgestimmt waren, habe ich dann auch die Frage gestellt, wie das denn sein könne.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was haben Sie zur Antwort bekommen?

Zeuge Dr. Schäfer: Da habe ich zur Antwort bekommen: Darum wollen wir uns gern kümmern.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Von wem?

Zeuge Dr. Schäfer: Also, ich erinnere mich nicht mehr an die Namen der Herren aus der Grenzschutzdirektion, die das gesagt haben. Das war sozusagen die generelle Antwort. Das liegt ja auch auf der Hand. Wenn man das anhört, sagt man: Schauen wir mal, was wir damit machen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie ja einen Verbindungsbeamten - so nennt man das, glaube ich - des Bundesgrenzschutzes ab Mai oder Mitte 2001 in der Botschaft, den Herrn Leber. Es müsste Ihnen ja entgegengekommen sein, dass Sie sagen konnten: Jetzt habe ich endlich einen direkten Ansprechpartner; der kann meine Sorgen und Nöte, was die Unterstützung angeht, immer gleich schnell und unbürokratisch an den BGS, an das BKA transportieren.

Zeuge Dr. Schäfer: Richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt entnehme ich den Akten, wohl nicht von Ihnen, aber auf jeden Fall vonseiten des AA, dass dieser unbürokratische Kontakt und diese schnelle Weitergabe von Informationen durch den BGS-Verbindungsbeamten ins Inland oder auch die Abfrage bei Ihnen gar nicht gewünscht waren. Trifft das zu und, wenn ja, warum?

Zeuge Dr. Schäfer: Das trifft sicherlich nicht zu. Es gab in der ersten Zeit, in der Herr Leber zu uns gekommen ist, diverse atmosphärische Schwierigkeiten und Probleme, die im Wesentlichen darin begründet lagen, dass mir die Kollegen in der Visastelle - ich muss dazusagen, zu der damaligen Zeit hatte ich mein eigenes Büro nicht mehr in der Visastelle - berichteten, dass der Eindruck bestehe, dass sich der Kollege vom BGS sozusagen eigenmächtig an die Registratur von uns begeben, um dort Informationen zu sammeln, von denen wir nicht wollten, dass er sie sammelt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum nicht?

Zeuge Dr. Schäfer: Weil es doch offensichtlich ist, dass jemand, der von einer anderen Behörde kommt, nicht so einfach daherkommen kann und in die Akten anderer Leute schaut, sondern es war klar, dass der Kollege vom BGS genauso willkommen ist und hilfreich sein kann wie der Kollege des BKA oder die Kollegen Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamtes, dass aber dazu bestimmte Regeln gehören. Das heißt, wenn er den Wunsch hat, Zugang zu Akten von uns zu bekommen, dann doch bitte im Gespräch mit den dafür zuständigen Kollegen, nämlich in diesem Fall entweder mit mir, dem Botschafter oder den Sachbearbeitern, die das entscheiden können.

Da gab es, wie gesagt, atmosphärische Störungen um diese Frage, die wir nach einem Gespräch, das ich mit Herrn Leber geführt habe, ausräumen konnten. In der Folgezeit war uns Herr Leber eine ganz große Hilfe und Stütze, einfach deshalb, weil er das übernehmen konnte, was wir selber nur ansatzweise leisten konnten, nämlich den direkten Kommunikationskontakt zwischen Dienststellen des BGS und uns zu organisieren und zu kanalisieren. Diese Informationskanäle betrafen eine Menge von Fragen. Sie betrafen Ermittlungsverfahren, die von BGS-Stellen behandelt wurden; sie betrafen Anfragen mit dem Zweck der Annullierung von Visa beim Grenzeintritt von Personen, die mit unseren Visa ausgestattet waren, und anderes.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe hier ein Schreiben des Botschafters Herrn Stüdemann vom 11. Juli 2003 vorliegen, in dem er dieses Problem noch einmal

thematisiert, also das Arbeiten von Herrn Leber und das Gespräch, das es zwischen Herrn Leber und Ihnen wohl auch gegeben hat. Da geht es jetzt aber weniger darum, dass sich Herr Leber vielleicht vor Einsatz-eifer und Ungeduld am liebsten allein in Ihrer Registratur getummelt hätte, sondern darum, dass er auch Berichte geschrieben und an andere Behörden weitergeleitet hat, ohne sie vorher mit Ihnen abzustimmen.

Was war an diesem Vorwurf dran und was war vor allen Dingen schlimm daran, wenn ein BGS-Beamter meinetwegen seine Grenzschutzdirektion in Koblenz darüber informiert, was er so vor Ort feststellt? Hatten Sie Sorge, dass Sie ungerechtfertigt für eine verfehlte Erlasspolitik herhalten müssen, oder was war der Grund dafür? Hatten Sie Angst, Herr Leber erzählt zu viel oder erzählt es falsch?

Zeuge Dr. Schäfer: Es gibt eine Entsendevereinbarung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem BMI über die Entsendung von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes an deutsche Auslandsvertretungen. In dieser Entsendevereinbarung wird im Detail aufgeführt, erläutert und vereinbart, welches denn die Aufgaben eines solchen grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten sind und in welcher Weise er seine Aufgaben konkret erfüllt. Da ist einer der Punkte bestimmt der - ich habe den Text jetzt nicht vorliegen -, dass Berichte, die die Auslandsvertretung an die Bundesregierung sendet, erstens grundsätzlich an die Zentrale des Auswärtigen Amtes gehen - das ist eine Grundregel jeder Auslandsvertretung für eine geordnete Kommunikation -, und dass zweitens Berichte, die er absendet, nur mit Billigung des Botschafters oder des von ihm bestimmten Vertreters erfolgen können.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und er hat auch andere Berichte abgesandt?

Zeuge Dr. Schäfer: Das weiß ich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das steht hier drin. Grundlage für das Gespräch zwischen Ihnen und ihm muss ja wohl gewesen sein, dass irgendetwas schief lief.

Zeuge Dr. Schäfer: Da sprechen Sie etwas an, woran mir die Erinnerung fehlt. Dazu

kann ich Ihnen nichts sagen. Ich halte es -- Ich weiß es nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie lange waren Sie in Kiew?

Zeuge Dr. Schäfer: Vom November 1999 bis zum Mai 2002.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie Herrn Kübler, den Vertreter der Reiseschutzpässe, mal kennen gelernt? War der mal da?

Zeuge Dr. Schäfer: Ja, den habe ich mehrfach kennen gelernt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): In welchen Zusammenhängen?

Zeuge Dr. Schäfer: Herr Kübler kam ja häufig nach Kiew, weil er zu Recht davon ausging, dass seine Reiseschutzpässe nur dann die notwendige Anerkennung finden, wenn er diesen Schwall, der dann später über uns hereinbrach, sozusagen vorher mit uns besprach.

Es gibt mehrere Besprechungen, die ich höchstpersönlich in Anwesenheit Dritter mit ihm geführt habe. Sie werden in den Akten auch einen Vermerk von mir zu einem Gespräch mit ihm gefunden haben, das außerordentlich konfliktreich war und wo Herr Kübler danach bei seinem Protokoll über das erfolgte Gespräch versucht hat, Dinge hineinzuschreiben, die nicht ansatzweise den Tatsachen entsprachen.

Für mich war der Umgang mit Herrn Kübler immer unerfreulich. Das ist auch der Grund dafür, dass es mir wichtig war, in Anwesenheit Dritter mit ihm zu sprechen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie hatten ja vorhin mal gesagt: das Reisebüroverfahren, das dann beendet wurde. Aber die Reisebüros blieben ja und haben sich danach des Reiseschutzpassverfahrens bemächtigt. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Dr. Schäfer: Nein, es war zunächst anders, nämlich dass ab Mai 2001, sozusagen der Hochzeit dieses Reisebüroverfahrens, die Reisebüros von der Verpflichtung, eine Verpflichtungserklärung zum Beweis der Bonität vorzulegen, die wiederum von einer deutschen Ausländerbehörde -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Bestätigt werden musste.

Zeuge Dr. Schäfer: - bestätigt werden musste, auf den Reiseschutzpass umstiegen, weil das für die viel einfacher war.

Das Prinzip - so hat Herr Kübler uns das immer erklärt - seines Geschäftsmodelles sei so, dass er eigentlich gar nichts mit Reisebüros zu tun haben wolle, sondern er eigentlich die Idee hatte, den Wirtschaftsverkehr zwischen Deutschland und der Ukraine zu befördern, und er erkannt habe, dass der Wirtschaftsverkehr häufig an Einschränkungen des Visaverkehrs scheitere. Deshalb sei dies ein Produkt, das er über die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern etc. zu vertreiben gedenke, um auf diese Art und Weise die Visumerteilung für deutsch-ukrainische Wirtschaftsbeziehungen zu erleichtern. In der Praxis war es nach unserer Einschätzung völlig anders.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Es war auch im Erlass anders genannt. Da waren ja nicht nur die IHKs und die Wirtschaftsverbände genannt, sondern eben auch Reisebüros.

Zeuge Dr. Schäfer: Nein, er sagte: Reisebüros mache ich auch; aber das ist eigentlich nicht mein Ziel. Ich möchte mittelfristig dahin, dass - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das war den Reisebüros wahrscheinlich egal.

Zeuge Dr. Schäfer: Ja. Wir haben ihn in den Gesprächen, die wir mit ihm geführt haben, immer wieder darauf hingewiesen, dass die Praxis, so wie wir sie erlebten, in fast keiner Weise mit dem im Einklang steht, was er uns immer angekündigt hat.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Vorhin hatten Sie gesagt - meine letzte Frage -, dass es auffallend war: Als Reiseschutzpässe und Carnet de Touriste zwar von der Prüftiefe wieder etwas verändert, aber im Januar 2002 weltweit vertrieben werden durften, waren schon am Tag danach 600 oder 800 Antragsteller - jedenfalls ein deutlicher Anstieg - vor der Botschaft.

Zeuge Dr. Schäfer: Ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Mir stellt sich jetzt eine etwas auffällige Frage. Die waren ja wiederum von Reisebüros mit Reiseschutzpässen versorgt. Diese Antragsteller waren entweder selber Reisebürovertreter oder haben sie bei ukrainischen Reisebüros gekauft. Waren sie denn über den Fortgang der Erlasslage im AA so gut informiert - das sind ja in aller Regel nicht einmal die Behörden selber -, dass sie schon einen Tag nach Erlass darauf reagiert haben? Gab es da Verbindungen?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich wiederhole, dass bereits am gleichen Tag des Eingangs -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Oder am gleichen Tag.

Zeuge Dr. Schäfer: - bei uns die Menschen vor der Tür standen. Die einzige plausible Erklärung dafür ist, dass das bereits vorbereitet war und diese Reiseschutzpässe für den Fall des Einganges dieses Erlasses bereits bereitlagen, um entsprechend genutzt zu werden.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Von wem vorbereitet? Was meinen Sie da?

Zeuge Dr. Schäfer: Weiß ich nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Passt das ein Stück weit zur Formulierung im Protokoll von der Regionalkonferenz im Jahr 2000, wo quasi schon vom AA angekündigt wird, obwohl es da die Reiseschutzpässe weit und breit noch nicht gibt, es sei vorgesehen, das Carnet-Instrument auch auf weitere Produkte auszudehnen, die derzeit noch nicht auf dem Markt seien? Hier muss doch jemand agiert haben, der gewusst hat, was er will und wann was kommt.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich kann Ihnen dazu nichts sagen, Herr Abgeordneter. Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich persönlich gemeinsam mit der Visastellenleiterin noch am 29. Januar den zuständigen Grundsatzreferenten angerufen habe -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das war Herr Lohkamp?

Zeuge Dr. Schäfer: Das war Herr Huth.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, den kennen wir gut. Der war auch mal hier.

Zeuge Dr. Schäfer: - und mit ihm darüber gesprochen habe, dass nach meiner Einschätzung dieser Erlass ob der Verhältnisse in Kiew nicht geeignet ist, angewendet zu werden, und ich ihn um einen Dispens gebeten habe, weil ich der festen Überzeugung war, dass dieses Instrument so nicht genutzt und weiter genutzt werden kann.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was war seine Antwort?

Zeuge Dr. Schäfer: Seine Antwort war, dass er mir den Inhalt des Erlasses näher erklärt hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das hat er hier bei uns auch versucht. - Würden Sie mir zustimmen, dass es schon ungewöhnlich ist, dass quasi die Auslandsvertretungen im Januar 2002 einen Erlass erhalten, in dem Reiseschutzversicherungen, Carnet de Touriste und Reiseschutzpass, weltweit in ihrem Vertrieb ausgedehnt werden, und am gleichen Tag die Antragsteller, die darüber wohl auch schon informiert sind, bei Ihnen in Kiew vor der Tür stehen, und dass das nur darauf schließen lässt, dass hier im Hintergrund auch Stellen außerhalb des AA über den Fortgang der Dinge immer gut informiert gewesen sind?

Zeuge Dr. Schäfer: Das Einzige, was ich sagen kann, ist, dass es uns damals überrascht hat, dass bereits Menschen vor der Tür standen, bewaffnet mit diesen Reiseschutzpässen, bevor bei uns der Erlass eingegangen war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was das betrifft, habe ich keine Fragen mehr.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Montag und dann Herr Königshaus.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schäfer, ich wollte gern noch einmal an dem Punkt fortfahren, an dem ich wegen meines Zeitlimits unterbrochen worden bin. Ich habe mit Ihnen über den Rundrlass vom 3. März 2000 gesprochen.

Die letzte Antwort, die Sie mir gegeben haben, war die, dass der Rundrlass vom 3. März von Ihnen und Ihren Mitarbeitern in Kiew folgendermaßen gelesen worden ist - ich zitiere Sie zusammenfassend -: So steht es zwar wortwörtlich nicht drin, aber in der Quintessenz hätten wir in jedem konkreten Fall, bei jedem konkreten Antragsteller ganz konkrete Gründe finden müssen, um ihn abzulehnen. Wenn das in dieser Konkrettheit nicht möglich ist, dann führte das dazu, dass wir das Visum erteilen mussten.

In Ihrem Drahtbericht vom 3. März 2002 - das ist also Pi mal Daumen zwei Jahre später - kommen Sie auf dieses Regionalseminar noch einmal zurück und schreiben - das bezieht sich genau auf diese Fragestellung jetzt -:

Die Frage der Ermessensausübung ist auf dem Regionalseminar in Kiew besonders ausführlich und kontrovers diskutiert worden.

Wenn Sie den Erlass auf diesem Regionalseminar bezüglich der Ermessensausübung so verstanden haben, wie Sie es erläutert haben, was haben die Vertreter des Auswärtigen Amtes Ihnen zu dieser Frage der Ermessensausübung auf Grundlage des Erlasses vom 3. März geantwortet? Das wurde ja, wie Sie schreiben, kontrovers diskutiert. Haben die Ihnen gesagt: Nein, Herr Dr. Schäfer, Ihre Auffassung ist falsch; richtig ist ...? Was haben sie gesagt?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich wiederhole, dass es für mich außerordentlich schwierig ist, komplizierte rechtliche und tatsächliche Argumentationszusammenhänge von uns oder von den Vertretern des Auswärtigen Amtes zusammenzufassen. Das kann ich hier nicht mehr. Deshalb kann ich Ihnen auch nicht im Detail sagen, Herr Abgeordneter, ob und wie das Auswärtige Amt auf diese unsere Sorgen und Nöte reagiert hat.

Ich kann nur sagen, dass bei uns aus einer großen Fülle von Kommunikation in Einzelfällen vor und nach dem Regionalseminar - Einzelfälle, die in laufenden Visumverfahren liefen, Einzelfälle, in denen wir Klageerwidlungsentwürfe vorlegen mussten, in denen wir Visa abgelehnt hatten, wogegen dann die Visabewerber geklagt hatten - nachhaltig der Eindruck bestand, dass nur dann abgelehnt werden dürfe, mithin auch nur dann das Auswärtige Amt in Klageverfahren wegen der Ablehnung eines Visums die

Haltung der Botschaft aufrechterhalte, wenn es ganz konkrete Anhaltspunkte gibt, die objektiv beweisbar sind.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben in diesem Drahtbericht vom 3. März 2002, aus dem ich jetzt zitiert habe, auf der Seite 1 diese offensichtlich zwei Jahre bestehende Divergenz zwischen Kiew und der Zentrale über die Frage der Ermessensausübung berichtet - „kontroverse Debatte“ - und haben dann auf Seite 2 unter Ziffer 5 Ihre Auffassung niedergelegt, wie es mit dieser Ermessensausübung und der Abwägung eigentlich sein müsste. Sie schreiben:

Botschaft ist der Ansicht, dass eine Ablehnung von Anträgen auch dann den Anforderungen an die pflichtgemäße Ausübung des Ermessens entspricht, wenn sich auf der Grundlage objektiv belegbarer allgemein-abstrakter Anhaltspunkte und angesichts des Eindrucks aus antragsbegründenden Unterlagen und persönlicher Vorsprache, jedoch ohne nachweisbare konkret-individuelle Anhaltspunkte in einer Gesamtwürdigung eine negative Prognose im Hinblick auf den Reisezweck und die Rückkehrwilligkeit ergibt.

Daraufhin erging doch sofort - Sie haben das selber schon angesprochen - eine Antwort, in der Ihnen das Auswärtige Amt geschrieben hat, dass Sie damit grundsätzlich richtig liegen:

Das Auswärtige Amt schließt sich dabei grundsätzlich der Darstellung unter Ziffer 5 an.

Zeuge Dr. Schäfer: Ja.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kommen aber noch zu berücksichtigende Alternativen, die sich aus Besuchen bei Kernfamilienangehörigen ergeben.

Meine Frage ist jetzt: Habe ich Ihre Darstellung, wie Sie es bei der Ermessensausübung gern hätten, und die Tatsache, dass das Auswärtige Amt Ihnen gesagt hat: „Ja, das ist genau so“, so zu verstehen, dass das Auswärtige Amt eigentlich immer die Auffassung vertreten hat, dass man nach dem Erlass vom 3. März 2000 in der Art das Ermessen auszuüben hat, wie Sie es erst zwei

Jahre später konkretisiert haben? Ganz grob gesprochen: Waren Sie zwei Jahre auf dem falschen Dampfer und haben erst nach zwei Jahren begriffen, dass es eigentlich von der Zentrale von Anfang an so gemeint war, wie Sie es dann am 5. März 2002 zusammengefasst haben?

Zeuge Dr. Schäfer: Wenn es so wäre, Herr Abgeordneter, dann würde das bedeuten, dass diese Fülle von Kommunikation, jeden Tag viel Kommunikation zwischen dem Auswärtigen Amt und der Botschaft Kiew, entweder nicht stattgefunden hätte oder von uns völlig falsch ausgelegt worden wäre.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU))

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, keine weiteren Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Herr Dr. Schäfer, 2001 war eine schwierige Gemengelage. Sie waren dort der Leiter RK. Ist Ihnen ein Schreiben oder eine Mitteilung bekannt, die am 10.07.2001 von der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kiew an einen Herrn Albert Meier (?) herausgegangen ist? Daran werden Sie sich nicht erinnern; das ist klar. Aber es betraf Visumserteilung für Reisegruppen. Dort schreibt Frau Budde.

Die Botschaft bestätigt hiermit, dass lt. derzeit gültiger Erlasslage durch das Auswärtige Amt ab dem 16.07.2001 Visaanträge für ukrainische Reisegruppen nur noch bei Vorlage eines Reiseschutzpasses der Firma Reise-Schutz AG angenommen werden. Die Botschaft ist an die Weisung des Auswärtigen Amtes gebunden. Bei Rückfragen oder Beschwerden wenden Sie sich bitte an das Auswärtige Amt, Ref. 508.

Mit freundlichen Grüßen

Können Sie sich an eine solche Weisung, an eine solche Erlasslage, an eine solche interne Abstimmung, an eine solche interne Bewertung der Erlasslage erinnern?

Zeuge Dr. Schäfer: Nein, kann ich mich nicht erinnern. Da müsste ich mich erst mit den Akten auseinandersetzen.

Hellmut Königshaus (FDP): Hätten Sie denn, wenn Sie von einer solchen Auslegung der Erlasslage gehört hätten, dem widersprochen?

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Zeuge, Sie brauchen auf hypothetische Fragen natürlich nicht zu antworten; aber wenn Sie es wollen, können Sie es natürlich.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich müsste mich in die Situation von vor vier Jahren hineinversetzen und weiß nicht, wie ich geantwortet hätte oder antworten würde.

Hellmut Königshaus (FDP): Also konkret: Würden Sie heute, aus heutiger Sicht, eine solche Aussage beanstanden?

Zeuge Dr. Schäfer: Was die Reiseschutzpässe angeht, so hatten wir relativ früh Zweifel. Diese Zweifel haben wir sozusagen auf dem kleinen Dienstweg ausräumen oder bestätigen wollen, indem wir nach meiner Erinnerung im August 2001 den Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamtes gebeten haben, doch einmal zu recherchieren, wer oder was diese Reise-Schutz AG eigentlich ist. Wir bekamen letztlich nichts Konkretes und auch nichts objektiv Belegbares auf diese informelle Anfrage, auf die eine ebenso informelle Antwort erfolgte, zurück. Aber wir bekamen Hinweise darauf - die stammten nach meiner Erinnerung aus dem Team des Bundeskriminalamtes, das sich mit der Sonderauswertung „Wostok“ beschäftigte -, dass Reisebüros, mit denen Herr Kübler - -

Hellmut Königshaus (FDP): Schon 2001? Darf ich noch einmal nachfragen?

Zeuge Dr. Schäfer: Schon 2001.

Hellmut Königshaus (FDP): Wostok schon 2001? - Ich frage ja nur.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich spreche aus Erinnerung. Wenn das nicht so sein sollte, dann müsste ich meine Meinung revidieren. Dafür würde ich jetzt meine Hand nicht - -

Hellmut Königshaus (FDP): Herr Dr. Schäfer, ich will Ihnen sagen, warum ich nachfrage: Wir wissen, dass es Zwischenbewertungen für Wostok gab. Es gab damals schon Papiere, die den Namen trugen. Wichtig ist nur, dass Sie aus Ihrer Erinnerung heraus nur den Stand 2001 kennen. Das bedeutet, dass schon 2001 an der Botschaft die Ermittlungen der Wostok-Gruppe bekannt waren. Deshalb frage ich.

Zeuge Dr. Schäfer: Ja, dass wir Kontakt mit den Beamten des Bundeskriminalamtes hatten, die auch mit dem Verfassen des Berichtes zu tun hatten, ist nicht zu bestreiten. Es gibt auch keinen Grund, das zu bestreiten.

Hellmut Königshaus (FDP): Nein, nein, um Gottes willen, im Gegenteil.

Zeuge Dr. Schäfer: Die Herren waren im Jahr 2001 mindestens einmal bei uns, vielleicht sogar zweimal. Das müsste ich jetzt in den Akten nachschauen, wie das gewesen ist. Regelmäßig hatten die, vermittelt über den Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamtes, Kontakt zu mir und zur Visastellenleiterin. Wir haben selbstverständlich wie in allen Ermittlungsverfahren - wie in unseren konkreten Ermittlungsverfahren später auch - in umfassender Weise mit den Strafverfolgungsbehörden zusammengearbeitet.

Hellmut Königshaus (FDP): Haben Sie denn diese Hinweise, die Ihnen dort gegeben wurden, an die Zentrale weitergeleitet?

Zeuge Dr. Schäfer: Die Informationen, die ich - - Wir waren noch nicht ganz fertig. Ich war dabei, Ihnen zu berichten, welche Informationen wir bekommen haben.

In dieser informellen Antwort, die wir von unserem Verbindungsbeamten bekamen, war es in etwa so, dass offensichtlich den Strafverfolgungsbehörden bekannt war, dass der Herausgeber dieser Reiseschutzpässe Kontakt zu Reisebüros hatte, die im Verdacht standen, Schleusungsaktivitäten zu begünstigen, zu befördern oder durchzuführen. Allerdings war nach meiner Erinnerung die Information einigermaßen vage, jedenfalls sozusagen nicht konkret belegbar, geschweige denn schon entscheidungsreif. Deshalb war es auch für uns nicht denkbar, dass wir diese Informationen schriftlich zu

Papier bringen und im Wege eines Berichtes oder in welcher Form auch immer nach Berlin weiterleiten. Im Übrigen -

Hellmut Königshaus (FDP): Warum?

Zeuge Dr. Schäfer: - sind wir eigentlich davon ausgegangen, dass diese Informationen aus dem Bundeskriminalamt auf direktem Wege, nämlich im Geschäftsbereich eines Ministeriums, an die richtige Stelle gelangen.

Hellmut Königshaus (FDP): Wussten Sie, dass die in einem bestimmten Ministerium an die richtige Stelle kommen, oder haben Sie das als sicher unterstellt?

Zeuge Dr. Schäfer: Das habe ich angenommen.

Hellmut Königshaus (FDP): Hätte ich vor dem Untersuchungsausschuss auch angenommen.

Zeuge Dr. Schäfer: Als dann - ich kann mich an den Zeitpunkt nicht mehr erinnern - die Sache bei uns aber regelrecht zu eskalieren drohte, ab dem 29. Januar 2002, haben wir uns vielfältigen Optionen gedanklich hingegen.

Meine erste Reaktion gegen Ende Februar war - die habe ich dem Botschafter auch so vorgetragen -, dass wir die Visastelle schließen, um auf diese Art und Weise die Dramatik der Situation in Berlin ein für alle Mal deutlich zu machen. In einer langen Diskussion sind wir dann zu der Entscheidung gekommen, das nicht zu tun. Aber in den vielfältigen informellen, nicht schriftlich fixierten Kontakten, die es zu dieser Frage mit dem Auswärtigen Amt gab, ist von meiner Seite - auch von anderer Seite, vonseiten der Botschaft - angeklungen, dass es Zweifel im Hinblick auf die Seriosität des Herausgebers, der Reise-Schutz AG, gibt. Diese Zweifel hatte ich persönlich zum Zeitpunkt meiner ersten Begegnung mit ihm.

Hellmut Königshaus (FDP): Die Fragen gehen jetzt ein bisschen auseinander. Vielleicht sortieren wir es noch einmal.

Die erste Frage lautet jetzt: Warum meinen Sie, wenn Sie zwar keine belegbaren, aber doch immerhin handfeste Verdachtsgründe haben, sie nicht an die Zentrale wei-

tergeben zu können? Immerhin sind das ja Dinge, die nicht nur Ihre Visastelle betroffen haben; denn die Reise-Schutz AG war ja nun eine Option für alle Botschaften weltweit. Insofern wäre es also durchaus hilfreich, wenn solche Hinweise dann auch, damit man ihnen nachgehen kann, an die zuständige Stelle gehen.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich kann nur wiederholen, dass die Informationen, an die wir dann irgendwann im Herbst 2001 - an den Zeitpunkt erinnere ich mich nicht - gekommen sind, im Grunde Vermutungen waren, deren Richtigkeit angesichts der Quelle, von der wir sie bekommen haben, nicht feststand.

Hellmut Königshaus (FDP): Dann muss ich einmal in die andere Richtung fragen. Wenn es denn so war, dass Sie Verdacht hatten - wenngleich vielleicht nicht so weit erhärtbar, dass man daraus ganz konkrete Schlussfolgerungen, Warnungen an Dritte oder anderes ziehen konnte -, wie ist es dann möglich, dass man ausgerechnet dieses Unternehmen, das in Ihren Augen problematisch schien, sozusagen noch privilegiert, indem man dann im Juli schreibt, wir nehmen überhaupt nur noch Reisegruppen und Anträge an, wenn sie gerade von dieser problematischen Reise-Schutz AG geschickt oder mit deren Hilfe hier ankommen, während die redlichen Antragsteller, die, wie Sie sie vorhin richtigerweise genannt haben, mit denen nichts zu tun hatten, eben gar keine Chance mehr haben, Sie also sozusagen an diese Reise-Schutz AG zwangsweise gefesselt werden, obwohl man diese Bedenken hatte? Das muss doch irgendeiner veranlasst haben. Das ist doch wettbewerbsrechtlich schon problematisch.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich habe die Quelle gefunden. Es gibt einen Erlass vom 15. Juni 2001. Die Nummer steht hier nicht drauf, aber das wird sich in Erfahrung bringen lassen. Der ist unterzeichnet von Herrn Manig. Hier steht es. Ich lese das vor:

Enthält Weisung in Ziffer 1

Betreff: Zusammenarbeit mit Reisebüros; hier: von den Antragstellern zu fordernde Unterlagen

Da heißt es im Text:

Vertretung wird gebeten, von Antragstellern, die über bei der Bot-

schaft akkreditierte Reisebüros mit bevorrechtigtem Zugang Visaanträge stellen, in Zukunft neben dem Antrag und dem Reisedokument folgende Unterlagen zu verlangen:

Da steht dann unter Anstrich 4:

Reiseversicherungsdokument nach Erlass vom 02.05.2001.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das auch zitieren?)

- Den Erlass vom 02.05.2001?

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

- Den müsste ich herausuchen.

Der Erlass vom 2. Mai 2001 lautet:

Enthält Weisung

Anbei wird das Muster eines Reiseschutzpasses der Firma Reise-Schutz AG mit erläuternden Unterlagen übersandt. Es wird gebeten, bei Vorlage des Reiseschutzpasses im Visumverfahren in gleicher Weise zu verfahren wie auch bei Vorlage des Carnet de Touriste des ADAC (vgl. Bezugsrunderlass).

Damit ist der Erlass vom 15.10. gemeint.

Hellmut Königshaus (FDP): Diesen Erlass kennen wir.

Zeuge Dr. Schäfer:

Bis diese Regelung den anderen Schengen-Anwenderstaaten notifiziert wurde - -

Das ist unwichtig.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber das Carnet de Touriste, das dort erwähnt ist, ist ja hier jetzt nicht mehr drin, sondern hier ist nur noch Reise-Schutz AG im Sinne dieses Erlasses. Carnet de Touriste ist hier gestrichen.

Zeuge Dr. Schäfer: Ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Das heißt, wir haben hier eine eindeutige Monopolisierung; das ist das Gegenteil dessen, was ja

ursprünglich zur Begründung der Zulassung der Reise-Schutz AG genannt wurde.

Herr Kindsgrab geht leider gerade hinaus; der könnte uns bei der Klärung dieser Frage vielleicht ein bisschen mehr helfen. Ich weiß, dass er nicht Zeuge ist; aber er vertritt das Auswärtige Amt, in diesem Punkt sogar besonders sachkundig, wie ich glaube.

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das klären wir gleich!)

- Ja, diese Frage müssen wir wirklich klären; denn es ist ja erkennbar - das sage ich einmal ganz vorsichtig - das Gegenteil dessen, was offenbar ursprünglich gewollt war.

Okay, aber dazu können Sie nichts sagen; Sie mussten es anwenden. Ich weiß, dass das später aufgehoben wurde. Es geht mir darum, wer das veranlasst hat. Das ergibt sich nämlich daraus wiederum nicht. Wer das aufgehoben hat, das ergibt sich aus den Akten; aber wer das veranlasst hat - -

Zeuge Dr. Schäfer: Ich wiederhole, es gibt einen mir vorliegenden Drahterlass vom 15. Juni 2001. Der ist - -

Hellmut Königshaus (FDP): Herr Dr. Schäfer, es ist klar: Für Sie war das der Anlass. Mir geht es darum, wer diesen Erlass, den Sie gerade zitiert haben, veranlasst hat. Es tauchen immer die gleichen Namen auf. Es sind nicht mehr als zwei, die dann immer auftauchen.

Vielen Dank, keine weiteren Fragen.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Montag.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich werde versuchen, mit Ihrer Hilfe, wenn Sie gestatten, dieses Problem aufzulösen, hinter dem der Kollege Königshaus düstere Mächte vermutet.

Wir haben in den Akten ein Merkblatt zur Visumerteilung an Reisegruppen, geplante Neuregelung am 16.07.2001, also in der Botschaft Kiew. Waren Sie an der Ausarbeitung beteiligt oder ist das von Ihnen, Herr Dr. Schäfer?

Zeuge Dr. Schäfer: Diese Art von Dokumenten ist natürlich in meinem Referat erarbeitet worden. Sie sind nicht von mir persönlich erarbeitet worden. Ob das in diesem Fall so war oder nicht, ob ich es selber gebilligt habe, weiß ich nicht. Das halte ich aber für

möglich. Das müsste ich nachprüfen. Üblich ist das.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf jeden Fall ist das damals unter Ihrer Aufsicht und dann sicherlich auch mit Ihrer Kenntnis erarbeitet worden.

Dieses Merkblatt, das dem Auswärtigen Amt zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt worden ist, ist tatsächlich missverständlich. Da heißt es nämlich:

Bei einer touristischen Reise sind folgende Unterlagen vorzulegen:

Dann kommt als letzter Punkt:

Reiseschutzpass für jeden Antragsteller

Das heißt eigentlich nach Text: Jeder, der mit einem Reisebüro ab dem Zeitpunkt Juli kommen will, muss so einen Reiseschutzpass haben.

Sie sagen jetzt, das beruht auf diesem Runderlass vom 15.06., in dem steht, dass ein Reiseversicherungsdokument gemäß Erlass vom 02.05. zu verlangen ist. Im Erlass vom 02.05. steht, dass der Reiseschutzpass zu behandeln ist wie das Carnet de Touriste.

Jetzt könnte man denken, wie offensichtlich bei Ihnen gedacht worden ist: Das heißt, nur noch Reiseschutzpass wird akzeptiert. Man könnte es natürlich auch so verstehen: Der Reiseschutzpass wird ab jetzt neben dem Carnet de Touriste des ADAC akzeptiert. Als Sie oder die Botschaft dieses Merkblatt vom 16.07. an die Zentrale geschickt haben, ist sofort, noch bevor das herausgekommen ist, am 10.07., ein Erlass gekommen. In dem Erlass vom 10. Juli, Herr Dr. Schäfer, steht:

2. In Ergänzung dieses Erlasses ist Folgendes zu beachten: Neben durch den im Erlass genannten Reiseschutzpass kann der Nachweis der Krankenversicherung und Finanzierung weiterhin auch durch das CdT des ADAC erfolgen.

Ist dieses Merkblatt „Neue Regelung am 16.07.2001“ überhaupt je veröffentlicht worden oder ist das sofort kassiert und im Sinne der Erklärung der Zentrale geändert worden?

Zeuge Dr. Schäfer: Wenn es so ist oder wenn es so wäre, wie Sie sagen, Herr Abgeordneter, was ich jetzt als richtig unterstelle - ich habe die Unterlagen nicht vorliegen -, dann ist es sicherlich so nicht veröffentlicht

worden, weil das Thema genau zu diesem Zeitpunkt natürlich höchste Aufmerksamkeit hatte - das war nämlich der Höhepunkt der Problematik - und wir in dieser Zeit eben auf die Entscheidung, die dann Anfang August kam, gewartet haben, dass man das endgültig schließt.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Kollege Königshaus, ein Missverständnis, -

Zeuge Dr. Schäfer: Allerdings erlaube ich mir, nur - -

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das aber tatsächlich da drinsteckt; das gebe ich Ihnen zu. Aber wir haben ja das geänderte Merkblatt auch in den Akten. Das sollte man dann vollständig darstellen. Da stehen dann schon beide Reiseschutzdokumente drin.

Ich bin fertig. Danke.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ich kann nur sagen ... (akustisch unverständlich))

- Aber wir wissen, dass es so ist. Wir haben das geänderte - - Nein, wir alle.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Nein, nein, wir haben - - Der Ausschuss hat - -

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben das geänderte Merkblatt doch auch in den Akten. - Okay, danke.

Zeuge Dr. Schäfer: Allerdings gibt es eine Bemerkung, die man in diesem Zusammenhang machen müsste, nämlich dass die Vertriebswege dieser beiden Reiseversicherungen gänzlich andere waren und dass das Carnet de Touriste ja nicht - glücklicherweise für uns, aus unserer Sicht damals - frei auf dem Markt vertrieben wurde, sondern durch persönliche Vorsprache bei den Partnern des ADAC in Kiew und in Lemberg vertrieben wurde.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Binniger.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Dr. Schäfer, ich möchte noch einmal auf den Wostok-Bericht zurückkommen und Ihre

Erkenntnisse über die Reise-Schutz AG, die ich jetzt mal ganz vorsichtig als skeptisch formulieren möchte, was die Zuverlässigkeit angeht. Sie haben gesagt, für eine schriftliche Bewertung habe es nicht ausgereicht. Haben Sie denn mündlich, telefonisch, informell Ihre Bedenken über die Zuverlässigkeit dieser Firma dem AA in irgendeiner Form mitgeteilt und, wenn ja, wem?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich hatte angeführt, dass am Tag, an dem uns dieser Erlass vom 29. Januar 2002 zugegangen ist, die erste Reaktion von uns war, auch angesichts der Verhältnisse vor der Tür: So geht das nicht; wir müssen sofort die Kollegen in Berlin darauf hinweisen, dass das System so untragbar ist. Im Rahmen des Gespräches, das ich dann mit den zuständigen Kollegen in Berlin geführt habe - das hatte ich ausgeführt - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie noch, wer das war?

Zeuge Dr. Schäfer: Ja, ich wiederhole, dass ich da ein Gespräch mit Herrn Huth geführt habe. In diesem Gespräch mit Herrn Huth habe ich ihn darauf hingewiesen, dass das Instrument, so wie es jetzt gestaltet ist, insbesondere mit der Freigabe der Vertriebswege, unter den Verhältnissen Kiews keine gute Lösung ist und dass ich darum bitte, dass man das für uns in Kiew jedenfalls sofort aussetzt.

Ich erinnere mich nicht, ob in diesem Gespräch schon konkret die Frage der Seriosität des Herausgebers der Reiseschutzpässe angesprochen worden ist. Ich könnte Ihnen jetzt auch weder einen Namen noch einen konkreten Termin, noch einen konkreten Anlass nennen, für den ich hundertprozentig sicher bin, dass ich das so und nicht anders in der konkreten Formulierung formalisiert habe. Meine Erinnerung ist, dass das von uns mehrfach dem Auswärtigen Amt gegenüber in dieser informellen Weise zur Kenntnis gegeben worden ist. Aber ich bin nicht in der Lage, jetzt sozusagen haarscharf zu sagen: An dem Tag, zu der Uhrzeit, mit dem Kollegen ist das so angesprochen worden.

Eines ist klar, wenn ich das noch sagen darf: Wir unter uns an der Botschaft, die wir sozusagen tagtäglich mit diesen Problemen zu tun hatten, also die drei oder vier Kollegen, die Herrn Kübler kennen gelernt haben, hatten uns relativ schnell unser Urteil gebildet.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich will Ihnen da gern folgen, weil in dem Erlass vom 29. Januar 2002, wo Sie als radikalste Maßnahme angedacht hatten, die Visastelle einfach mal zu schließen, damit man in Berlin endlich aufwacht, auf der Seite 4 Formulierungen auftauchen, bei denen ich sagen muss: Das findet man wahrscheinlich genauso selten in einem Erlass wie „Außenminister Fischer hat Weisung erteilt“. Diese Formulierung lässt darauf schließen, dass Sie oder Ihre Kollegen eben schon im Jahr 2001 Warnungen über Reisebüros, Erkenntnisse aus dem Wostok-Bericht - egal jetzt ob Reise-Schutz AG oder nicht - weitergegeben haben.

Meine Frage wäre: Haben Sie auch über diese Formulierung mal mit Herrn Huth gesprochen? Sie lautet auf Seite 4 des Erlasses vom 29. Januar 2002:

Die Tatsache allein, dass ein ausländischer Vertriebspartner

- Reisebüro -

der Reiseschutzversicherung möglicherweise nicht das Vertrauen der örtlichen Auslandsvertretung

- also von Ihnen -

genießt, rechtfertigt daher keine Ablehnung.

Der Satz gibt für mich überhaupt keinen Sinn außer dem, dass man Sie quasi auffordert, bei zu erkennendem Rechtsbruch die Augen zu verschließen und trotzdem Visa zu vergeben.

Zeuge Dr. Schäfer: Nein, der Wortlaut, wenn ich ihn richtig verstehe, Herr Abgeordneter, sagt ja nur, dass die Prüfung des Visumantrages oder die Gewährung des Visums an einen Antragsteller nicht daran scheitern darf, dass der Antragsteller seinen Reiseschutzpass von einer Person erworben hat, die wir für unseriös gehalten haben, nicht mehr und nicht weniger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber jetzt muss ich Sie mal fragen: Wenn der Antragsteller eine wesentliche Grundlage für das Visum bei jemand nicht Vertrauenswürdigem erwirbt, liegt dann nicht auch der Verdacht nahe, dass der ganze Reisezweck ähnlich unseriös ist?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich wiederhole, dass ich am 29. Januar und in den Gesprächen, die wir danach geführt haben, immer darauf hingewiesen habe, dass für mich, für uns das Instrument als solches ungeeignet ist, genauso wie wir das -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie haben sich völlig korrekt verhalten; daran gibt es für mich keinen Zweifel.

Zeuge Dr. Schäfer: - im Dezember 1999 bei dem ähnlichen Instrument mit anderen Vertriebswegen, nämlich dem Carnet de Touriste, gemacht haben.

Clemens Binniger (CDU/CSU): An Ihrem Verhalten gibt es für mich keinen Zweifel, dass es absolut professionell und korrekt war und auch richtig in der Analyse. Aber ich versuche einfach zu klären, mit wie viel Blindheit man im Ministerium geschlagen sein muss, um diese Dinge zu ignorieren, oder welche Gründe es gibt, um das zu ignorieren.

(Widerspruch der Abg. Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD))

Diese Erkenntnis fehlt uns allen nach wie vor: Was waren die Gründe, das alles zu ignorieren?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich kann nicht über die Gründe spekulieren, die andere dafür gehabt haben.

(Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD): Genau!)

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das war jetzt auch keine Frage mehr; da sind wir uns in der Bewertung einig.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Wenn ich nachfragen darf: Herr Dr. Schäfer, es ist nicht die Frage nach den Motiven, sondern es ist die Frage - Sie haben ja mit der Zentrale kommuniziert -, was Ihnen gesagt worden ist, wenn Sie die Bedenken, die Sie hier ja zu Recht vortragen, vorgetragen haben. Das ist ja die Frage. Das ist auch keine Bewertung, sondern das ist sozusagen der Kern des Untersuchungsauftrages, herauszufinden, wie es dazu gekommen ist. Können Sie dazu vielleicht noch etwas sagen?

Zeuge Dr. Schäfer: Die Antwort, die wir bekommen haben, können Sie auch den Drahterlassen entnehmen. Die Antwort lautete nämlich immer: Prüft doch so, wie das vorgesehen ist!

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Das ist klar. Aber dann werden Sie doch gefragt haben, wenn Sie mit der Zentrale telefoniert haben: Warum sollen wir das so machen? Dann hat man Ihnen wieder keine Begründung gegeben, sondern man hat Sie stoisch abgespeist: „Befehl ist Befehl“?

Zeuge Dr. Schäfer: Wenn Sie die schriftliche Kommunikation per Drahtbericht und Drahterlass in der Zeit ab dem 29. Januar verfolgen, werden Sie feststellen, dass es da sozusagen wochenweise hin und her ging, die Verfasser immer die gleichen waren und sozusagen ganz langsam auf der hierarchischen Ebene auf beiden Seiten die Sache dann nach oben ging. Aber die Argumente waren eigentlich immer die gleichen. Wir haben zum Ausdruck bringen wollen, dass das Instrument als solches untauglich ist und deshalb am besten sofort abgeschafft wird. Die Reaktion des Auswärtigen Amtes war darauf im Kern: Ihr habt anders als vor dem 29. Januar 2002 jetzt die Möglichkeit, bei diesem Instrument so zu prüfen, wie der Grundsatzterlass vom 3. März das vorsieht. Damit waren wir genau an dem Punkt der Auslegung des Grundsatzterlasses vom 3. März 2000, über den wir gerade aus Anlass der Fragen des Herrn Abgeordneten Montag diskutiert haben. Aus dieser Diskussion ist ja auch der Anlass entstanden, den Bericht vom 5. März zu schreiben, um dem Auswärtigen Amt auf diese Art und Weise erneut deutlich zu machen, dass wir mit der Interpretation des Runderlasses, so wie er aus unserer Sicht von der Zentrale gemacht wurde, nicht zurechtkommen und das keine Lösung des Problems ist. Verstehen Sie?

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Dann hat man - das hatten Sie auch erläutert - am 19. März mit einem Einzelerlass sozusagen den Runderlass vom 3. März ausgesetzt? Wenn ich das noch fragen darf: Waren Sie dann damit zufrieden oder haben Sie dann die Frage gestellt, warum eigentlich nur für Kiew und nicht auch für den Rest der Welt?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich hatte angesichts der Verhältnisse, die wir hatten, weder Lust

noch Zeit, mich für andere Dinge als für Kiew zu interessieren. Deshalb war für mich der Erlass vom 19. März eine große Erleichterung. Das bedeutete, dass das Problem, das wir mit diesem Runderlass hatten, für mich damit beendet war.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Und Kontakt zu Kollegen in Minsk und Chisinau, die ja alle ähnliche Probleme hatten und denen Sie von dieser Einzelweisung berichtet haben, hatten Sie nicht in dieser Zeit?

Zeuge Dr. Schäfer: Auch da kann ich mich an Einzelheiten nicht erinnern. Mit den Kollegen in Moskau haben wir das sicherlich diskutiert. Die Kollegen in Moskau haben ja immer eine andere Haltung als wir vertreten, die wir für die Botschaft in Kiew nicht vertreten wollten oder nicht vertreten konnten. Die Kollegen in Moskau sagten: Runderlass hin oder her, wir machen das so, wie wir es immer schon gemacht haben. - Das war eine Haltung, die ich persönlich mit meiner Rolle als Regierungsbeamter nicht in Einklang bringen konnte. Ich hatte und habe die Haltung, dass Erlasse umgesetzt werden, solange sie nicht rechtswidrig sind. Dann gibt es die Regeln des Beamtengesetzes, dagegen remonstrieren zu müssen, um dann eine erneute Weisung zu bekommen. Wenig zweckmäßige Runderlasse kennen solche Regelungen des Beamtenrechtes nicht. Wir haben mit den Mitteln, die uns zu Gebote standen, versucht, dagegen anzugehen und die Kollegen in der Zentrale davon zu überzeugen, dass eben der eine oder andere Runderlass verbesserungsfähig ist.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Neumann, bitte.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Ich hatte mich ordnungsgemäß gemeldet, um das zu sagen. Ich habe auch nur eine ganz kurze Frage.

Eckart von Klaeden (CDU/CSU): Ich habe ja auch gefragt, ob ich noch fragen darf.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Und ich habe genickt.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Sie hatten auch nicht das Wort, Herr von Klaeden.

Herr Dr. Schäfer, ich habe nur eine kurze Frage. Sie haben etwas über die Zusammenarbeit mit dem BGS und mit den Justizbehörden gesagt, ich nehme also an: mit Staatsanwaltschaften, wenn die Akten angefordert haben. Sind Sie an dieser Zusammenarbeit durch irgendeinen Erlass des Auswärtigen Amtes gehindert worden?

Zeuge Dr. Schäfer: Nach meiner Erinnerung: Nein.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Ich frage das deshalb, weil im Vorfeld des Ausschusses, aber auch während des Ausschusses oft von Maulkorberlassen I und II die Rede war; II betrifft Sie nicht mehr - da waren Sie nicht mehr da -, aber I, in dem es um die Regelung geht, wie intern im Auswärtigen Amt solche Dinge zu beantworten sind.

Zeuge Dr. Schäfer: Gibt es einen konkreten Erlass, aus dem Sie mir zitieren können?

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Aus 99; ich habe den jetzt nicht da. Ich habe nur den 2003er da.

Zeuge Dr. Schäfer: Wir haben uns für berechtigt gehalten - jedenfalls in der gesamten Zeit, in der ich da gewesen bin -, in der von den Strafverfolgungsbehörden gewünschte Form zusammenzuarbeiten, und haben das zu meiner Überzeugung auch so umgesetzt, wie es erforderlich war, etwa in dem Verfahren, das Mitte 2001 von der Staatsanwaltschaft Münster und vom Grenzschutz in Frankfurt (Oder) betrieben wurde, in dem es um breit angelegte Schleusungsaktivitäten im Reisebüroverfahren ging. Da gibt es, glaube ich, nicht den geringsten Grund, uns an der Botschaft irgendeinen Vorwurf über die Art der Zusammenarbeit zu machen. Ganz im Gegenteil: Wir haben, glaube ich, großen Anteil daran, dass dieser Schleuserring um die Herren Kramer und Becker damals aufgeklärt werden konnte, einschließlich schmerzhafter Entscheidungen innerhalb der Botschaft.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Herr Dr. Schäfer, es geht nicht darum, Ihnen

oder der Botschaft Kiew einen Vorwurf zu machen. Es geht vielmehr um die Frage, ob Sie vom Auswärtigen Amt, also aus Berlin, daran gehindert worden sind, diese Zusammenarbeit so durchzuführen, wie Sie sie, finde ich, richtig durchgeführt haben.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich erinnere mich nicht an einen solchen Erlass.

Volker Neumann (Bramsche) (SPD): Gut, vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Herr Grindel, bitte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Schäfer, Botschafter Heyken war, obwohl er formal schon nicht mehr im Dienst war, als Referent bei einer Botschafterkonferenz im September 2000 eingeladen, um über Visapolitik, Visarecht, Erfahrungen mit der Erteilung von Visa vorzutragen. Er hat das als eine besondere Auszeichnung empfunden, konnte sich aber in seiner Vernehmung hier bei uns an Details nicht mehr erinnern. Es gibt - zumindest ist uns das heute noch einmal bestätigt worden - offenbar auch keine schriftliche Fixierung seiner Ausführungen. Ich kann mir aber vorstellen, dass er Sie vor seinem Vortrag gefragt hat. Können Sie aus der Erinnerung sagen, was er damals bei der Botschafterkonferenz vorgetragen hat?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich war bei der Botschafterkonferenz damals nicht dabei.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Soweit es mit Ihnen vorbereitet war?

Zeuge Dr. Schäfer: Was ich habe, ist ein Papier, das aus meiner Feder stammt, das ich auf Bitte von Botschafter Heyken mit Datum vom 23. August 2000 verfasst habe. Das ist ein vierseitiges Papier mit drei Thesen, das mir hier vorliegt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist es möglich, dass wir das bekommen?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Das ist das Dokument, auf das wir
von Frau Flor schon lange warten,
oder?)

Darf ich gleichzeitig sagen, Frau Dr. Flor, dass es mich natürlich überrascht, dass Sie heute Morgen uns mitteilen, es gebe nichts,

und der Zeuge bei der einfachen Frage, die ich hier stelle, zu einem Aktenordner geht und das Papier hervorzieht?

Zeuge Dr. Schäfer: Nein, das ist nicht richtig, Herr Abgeordneter, dass das aus einem Aktenordner des Auswärtigen Amtes kommt, sondern das ist ein Dokument, das ich von Herrn Botschafter Heyken bekommen habe, nachdem er bei Ihnen ausgesagt hat.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Noch besser!)

Das ist ein Papier - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das habe ich jetzt nicht verstanden. Was heißt das? Also, nachdem er - -

Zeuge Dr. Schäfer: Das ist ein Papier, das sich, soweit ich das beurteilen kann, ganz offensichtlich nicht in den Unterlagen des Auswärtigen Amtes befindet, sondern das sich in seiner persönlichen Handakte befindet, von dem er mir eine Kopie zur Verfügung gestellt hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat er nach seiner Vernehmung hier im Ausschuss Ihnen zugeschickt?

Zeuge Dr. Schäfer: Richtig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann würden wir natürlich die Frage stellen wollen: Wenn er es Ihnen zuschickt, dann liegt es nahe, dass er es Ihnen auch zugeschickt hat?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das war jetzt eine Frage an Frau Dr. Flor. Oder wie war das?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Frau Dr. Flor, bitte.

VLR'n Dr. Flor (AA): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe das als eine Frage an mich verstanden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das war auch so gemeint.

VLR'n Dr. Flor (AA): Mir bzw. eben den für den Untersuchungsausschuss zuständigen Kollegen ist von Botschafter Heyken nach seiner Vernehmung nichts übersandt worden. Ich bleibe natürlich bei der Aussage von heute Morgen. Wir haben ja extra geprüft, was sich in den Akten des Auswärtigen Amtes über die Botschafterkonferenz befindet. Da ist kein Vermerk und da sind auch keine Vermerke über eben den Verlauf dieses Tisches zu finden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich gern wissen wollen, erstens ob wir dieses Papier bekommen können

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Und das Anschreiben!)

- ja - und zweitens, wenn es dazu ein Anschreiben von Herrn Heyken an Sie gegeben hat, auch das Anschreiben.

Zum Zweiten würde ich gern wissen, ob sich in diesem Papier - wenn es aus Ihrer Feder stammt, wissen Sie das ja wahrscheinlich - etwas dazu finden lässt, dass nicht nur die Personalsituation, sondern auch die Erlasslage die Überprüfung von Visaunterlagen erschwert hat.

Zeuge Dr. Schäfer: Der Botschafter Heyken hat mich einige Zeit nach seiner Vernehmung kontaktiert - im Übrigen ebenso wie der Botschafter Stüdemann -, um mich schlicht und ergreifend darauf hinzuweisen, dass sie in ihren Ausführungen des Öfteren gesagt haben, dass sie diese Frage nicht beantworten können, dass aber der Leiter des Rechts- und Konsularreferates - es sei auch mehrfach mein Name gefallen - diese Fragen beantworten könne. Das war der Grund der Anrufe dieser beiden Herren bei mir, mit denen ich in der Folge meiner Zeit in Kiew einen bekanntschaftlichen Kontakt unterhalten habe.

Auf meine Bitte hin hat der Botschafter Heyken, der dieses Thesenpapier offensichtlich zur Hand hatte, als er seinen Vortrag in der Botschafterkonferenz gehalten hat, mir dieses Papier zukommen lassen, einfach damit ich mich darauf vorbereiten kann. In der Kommunikation mit dem Botschafter Heyken war keine Rede davon, dass dieses Dokument auch dem Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt werden solle.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Wir müssen jetzt mal im Vernehmungsprotokoll von Herrn Botschafter Heyken nachschauen, was er zu dieser Frage gesagt hat, weil ich mich zu erinnern glaube, dass er gesagt hat, er wisse gar nicht, ob er ein schriftliches Papier gehabt habe oder sich auf Notizen gestützt habe. Gleichwohl würde mich interessieren, was in diesem Papier steht. Das heißt, ist dort nur die Frage der Personal- oder auch die der Erlasslage angesprochen worden?

Zeuge Dr. Schäfer: Wenn Sie einverstanden sind, lese ich Ihnen die drei Thesen vor -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Schäfer: - und dann die Passagen, die dazukommen.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Das kann man doch kopieren!)

Aber ich bitte, ausdrücklich zu vermerken, dass das der Text von mir ist -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Schäfer: - und ich nicht beurteilen kann, ob der Text in dieser Weise verlesen wurde.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, hat denn Herr Botschafter Heyken Ihnen gesagt, dass er das nicht so vorgetragen hat, wie Sie es aufgeschrieben haben?

Zeuge Dr. Schäfer: Nein, das hat er nicht gesagt. Aber ich weiß schon - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Denn er hat bei uns auch von drei Kernthesen gesprochen.

Zeuge Dr. Schäfer: Also, ich lese Ihnen das mal vor. Die erste These lautet:

Das Ausländerrecht lässt dem Auswärtigen Amt und den Auslandsvertretungen große Gestaltungsspielräume bei Ermessensentscheidungen. Seine Politik bestimmt ganz wesentlich, ob das Ausländerrecht restriktiv oder permissiv angewendet wird.

So lautet die erste These.

Zweite These:

Eine Veränderung der gesetzlichen und untergesetzlichen Rechtsvorschriften des Ausländerrechts ist für eine nachhaltige Stärkung eines positiven Deutschlandbildes im Ausland nicht hinreichend. Die Visastellen müssen auch über genügend Ressourcen für die ihnen übertragenen Aufgaben verfügen.

Dritte These:

Das Spannungsverhältnis zwischen dem Kampf gegen die illegale Migration einerseits und einer liberalen, gastfreundlichen und weltoffenen Visapolitik andererseits erleben die Auslandsvertretungen tagtäglich hautnah und äußerst konkret. Die damit befassten Mitarbeiter verstehen vor diesem Hintergrund Begründung und Form der im Zeitablauf wechselnden politischen Anschauungen nicht immer vollständig.

Das wird dann hier im Detail weiter ausgeführt.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Das ist sehr interessant!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es wäre natürlich ganz schön, wenn wir die Detailausführungen dann auch noch hätten.

Zeuge Dr. Schäfer: Ich lese es Ihnen vor, wenn Sie wollen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Können wir das kopieren?

Zeuge Dr. Schäfer: Sicher.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Kein Geheimnis. - Gut.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil eine Rolle gespielt hat, in welchem Rahmen auf der einen Seite dieser Vortrag gehalten worden ist und ob er auch in eine Schlussbilanz der einzelnen Tische, die es dort gegeben hat - - es waren, glaube ich, sechs; das ist uns gesagt worden -: Hat Herr Botschafter Heyken Ihnen in Ihrem - -

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Entschuldigung, mit Anschreiben, bitte.

Zeuge Dr. Schäfer: Habe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das Anschreiben haben Sie nicht?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie das denn von Herrn Botschafter Heyken schriftlich bekommen oder haben Sie nach seiner Vernehmung auch mündlichen Kontakt zu ihm gehabt?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich habe das von ihm durch eine Übersendung aus seinem Sekretariat in Minsk per Mail bekommen. Das ist eine PDF-Datei.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie denn nach seiner Vernehmung mit ihm persönlich gesprochen?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich habe mit dem Botschafter Heyken auch persönlich gesprochen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Hat bei Ihrem Gespräch eine Rolle gespielt - weil Sie sich ja so präzise daran erinnern -, dass er gesagt hat: „Die Frage wird auf Sie vielleicht zukommen“, dass er mit Ihnen das thematisiert hat, was er auf dieser Botschafterkonferenz gesagt hat?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich erinnere mich selbstverständlich - ich habe mich, auch bevor ich mit dem Botschafter Heyken darüber gesprochen habe, daran erinnert -, dass ich für ihn einen Text vorbereitet habe, weil er mich wenige Tage vor seiner Pensionierung darum gebeten hat. Dieser Text lag mir nicht vor und dieser Text war auch in den letzten Tagen in den Akten des Auswärtigen Amtes nicht zu finden.

In dem Gespräch, das der Botschafter mit mir geführt hat, hat er sozusagen in allgemeinen Worten davon gesprochen, dass Fragen aufgekommen sind, die er selber nicht in der gebotenen Weise beantworten konnte und bei denen er auf mich verwiesen habe, und er mir aus diesem Grund sagen wollte, dass auf das, was er gesagt habe, in der Vernehmung Bezug genommen werden

könnte, die Sie gerade mit mir als Zeugen durchführen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der Hintergrund ist ja, dass wir versuchen, herauszufinden - da diese Botschafterkonferenz ja unter teilweiser Anwesenheit des Außenministers stattgefunden hat -, ob der Außenminister über den Vortrag von Herrn Heyken Kenntnis bekommen hat, dass eben nicht nur die Personalsituation in der Botschaft ein Problem darstellt, sondern auch die Erlasslage. Es ist ja ganz offenbar so, dass in seinem Vortrag zumindest die Erlasslage angesprochen worden ist. Nun müsste recherchiert werden, a) ob der Außenminister bei seinem Vortrag dabei war und b), wenn das nicht der Fall ist, ob das in der Schlussberichterstattung von den einzelnen Tischen vorgetragen worden ist. Haben Sie darüber mit Herrn Botschafter Heyken nach seiner Vernehmung gesprochen? Hat er Ihnen gesagt, dass das hier Gegenstand der Befragung war?

Zeuge Dr. Schäfer: Darüber haben wir nicht gesprochen. Ich erinnere mich, dass der Botschafter Heyken mit mir nach der Botschafterkonferenz 2000, also dann vor einigen Jahren, gesprochen hat, im Wesentlichen um mir für die Vorbereitung zu danken. Ich habe daraus keine Erinnerung mehr, ob und in welcher Weise er das vorgetragen hat. In dem Gespräch, das ich jetzt mit ihm geführt habe, ist sozusagen die Frage, die Sie aufwerfen, insbesondere die Anwesenheit oder Reaktion des Ministers, nicht Gegenstand gewesen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Entschuldigen Sie, haben Sie jetzt das Anschreiben irgendwo in Ihrem Ordner? Können Sie es ausfindig machen und vorlegen oder ist es nicht verfügbar?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich habe es sicherlich nicht hier. Ich habe es, wenn es noch nicht gelöscht ist, wahrscheinlich in der Mail, also in Santiago.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Also, Sie können es uns noch zur Verfügung stellen?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich habe es nicht vorliegen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Sie können es aber zur Verfügung stellen?

Zeuge Dr. Schäfer: Ich müsste suchen und sehen, ob es noch nicht gelöscht ist. Das kann ich gern versuchen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wir suchten gerade im Protokoll, was Heyken zu dem Thema gesagt hat. Ich glaube, wir haben es gerade gefunden:

Ich habe an diesen Konferenzen teilgenommen. Ich habe mir sicher meine Notizen gemacht. Ich kann mich nicht erinnern, ob wir anschließend ein Protokoll oder eine Zusammenfassung bekommen haben. Ich halte das für wahrscheinlich, dass das der Fall gewesen ist.

Das sagt Heyken. - Dann wieder Heyken auf Vorhalt des Kollegen Sehling:

Ich möchte darauf hinweisen, dass diese Botschafterkonferenz vom September 2000 etwas Neues war, nämlich eine Konferenz aller Botschafter ...

Und so geht es dann immer weiter. Aber ob wir jetzt die Passage haben, um die es uns geht? - Da müssten wir, glaube ich, noch weiter lesen. Das geht noch längere Zeit so weiter. Das müssten wir in Ruhe lesen, um die Passage herauszufinden, die Sie brauchen. Sie können es auch selber lesen, Herr Kollege Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bitte?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie können es ja selbst lesen, wenn Sie wollen.

Gibt es noch weitere Fragen? - Dann bekommen wir noch die Kopie von diesen vier Seiten.

Gibt es in nicht öffentlicher Sitzung noch Fragen an den Zeugen? - Das ist nicht der Fall. Dann, Herr Dr. Schäfer, bedanke ich mich erst einmal dafür, dass Sie uns zur Verfügung standen, dass Sie uns so gute Auskünfte gegeben haben, ohne jede Erinnerungslücke. Sie werden von uns ein Protokoll bekommen, das Sie bitte durchschauen, um es dann zurückzuschicken, damit die Vernehmung abgeschlossen werden kann.

Ich bedanke mich für Ihren Aufenthalt hier.
Alles Gute und gute Heimreise.

(Beifall)

Zeuge Dr. Schäfer: Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann machen wir jetzt eine kurze Pause und kommen dann zum Zeugen Leber, der schon da ist und jederzeit hereingeholt werden kann.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: So, dann machen wir weiter.

Vernehmung des Zeugen Leber

Herr Leber, herzlich willkommen hier im Untersuchungsausschuss. Wir haben Ihre Aussagegenehmigung bekommen. Darin gibt es keine besonderen Feststellungen.

Wir machen hier eine Tonbandaufzeichnung. Sie dient dazu, das Protokoll zu erstellen, und wird dann wieder gelöscht.

Ich muss Sie - wie jeden Zeugen - belehren. Sie sind, Herr Leber, als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem darauf aufmerksam zu machen, dass Sie nach § 153 Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafe bestraft werden können, wenn Sie hier Falschaussagen machen. Sie können allerdings die Auskünfte auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder Ihren Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Sie in Ihren Antworten Aussagen machen, die den Schutz von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen berühren, dann bitte ich Sie, uns darauf aufmerksam zu machen; dann würden wir dies in nicht öffentlicher Sitzung abhandeln.

Ich darf Sie jetzt bitten, sich uns mit vollständigem Namen, Alter, Beruf und Wohnort kurz vorzustellen.

Zeuge Leber: Mein Name ist Claus Peter Leber. Ich bin 39 Jahre alt, Polizeivollzugsbeamter im Bundesgrenzschutz, Angehöriger der Grenzschutzdirektion und derzeit eingesetzt als grenzpolizeilicher Verbindungsbeamter an der Deutschen Botschaft in Kiew, Ukraine.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie sind jetzt immer noch an der Deutschen Botschaft?

Zeuge Leber: Ich bin immer noch dort.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Und zwar seit Mai 2001. Ist das richtig?

Zeuge Leber: Richtig. Abordnungsbeginn 1. Mai 2001, Dienstantritt dort am 3. Mai 2001.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Bis heute.

Zeuge Leber: Richtig.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Jetzt haben alle Zeugen die Möglichkeit - auch Sie, wenn Sie das wünschen -, im Zusammenhang darzustellen, was sie zum Prüfungsgegenstand zu sagen haben.

Zeuge Leber: Wünsche ich nicht, danke.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wünschen Sie nicht. Dann kommen wir gleich zu den Fragen.

Sie haben als Verbindungsbeamter des Bundesgrenzschutzes eine wichtige Funktion, weil Sie zugesagen den Sicherheitsorganen in Deutschland Mitteilung machen müssen, wo Probleme liegen können, wo organisierter Menschenhandel stattfindet, wie die Sicherheitsinteressen Deutschlands Berücksichtigung finden können. Wie haben Sie diese Aufgabe von Kiew aus wahrgenommen?

Zeuge Leber: Wenn ich zu dieser Frage vielleicht einige Vorbemerkungen machen darf. Grenzpolizeilicher Verbindungsbeamter ist eine präventive Aufgabenstellung von Polizeivollzugsbeamten des Bundesgrenzschutzes in ausgewählten Ländern. Wir haben dort keine repressiven Befugnisse - das möchte ich vorwegstellen -, also eine präventive Aufgabendarstellung. Wir sollen dort Informationen im Aufgabenbereich des Bundesgrenzschutzes - Grenzpolizei, Bahnpolizei, Luftsicherheit - zur Verhinderung der unerlaubten Einreise und Schleusungskriminalität sammeln, bewerten, analysieren. - Das vorweg.

Das heißt, ich war in Kiew seit Mai 2001 eingesetzt. Das war die Erstbesetzung dieses Dienstpostens. Insofern war ich in der ersten Zeit natürlich auch mit dem Aufbau und der Einarbeitung, mit der Kontaktknüpfung, Kontaktpflege dort beschäftigt, was im Prinzip bedeutete, dass ich neben meinem Büro, das ich in der Botschaft hatte, auch Kontakt zu den dortigen Sicherheitsbehörden, vorrangig dem ukrainischen Grenz-

schutz, gesucht habe; denn im Prinzip war meine Hauptaufgabenstellung - möchte ich mal sagen -, zu den ukrainischen Behörden Kontakte zu knüpfen. Das heißt, Informationen, die ich in den beschriebenen Aufgabenfeldern, die ich eben nannte, im Laufe der Zeit bekommen habe, habe ich dann zu Grundsatzberichten zusammengefasst - wir berichten quartalsweise an die Grenzschutzdirektion - oder wenn ich anlassbezogen Informationen erhalten habe, habe ich dann auch anlassbezogene Berichte an die Grenzschutzdirektion berichtet.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Nun haben Sie in Ihren Quartalsberichten sicher Feststellungen über die Vorkommnisse im Zusammenhang mit den Visaerteilungen getroffen und haben sicher auch Kontakt zu den Kollegen aus den Visastellen gehabt. Wir haben durch eine Fülle von Zeugenvernehmungen genügend Eindrücke von der Situation, dass man sich also durchaus bewusst gewesen ist, dass in großer Zahl Missbrauch getrieben worden ist, rechtsmissbräuchlich Visa ausgestellt wurden. Wie sind Sie mit dem Umstand umgegangen? Wem haben Sie das gemeldet? Nur in den Quartalsberichten? Wie ging es bei Ihren vorgesetzten Dienststellen weiter?

Zeuge Leber: Man muss unterscheiden: In der Regel war es eigentlich der umgekehrte Weg. Das heißt, es kamen Anfragen, Ermittlungserkenntnisse, Informationen aus Deutschland, die an die Botschaft, an die Visastelle oder auch an mich gerichtet wurden, mit der Bitte: Wir haben ukrainische Staatsangehörige festgestellt und bitten jetzt um Überprüfung der vorliegenden Visaunterlagen. - Das war in den häufigsten Fällen der Stein des Anstoßes, dass man dann im Prinzip erst festgestellt hat: „Hoppla, hier wurden Visa mit falschen Angaben beantragt, die nach den Erkenntnissen, die wir in Deutschland haben, so nicht stimmen“, so dass ich mehr oder weniger auf solche Anfragen aus Deutschland reagiert habe.

Im Umkehrschluss war es natürlich so: Wenn innerhalb der Visastelle oder in den Arbeitsweisen der Visastelle grundlegende Veränderungen eingetreten sind, sehe ich es natürlich auch als meine Aufgabe, die deutschen Behörden, sprich den Grenzschutz, darüber zu informieren, damit die Kollegen wiederum wissen, unter welchen Umständen überhaupt ein Ukrainer Visa beantragen

kann, damit er in seinen Ermittlungen darauf auch Rücksicht nehmen kann oder das in seine Ermittlungen einfließen lassen kann, sodass ich dann in diesen Fällen auch von mir aus initiativ an die Grenzschutzdirektion berichtet habe.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wie war dabei die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes in der Botschaft, in der Visastelle? Haben Sie von denen die Informationen bekommen, die Sie haben wollten?

Zeuge Leber: Ich sage Ja, wobei es naturgemäß, wenn ein Posten in der Botschaft neu errichtet wird, wie es bei mir jetzt der Fall war - es gab bis Mai 2001 keinen grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten in der Botschaft -, ein bisschen schwierig ist, die Aufgabe einzuordnen: Wer macht was und wie läuft das? - Das heißt, das muss sich natürlich erst ein bisschen einschleifen.

Ich muss allerdings sagen, dass innerhalb der Jahre, die ich mittlerweile dort bin, die Zusammenarbeit immer besser wurde und Anfragen, Wünsche mit Auskunftersuchen, die ich persönlich an die Visastelle gerichtet habe, mir auch beantwortet wurden.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut. - Was gibt es an Meldungen genereller Art über Missbräuche, die Sie nach Deutschland an Ihre vorgesetzten Dienststellen gemeldet haben? Wie ging das?

Zeuge Leber: Können Sie die Frage etwas konkretisieren?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Welche Meldungen haben Sie erstattet? Haben Sie zusammenhängende Meldungen über missbräuchliche Visaerteilungen erstattet und an wen?

Zeuge Leber: Wie ich eingangs sagte: Ich habe in meinen Quartalsberichten immer einen kurzen Abriss über die Situation an der Botschaft gegeben. In den meisten Fällen waren da auch die aktuellen Visazahlen - wie viele Anträge, wie viele abgelehnt, im Vergleich auch mit den anderen Schengen-Vertretungen - enthalten. Wenn an der Botschaft neue Prüfverfahren eingeführt worden sind, neue Reisebüros dort festgestellt worden sind, die vielleicht noch negativ aufgefallen

sind, habe ich anlassbezogene Berichte an die Grenzschutzdirektion geschickt. Es gab auch Fälle, dass Mitarbeiter der Visastelle sich direkt an mich gewandt haben und gesagt haben: Wir haben hier ein Unternehmen in Deutschland, das mit einem ukrainischen Reiseunternehmen kooperiert. Können Sie da eine Überprüfung veranlassen? - Dann habe ich auch diese Informationen zusammengefasst, an die Grenzschutzdirektion weitergeleitet mit der Bitte, mir dieses Überprüfungsergebnis zurückzuübersenden, damit auch die Visastelle ein Ergebnis bekommt, um im Rahmen der Visaprüfung weiterarbeiten zu können.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ist Ihnen bekannt geworden, ob in Deutschland beim BGS, beim Innenministerium mit Ihren Informationen Weiteres veranlasst worden ist, oder hatten Sie da überhaupt kein Feedback über Ihre Meldungen?

Zeuge Leber: Es ist natürlich so: Man bekommt schon gewisse Rückmeldungen, sei es aus der Grenzschutzdirektion, sei es von benachbarten Kollegen - mit „benachbarten Kollegen“ meine ich jetzt: in den Nachbarländern -, sodass man da eine gewisse Rückkopplung erfährt: Wie ist die Migrationsströmung oder wie bewegen sich Geschleuste oder Schleusergruppen? - Diese Rückmeldungen hat es schon gegeben.

Die regelmäßig zu erstellenden Quartalsberichte werden in der Grenzschutzdirektion zusammengefasst und an das Bundesinnenministerium weitergegeben, meines Wissens auch an die Grenzschutzpräsidien. Wer aber weiter diesen Verteiler erhält, müssten Sie Vertreter der Grenzschutzdirektion fragen. Es kann sein, dass sie im Einzelfall auch an spezielle Dienststellen geschickt wurden, die ein Ermittlungsverfahren betreiben. Da hatte ich keinen Einfluss von Kiew aus.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich frage deswegen, weil wir eine sehr umfangreiche Ausarbeitung des Bundeskriminalamtes kennen, die Sie vielleicht auch kennen, den so genannten Wostok-Bericht. Bei Dienststellen, die das jetzt umsetzen müssten, die weitere Vollzugsmaßnahmen, Ermittlungsmaßnahmen tätigen müssten, ist so haben die Fragen erbracht - von dem Wostok-Bericht weitgehend nichts bekannt.

Das heißt, es gibt viele Erkenntnisse beim Bundeskriminalamt - ich nehme an, beim Bundesgrenzschutz auch -, aber es fehlt am Vollzug, an Ermittlungstätigkeiten im Zusammenhang mit diesen Erkenntnissen.

Zeuge Leber: Der Wostok-Bericht war mir bekannt, jetzt nicht in Einzelheiten, aber zumindest von der Idee, dass es dieses Auswerteprojekt beim Bundeskriminalamt gibt. Wir haben ja auch einen Kollegen des Bundeskriminalamts in Kiew gehabt. Auch da gab es einen Informationsaustausch. Gerade die Personen, Einlager, Firmen, die in diesem Wostok-Bericht genannt sind, waren mir stellenweise schon bekannt. Das heißt, wenn ich gefragt wurde: „Haben wir da jemanden?“, habe ich auch in dieser Liste mal nachgeschaut und konnte die Rückmeldung geben: Ist schon mal in Erscheinung getreten oder nicht. - Also, diese Rückmeldung ist schon erfolgt.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Aber Sie wissen nicht, was mit den Firmen passiert ist, die in Deutschland ihren Sitz haben, ob dort die lokalen, örtlich zuständigen Polizeibehörden oder die Staatsanwaltschaft oder wer auch immer ermittelt haben?

Zeuge Leber: Pauschal, muss ich sagen, entzieht sich das meiner Kenntnis. Ich weiß natürlich auch von Einzelfällen, die ich angestoßen habe - möchte ich mal sagen -, aus denen dann letzten Endes in Deutschland ein Ermittlungsverfahren resultierte, was dann auch zum Abschluss gekommen ist. Das gibt es also schon. Aber generell kann ich mir über die Ermittlungssituation deutscher Polizeibehörden von Kiew aus natürlich nur schwer ein Urteil erlauben.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Es ist ja nahe liegend, wenn es einen Wostok-Bericht gibt, der sich vor allem, schwerpunktmäßig, in seinem Anhang mit diesen 350 oder noch mehr Firmen mit der organisierten Schleuserkriminalität aus Kiew, aus der Ukraine befasst - schwerpunktmäßig -, dass man dann auch schwerpunktmäßig das wieder zusammenfasst, was man an Ermittlungserkenntnissen zu den dort genannten 350 Firmen weiß, dass man es nicht dem Zufall überlässt, dass man zufällig über die Firma Nr. 112 oder 71 etwas erfährt. Aber so was ist Ihnen nie zur Kenntnis gebracht worden, ein zusammenhängender Ermittlungs-

bericht über die Firmen, die man vorher im Wostok-Bericht zusammengestellt hat?

Zeuge Leber: Wenn ich Ihre Frage jetzt richtig verstanden habe, ob ich eine Rückmeldung bekommen habe über Ermittlungsergebnisse aus dem - -

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wie kam der Wostok-Bericht zu Ihnen? Wie haben Sie erfahren, dass es den gibt?

Zeuge Leber: Wenn ich mich recht entsinne, war das eine Information aus der Grenzschutzdirektion, dass es dieses Auswerteprojekt beim Bundesgrenzschutz gibt.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Beim BKA gibt.

Zeuge Leber: Beim Bundeskriminalamt gibt, Entschuldigung. Da aber der Berichtverfasser auch einige Dienstreisen nach Kiew gemacht hatte, hatte ich ihn bei dieser Gelegenheit auch persönlich in Kiew kennen gelernt und auf diesem Wege eine Kopie zumindest der in der Anlage genannten Firmen erhalten, sodass ich da auf dem kurzen Wege Überprüfungen durchführen konnte.

Natürlich habe ich sämtliche Anfragen an die Grenzschutzdirektion zur Beantwortung gerichtet. Das heißt, wenn eine Verknüpfung von Daten und Überprüfungen erfolgt, dann wird das aus der Grenzschutzdirektion erfolgen. Ich habe ja in Kiew keinen direkten Zugriff auf irgendwelche Datenbestände.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Eben.

Zeuge Leber: Das heißt, ich kann nur als Mittler auftreten.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich meine, Sie konnten ja mit dieser Datenmenge aus dem Wostok-Bericht zunächst mal nicht viel anfangen, weil es Verdachtsmomente sind, Querverbindungen sind über Firmen, die in Deutschland ihren Sitz haben, und Sie in Kiew saßen. Sie konnten ja nicht ermitteln. Sie konnten nur zu Visaanträgen, die in Kiew gerade laufen, Verbindungen herstellen, wenn Ihnen da was über den Schreibtisch gekommen ist.

Zeuge Leber: Richtig. Im Prinzip einfach ein Wissenstransfer - um es vielleicht so zu

formulieren -, das heißt, auf Anfrage der Visastelle mitteilen: Wir haben Erkenntnisse zu dieser Firma. - Aber mehr kann ich dazu auch nicht sagen. Das heißt, dann müsste gegebenenfalls die Grenzschutzdirektion, das Bundeskriminalamt angefragt werden bzw. müssten dort dann auch die Erkenntnisse abgefragt werden.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Gut. - Jetzt nehmen wir mal wieder ein Beispiel. Sie haben irgendein Reisebüro aus Deutschland, das auf dieser Verdachtsliste steht. Jetzt kommt ein Visumantrag zu dieser verdächtigen Firma. Dann sagen Sie: Vorsicht, die Firma haben wir schon aus dem Wostok-Bericht auf der Liste. - Wie geht es jetzt weiter?

Zeuge Leber: In der Regel war es so, wie Sie es schildern. Die Visastelle sagt: Wir haben hier einen Einlader oder wir haben einen Antragsteller. Können Sie uns sagen, ob es polizeiliche Erkenntnisse über die einladende Firma gibt?

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Dann sagen Sie: Ja, im Wostok-Bericht steht die Firma schon mal drin.

Zeuge Leber: Dann sage ich: Wir haben Erkenntnisse, dass gegen diese Person bei der Dienststelle XY vielleicht ermittelt wird wegen Verdacht der Einschleusung, wegen Verdacht der Visaerschleichung. - In der Regel reichte diese Information der Visastelle auch aus. Oder ich habe unter Umständen einen Ansprechpartner benannt, dass man gegebenenfalls auch gezielt nachfragt, um sich über den aktuellen Sachstand zu erkundigen. Das heißt, der Entscheider der Visastelle konnte sich dann mit dem Sachbearbeiter direkt in Verbindung setzen, um dann zu klären: Wie weit sind die Ergebnisse, die Erkenntnisse? Können wir Visa ablehnen? Können wir erteilen? - Wie auch immer. Darauf hatte ich dann keinen Einfluss mehr. Das heißt, ich berate letzten Endes die Visastelle, kann aber nicht sagen: erteilen ja oder nein. - Das ist nicht meine Aufgabe.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Aber was soll der arme Mensch in der Visastelle machen? Der hat ja auch nur die Verdachtsmomente, auf die Sie ihn hingewiesen haben: Die Firma gibt es in dieser listenmäßi-

gen Zusammenfassung. - Aber wegen Verdachtsmomenten kann ich doch kein Visum ablehnen. Ich habe nur einen Verdacht. Nachdem im Volmer-Erlass „in dubio pro libertate“ drinsteht, müssten Sie eigentlich die Visa auch an die Antragsteller erteilen, die mit diesen Firmen zusammen auftreten. Es sind ja nur Verdachtsmomente. Sie haben keinen Rückfluss über weitergehende Ermittlungstätigkeiten zu diesen verdächtigen Firmen.

Zeuge Leber: Letzten Endes kommt es auf das Engagement des jeweiligen Entscheiders an.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Was will er in Kiew denn tun? Der weiß doch gar nichts.

Zeuge Leber: Wenn er weiß, es wird ermittelt, steht es ihm frei, sich mit der ermittelnden Dienststelle in Verbindung zu setzen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: In Deutschland?

Zeuge Leber: In Deutschland.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wenn die auch nichts wissen, weil ihnen der Wostok-Bericht gar nicht zugesandt worden ist? Also, nehmen wir ein Reisebüro in München. Die zuständige Polizeidienststelle hat keinerlei Erkenntnisse von dem Reisebüro und keinerlei Erkenntnisse über den Wostok-Bericht. Die vorgesetzte Dienststelle, Landeskriminalamt, weiß auch nichts von dem Bericht. Da kann der lange telefonieren.

Zeuge Leber: Nun, es ist so: Wenn Ermittlungsverfahren eingeleitet werden, gibt es beim Landeskriminalamt, bei den Landespolizeien in dem entsprechenden Computersystem oder Vorgangsverwaltungssystem, die von Land zu Land auch unterschiedlich heißen, durchaus eine Vorgangsverwaltung, in der ich recherchieren kann. Das heißt, bei einer Abfrage, sofern die Daten erfasst sind, müsste ich auch eine Treffermeldung erhalten, um dann auch eine Rückkopplung geben zu können.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Wissen Sie, ob die 350 Firmen aus dem Wostok-Bericht im System erfasst waren?

Zeuge Leber: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Das würden wir gern den Innenminister fragen - der fehlt aber - oder den Leiter des BKA oder den Leiter des Bundesgrenzschutzes oder wen auch immer, der dazu sachkundig Auskunft geben kann.

Gut. Ich höre hier auf, weil ich nicht weiterkomme, nicht weiterkommen kann. - Bitte schön, Herr Hartmann.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Herr Leber, Sie sind seit dem 03.05.2001 Verbindungsbeamter des BGS, haben wir erfahren. Haben Sie eine ähnliche, vergleichbare Funktion zuvor schon mal ausgeübt?

Zeuge Leber: Nein, das ist meine Erstverwendung als Verbindungsbeamter im Ausland.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Was haben Sie zuvor gemacht?

Zeuge Leber: Ich war zuvor, seit 1992, am Flughafen Frankfurt/Main, Grenzschutzamt Flughafen Frankfurt/Main, und dort in verschiedenen Funktionen tätig.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Auch Funktionen, die im Bereich der Visaerschleichung, -fälschung angesiedelt sind?

Zeuge Leber: Auch, ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Sprechen Sie die Sprache?

Zeuge Leber: Welche Sprache meinen Sie?

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Die Sprache der Ukrainer.

Zeuge Leber: Ukrainisch?

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ja.

Zeuge Leber: Ukrainisch spreche ich nicht. Ich hatte einen Sprachkurs Russisch.

Das heißt, Grundvokabular ist vorhanden; ich sage es mal vorsichtig so.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Okay. - Warum wurden Sie als Verbindungsbeamter nach Kiew geschickt? Warum hat man diese Stelle überhaupt eingerichtet?

Zeuge Leber: Es wird eine Analyse durchgeführt, welche Länder migrationspolitisch für uns interessant sind, das heißt: „Wo kommen Migrationsströme her?“, um dort bereits durch die Entsendung von Verbindungsbeamten Erkenntnisse zu gewinnen, was sich auf Deutschland zubewegt. Im Rahmen der Vorverlagerungsstrategie - wollen wir es vielleicht mal nennen - wurde dann durch grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte eine Art Gürtel um zunächst die Schengen-Staaten, dann die EU-Staaten gebildet, was, wie gesagt, eben auf einer Analyse bei der Grenzschutzdirektion beruht. Da war natürlich die Ukraine eines der Länder, die ganz oben auf der Liste standen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt, auch die Auslandsvertretungen der anderen Staaten Mittel- und Osteuropas verfügen über ähnliche Dienststellen oder identische Dienststellen?

Zeuge Leber: Über Verbindungsbeamte.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Verbindungsbeamte, Entschuldigung.

Zeuge Leber: Richtig, ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Wie war das, als Sie im Mai 2001 da in Kiew ankamen? Sie haben eben bei der Befragung durch den Vorsitzenden schon von Anfangsschwierigkeiten gesprochen. Haben Sie sich willkommen gefühlt? Gab es Schwierigkeiten, auch ganz konkret mit Kolleginnen und Kollegen, oder war das einfach, wie sonst auch üblich, der Einarbeitungsphase und der Tatsache geschuldet, dass Sie eben neu und erstmals als Verbindungsbeamter dort waren?

Zeuge Leber: Ich würde mal sagen: Es kamen im Prinzip mehrere Umstände dazu. Das heißt, es war für mich persönlich die erste Entsendung in ein Land. Es war der

erste Posten, der in der Ukraine eröffnet wurde, sodass man da natürlich auch mit gewissen infrastrukturellen Problemen zu kämpfen hat. Dann kam vielleicht noch die Besonderheit des Dienstortes Kiew hinzu. Aber ich würde jetzt nicht sagen, dass ich dort nicht willkommen war. Diesen Eindruck hatte ich zumindest nicht.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ich frage das deshalb, weil es im Sommer 2003 - da waren Sie dann schon eine Weile dort - eine ausführlichere Korrespondenz und einen Mailvermerk des Botschafters gab, was Ihr Agieren dort anbelangte. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Leber: Könnten Sie das vielleicht ein bisschen konkretisieren?

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ja. Ich meine einen Mailvermerk des Botschafters Stüdemann zur Tätigkeit des Grenzschutzverbindungsbeamten Leber in Kiew. Dieser Vermerk ist datiert auf den 11. Juli 2003. Da wird darauf hingewiesen, dass Sie aufgrund Ihres Agierens auch ein Gespräch mit dem vorhin gehörten Dr. Schäfer geführt haben, um festzustellen, dass Sie tatsächlich auch das tun, was Ihren Dienstobliegenheiten entspricht; ich sage es ganz vorsichtig. Erinnern Sie das?

Zeuge Leber: Es gab mal - so sage ich mal - vielleicht eine kleine Meinungsverschiedenheit. Aber ich weiß jetzt nicht, ob das dieser Vorgang ist. Deswegen bin ich da jetzt ein bisschen überfragt.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Immerhin - ich denke, daran kann man sich erinnern - haben Sie auf zwei Seiten in vier ausführlichen Punkten darauf geantwortet.

Zeuge Leber: Dann weiß ich, was Sie meinen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Können Sie dazu aus Ihrer Erinnerung noch etwas sagen? Wie kam es dazu? Wurde das bereinigt? Ist es danach besser gelaufen?

Zeuge Leber: Ich nenne das einfach mal Irritation; es war tatsächlich so. Ich glaube,

Anstoß war eine Anfrage aus Deutschland, wenn ich mich entsinne, zu vier oder fünf Reisebüros. Da hat sich mir einfach die Frage gestellt: „Was hat es mit diesen Reisebüros auf sich?“, sodass ich einfach mal im Stadtplan geschaut habe, wo diese Reisebüros sind, und mich dann mal ins Auto gesetzt habe und die Strecke abgefahren bin. Ich habe dann im Prinzip festgestellt: Unter diesen angegebenen Adressen gibt es keine Reisebüros. - Ich glaube, das war einer der Teilkomplexe, um die es da ging. Da bestand wohl die Auffassung, dass eine solche Überprüfung nicht in meinen Aufgabenbereich fallen würde, was ich in diesem Fall jetzt anders sehe, weil ich in diesem Fall keinerlei hoheitliche Befugnisse wahrnehme, sondern einfach mal gucke, durch die Stadt fahre und die Augen aufmache.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Danach war das bereinigt und Sie konnten wie zuvor weiterarbeiten?

Zeuge Leber: Ja.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt, es gab auch keine Klagen Ihnen gegenüber, dass Sie beispielsweise die korrekten Meldewege nicht eingehalten hätten?

Zeuge Leber: Jetzt muss ich eine Gegenfrage stellen - Sie hatten, glaube ich, jetzt eine doppelte Verneinung -, dass ich richtig antworte. Würden Sie die Frage noch mal - -

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Also: Gab es einen Vorwurf an Sie, dass Sie die korrekten Meldewege nicht einhalten würden, nicht über die Zentrale verfahren beispielsweise, sondern stattdessen dort, wo das nicht sein soll, mit Dienststellen des BGS kooperieren?

Zeuge Leber: Es gab keinen Vorwurf in diesem Sinne. Es gab nur irgendwann noch mal einen allgemeinen Hinweis in einem Gespräch, was aber weniger mich, sondern vielmehr die Dienststellen in Deutschland betrifft, dass Anfragen, Visaanfragen und solche Dinge über das Auswärtige Amt an die Botschaft Kiew zu richten seien und nicht über meine Person oder generell über die Person der Verbindungsbeamten. Das kam noch einmal zur Sprache, richtig.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Welche Konsequenzen hatte das?

Zeuge Leber: Für mich persönlich jetzt keine. Es war im Prinzip eine innerdeutsche Umsetzung dahin gehend, dass deutsche Dienststellen - ich sage es jetzt mal flapsig - den Dienstweg einhalten sollten und nicht unmittelbar mich kontaktieren, sondern eben über die Grenzschutzdirektion das Auswärtige Amt. So ist es eigentlich auch vorgesehen, muss ich sagen.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Okay. - Ich darf auf ein einzelnes Schriftstück zur Frage der Visaerteilung und da konkret zur Ausstellung des Travel Voucher zu sprechen kommen. Das Stichwort sagt Ihnen was aus Ihrer Erinnerung. Es geht um die Itres GmbH. Sie haben in diesem Schreiben, das an die Grenzschutzdirektion gerichtet war, darauf hingewiesen - ich zitiere jetzt -:

Nach einer (internen) Mitteilung des BKA handelt es sich bei dem Geschäftsinhaber um eine äußerst fragwürdige Person.

Ich glaube, dem Urteil kann man sich ohne weiteres anschließen. Haben Sie diesen Hinweis nur gegenüber der Grenzschutzdirektion geäußert oder auch in der Botschaft in Kiew weitergegeben?

Zeuge Leber: Diese Information ist über das Bundeskriminalamt und den in Kiew ansässigen Verbindungsbeamten in die Visastelle gesteuert worden. Das heißt, diese Information lag dort vor. Ich habe das im Prinzip nur noch mal als Rückmeldung an die Grenzschutzdirektion geschickt.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Okay. - Der Reiseschutzpass und das Carnet de Touriste wurden ab dem - wenn ich es richtig weiß - 21.03.2002 nicht mehr zugelassen. Erinnern Sie, warum?

Zeuge Leber: Meinen Sie jetzt die grundsätzliche Nichtmehrzulassung -

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ja.

Zeuge Leber: - oder die zeitweise Aussetzung? Denn es gab zwei verschiedene - -

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Nein, die grundsätzliche Nichtmehr-
zulassung.

Zeuge Leber: Würden Sie noch mal den
Zeitraum - -

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): 21.03.2002. Aber es kann sein, dass
ich das falsch erinnere.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
2003!)

- 2003.

Zeuge Leber: 2003. Gut. Dann glaube
ich, das auf ein eingeleitetes Ermittlungsver-
fahren durch eine Grenzschutzdienststelle
gegen den Inhaber der Reise-Schutz AG
zurückführen zu können.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Erinnern Sie sich daran, welche Fol-
gen, welche Konsequenzen die Nichtmehr-
anerkennung hatte? Hat das zu einer Redu-
zierung des Drucks dort geführt? Hat die
Zahl der Antragsteller erkennbar rapide ab-
genommen?

Zeuge Leber: Das kann ich aus dem Ge-
dächtnis nicht mehr genau sagen. Aber er-
fahrungsgemäß ist es so, dass - jetzt pau-
schal gesprochen - Schleuserorganisationen,
sofern ein Weg verbaut wird, sich andere
Wege suchen. Aber wie es in diesem spe-
ziellen Fall ab März 2003 war, kann ich jetzt
nicht mehr sagen.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Das wäre meine nächste Frage ge-
wesen. Sie weisen auch in einem der uns
vorliegenden Dokumente darauf hin - ich
zitire es jetzt im Ungefähren und aus der
Erinnerung -, dass es in der Tat so ist, dass,
nachdem Carnets de Touriste und Reise-
schutzpässe nicht mehr zugelassen wurden,
wohl mit einer Verbesserung der Situation zu
rechnen sei, aber insgesamt die Befürchtung
Ihrerseits besteht, dass die dort agierenden
banden-, maffiaähnlichen Organisations-
strukturen schon einen weiteren und anderen
Weg finden werden.

Zeuge Leber: Wenn ich das so geschrie-
ben habe, wird es so sein.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Das wäre auch typisch für das Ver-
haltensmuster.

Zeuge Leber: Richtig. Das kann man im
Prinzip, sage ich mal, quer durch die Krimi-
nalgeschichte nachvollziehen: Sofern sich
gesetzliche Bestimmungen ändern, polizeili-
che Maßnahmen ändern, reagiert auch die
Gegenseite immer wieder. Insofern muss
man das unterstellen, ja.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Herr Leber, wir diskutieren in diesem
Ausschuss viel über die Erlasslage des Aus-
wärtigen Amtes. Waren Sie nach Ihrem Ein-
treffen in Kiew oder in der Vorbereitung auf
den Wechsel nach Kiew intensiv damit be-
fasst, die einzelnen Rund- und Teilerlasse
des Auswärtigen Amtes selbst zu studieren
und zur Kenntnis zu nehmen?

Zeuge Leber: Grundsätzlich ist es so,
dass die Erlasslage des Auswärtigen Amtes
die grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten
primär erst mal gar nicht betrifft. Mir war in
der Vorbereitungsphase aber sehr wohl be-
wusst, dass es den Runderlass aus dem
März -

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): März 2000.

Zeuge Leber: - März 2000 gab, der mir
auch, sage ich mal, inhaltlich bekannt war.
Ich glaube, den Wortlaut hatte ich mal ir-
gendwo gelesen. Aber ich hatte keine Kopie
davon. Das war es im Prinzip auch gewesen.
Das heißt, ich bin dann nach Kiew gefahren
und habe im Laufe der Zeit selbst einen Ein-
druck vor Ort gewonnen.

Michael Hartmann (Wackernheim)
(SPD): Die späteren Erlasse, die Erlasse, die
den benannten von März 2000 veränderten,
haben Sie die auf Ihrem Schreibtisch gehabt
oder bei Kollegen gesehen?

Zeuge Leber: Auch das war unterschied-
lich. Das heißt, in der ersten Zeit hatte ich
mein Büro in der Visastelle. Allerdings waren
wir nicht an das Intranet angeschlossen,
sodass ich Schriftverkehr im Prinzip nur dann
zur Kenntnis bekommen habe, wenn ich ihn
explizit bekommen habe oder auf dem Ver-
teiler draufstand. Gleichwohl gab es ein- oder

zweimal die Woche eine Besprechung innerhalb der Visastelle, an der ich teilgenommen habe bzw. auch die regulären Frühstunden innerhalb der Botschaft, sodass ich, wenn in diesem Plenum Erlasse angesprochen wurden, darüber auch Kenntnis erhalten habe.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Das heißt also - verstehen Sie es bitte nicht falsch -, das war dann eher Hörensagen als eigenes Studium, als eigene Meinungsbildung oder Wahrnehmung der Praxis in der Auslandsvertretung?

Zeuge Leber: Das war ziemlich unterschiedlich. Das heißt, manchmal habe ich den Erlass in Kopie bekommen als Mehrerausfertigung oder habe gefragt: „Kann ich mir davon eine Kopie machen?“, manchmal auch nur vom Hörensagen geschildert bekommen. Es gab auch bestimmt irgendwelche Weisungen, die mir überhaupt nicht zur Kenntnis gekommen sind. Das möchte ich auch nicht ausschließen.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Hartmann, die Zeit ist um.

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD): Ich bitte um Entschuldigung. Dann vorerst vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Dann Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Leber, ich habe zunächst ein paar ganz allgemeine Fragen zur Struktur und personellen Zusammensetzung. Wer war denn in Ihrer Zeit der BKA-Verbindungsbeamte oder hat der in der Zeit, seit Sie dort sind, mal gewechselt?

Zeuge Leber: Es waren zwei Verbindungsbeamte des Bundeskriminalamtes da. Zuerst war das ein Kollege Kalisch. Der ist dann, glaube ich, im Sommer 2002 in Ruhestand gegangen. Die Nachfolge hat der Herr Neurohr übernommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der Herr Kalisch war schon da, als Sie kamen?

Zeuge Leber: Richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Waren Sie von der räumlichen Unterbringung her beide nebeneinander in der Botschaft untergebracht oder waren Sie in der Visastelle und er in der Botschaft?

Zeuge Leber: Nein, wir beide, also sowohl Bundeskriminalamt als auch ich, hatten unsere Büroräume in der Visastelle auf demselben Gang.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie war so der Kontakt und Austausch zu Herrn Kalisch in der ersten Phase und später dann zum Nachfolger?

Zeuge Leber: Ich sage mal so: Probleme hatten wir keine. Es hat jeder seine Arbeit gemacht. Aber auch hier ist derselbe Fall eingetreten, den ich schilderte, dass einfach durch die Zeit auch der Kontakt wesentlich besser wurde. Das heißt natürlich, wenn irgendwas war, haben wir uns logischerweise darüber informiert, verständigt oder ausgetauscht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der Herr Kalisch ging dann in Pension und hat jetzt auch keinen Kontakt mehr gehabt irgendwie zurück oder - -

Zeuge Leber: Meines Wissens nicht, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Diesen Quartalsbericht, den Sie an die Grenzschutzdirektion gesandt haben, wer hat den noch bekommen, sei es direkt von Ihnen oder dann mittelbar vielleicht über die Grenzschutzdirektion? Haben Sie zum Beispiel auch den Botschafter - - Hat der immer nachrichtlich das bekommen, was Sie dahin geschickt haben, und das Auswärtige Amt auch?

Zeuge Leber: Das Auswärtige Amt - - Nein, ich muss anders anfangen. Ich habe nicht an das Auswärtige Amt berichtet. Das heißt, ich berichte an die Grenzschutzdirektion. Grundsätzliche Berichte, wie es in der Ressortvereinbarung heißt, gehen zuvor dem Botschafter zur Kenntnis; der normale, sage ich mal, täglich anfallende Schriftverkehr natürlich nicht. Wenn natürlich irgendwelche besonderen Dinge waren, dann habe ich innerhalb der Frühstunde darüber informiert

oder habe irgendwelche Schreiben in Umlauf gegeben an die, die es betroffen hat. Das ist natürlich erfolgt.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ist es mal vorgekommen, dass der Botschafter - hat der überhaupt die Möglichkeit? - zu so einem Bericht, den Sie ihm zur Kenntnis geben - vor Abgang zur Kenntnis, nehme ich an -, noch gesagt hat: „Ich bin damit nicht einverstanden. Ich sehe das anders. Das müssen wir noch mal überarbeiten.“ Oder blieb das immer unverändert, was Sie vorgelegt haben?

Zeuge Leber: Nein, im Prinzip ist das vorgesehen. Das heißt, er soll ihn zur Kenntnis nehmen. Mir ist kein Fall bekannt, dass es mal Unstimmigkeiten oder Streitigkeiten über irgendwelche Formulierungen gegeben hat.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Oder im Nachhinein, dass er sagt: Ich bin da anderer Auffassung als Sie, was Sie damit - -

Zeuge Leber: Nein. Ich glaube, es gab mal einen oder zwei Fälle, wo er noch mal rückgekoppelt hatte, wo dann irgendwelche Passagen auch vielleicht ein bisschen anders formuliert wurden oder was. Das heißt, die Kommunikation hat schon stattgefunden.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Die Frage zur Arbeitsweise klang vorhin schon mal an. Sie hatten eingangs gesagt, Ihre Aufgabenbereiche sind von zwei Zielrichtungen bestimmt: Sie reagieren auf Anfragen und stellen quasi den Kontakt zwischen Anfrager und Botschafter oder umgekehrt her, wenn es darum geht, Informationen zu transportieren, und Sie wiederum geben Informationen an die Grenzschutzkollegen, wenn sich die Arbeitsweise in der Botschaft verändert. Die Arbeitsweise verändert sich natürlich vor allen Dingen durch neue Erlasse. Jetzt versuchen Sie sich noch mal daran zu erinnern: Wurden Sie über diese Erlasse - ich denke da an den Erlass vom März 2000, der ja schon vor Ihrer Zeit war, aber auch die von 2001, 2002, Einführung der Reiseschutzpässe, weltweiter Vertrieb der Reiseschutzpässe - informiert, indem Sie sie auch bekommen haben? Das wäre ja Teil Ihrer Aufgabe; das heißt, man müsste Sie

informieren, damit Sie Ihre Aufgabe überhaupt ausfüllen können.

Zeuge Leber: Das ist nur bedingt richtig, wenn ich das so beantworten darf; denn ich habe auch noch andere Aufgabenbereiche in der Ukraine abzudecken als die Botschaft. Das heißt, in dem Fall bin ich in der glücklichen Lage, dass ich mein Büro dort habe und sehe, was passiert. Wenn ich mein Büro nicht in der Botschaft hätte, hätte ich überhaupt keinen visuellen Eindruck. - Das vielleicht vorweg.

Selbstverständlich war der Runderlass vom März 2000 vor meiner Zeit. Dazu kann ich gar nichts sagen. Bei den anderen - ich habe es vorhin schon Herrn Hartmann gegenüber geäußert - war es tatsächlich unterschiedlich. Manche habe ich eben nur auf Zuruf erhalten oder gehört. Es gab - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Entschuldigung. Es geht mir nur um zwei konkrete, nämlich einmal die Einführung des Reiseschutzpasses als solchen - das war ein einmaliger Vorgang, der mit einem Erlass passierte - und dann ein starkes halbes Jahr später die Ausdehnung auf den weltweiten Vertrieb, Reiseschutzpass und Carnet, was ja - so schreiben Sie dann auch mal - wohl zu einem ungeheuer starken Anstieg von Visaantragstellern mit Reiseschutzpass geführt hat. Haben Sie diese beiden Erlasse dann auch mal ganz offiziell bekommen, was ich für nur recht und billig halten würde, wenn man Sie überhaupt in die Lage versetzen möchte, dass Sie Ihre Arbeit ordentlich tun können?

Zeuge Leber: Ich schaue gerade mal in meine Unterlagen. - Wenn ich es jetzt richtig sehe, habe ich dazu nicht explizit berichtet, was jetzt nicht heißen will, dass ich den Erlass nicht doch bekommen habe und einfach nur auf das Fax gelegt habe; das möchte ich sagen. Ich kann mich noch gut an die Einführung des Reiseschutzpasses erinnern. Als die im Prinzip erstmals in der Botschaft aufgetaucht sind und ich die gesehen habe, habe ich in der Grenzschutzdirektion telefonisch angefragt: Ist das bekannt? Kennt ihr die? - Da habe ich die Auskunft bekommen: „Ja, es gibt dazu auch einen BMI-Erlass, dass diese Reiseschutzpässe anerkannt sind“, sodass ich in diesem Fall - das nehme ich jetzt an - überhaupt nichts weiter veran-

lasst habe, wenn ich die Rückmeldung bekomme: Ist bekannt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was haben denn die Mitarbeiter der Visastelle zu diesen Erlassen gesagt? Haben sie mal irgendwie im Gespräch mit Ihnen das bewertet, indem sie gesagt haben: „Seit die Erlasse da sind, der Reiseschutzpass, können wir eigentlich nicht mehr prüfen“, oder haben sie gesagt: „Nein, das klappt wunderbar“? Gab es irgendwelche Reaktionen oder vielleicht sogar auch als Hinweise gedachte Reaktionen für Sie? Ich meine, Sie haben, nehme ich an, auch jeden Morgen die Menschenmengen vor der Visastelle gesehen. Da macht man sich ja seine Gedanken.

Zeuge Leber: Im Prinzip war es generell für die Kollegen dort eine schwierige Situation, auch schon, bevor es überhaupt diese Reiseschutzpässe gab. Insofern kann ich jetzt aus der Erinnerung nicht mehr sagen, ob anschließend - ich sage mal - sich darüber beschwert wurde oder nicht; denn grundsätzlich war das Visageschäft eine schwierige Arbeit in Kiew. Ich denke, das ist hinreichend bekannt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist auch unbestritten. Was wir hier zu klären haben, ist allein die Frage, ob das sowieso schon schwierige Geschäft mit Visa durch politische Erlasse eben noch weiter erschwert wurde und Kriminalitätsformen gefördert wurden. Das ist der Kern unseres Ausschusses. Sie schreiben, glaube ich, selber mal in einem Ihrer Berichte, dass die Visastelle mit Reiseschutzpässen überflutet wurde. Wie kamen Sie zu dieser Information?

Zeuge Leber: Das war Ausfluss einer dieser Frühstunden oder Besprechungen. Das heißt, es wurde dann einfach festgestellt, dass, seitdem es diese Reiseschutzversicherungen gab, diese auf einmal vermehrt im Rahmen des Visaantragsverfahrens vorgelegt wurden und nicht mehr Verpflichtungserklärungen oder andere antragsbegründende Unterlagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und zwar sowohl - Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche - von Individualreisenden als auch von Reisebüros. Ist das richtig?

Zeuge Leber: Das kann ich nicht mehr nachvollziehen. Aber es kam dann zu einer Vielzahl, die dann in Folge durch die Mitarbeiter der Visastelle gar nicht mehr abgearbeitet werden konnten. Dann wurde die Anerkennung der Reiseschutzversicherung ja zeitweise ausgesetzt und es wurde irgendwie eine Aufschlüsselung oder Kontingentierung eingeführt, wenn ich das jetzt noch recht in Erinnerung habe, sodass zumindest die Abarbeitung der beantragten Visa rein physisch erfolgen konnte. Das war dann die Folge darauf.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben vorhin gesagt, dass bei Ihnen eine einfache Fahrt mit dem Pkw durch Kiew gereicht hat, um zu erkennen, dass viele dieser als so genannte Reisebüros genannten Firmen eigentlich gar keine Reisebüros sind. Warum kam da vorher niemals jemand auf die Idee, das mal einfach zu überprüfen? Das läge ja auf der Hand. Dazu muss man nicht - wie Sie gesagt haben - hoheitlich tätig werden. Es reicht, wenn man die Augen aufmacht.

Zeuge Leber: Diese Frage dürfen Sie nicht an mich richten. Die kann ich Ihnen nicht beantworten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber Sie wurden dafür kritisiert, dass Sie es gemacht haben. Das leuchtet mir noch weniger ein. Man müsste doch eigentlich dankbar sein, wenn man Hinweise bekommt, dass hier die Masse der Vertriebspartner vieles sein mag, nur keine Reisebüros.

Zeuge Leber: Persönlich gesprochen gebe ich Ihnen Recht mit dieser - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie diese Erkenntnis an die Grenzschutzdirektion weitergegeben, dass die meisten der Reisebüros wohl gar keine Reisebüros sind?

Zeuge Leber: Dieser Bericht ging selbstverständlich auch an die Grenzschutzdirektion.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie, ob der von dort auch an das BMI oder an das BKA weitergeleitet wurde?

Zeuge Leber: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie mit dem BKA-Verbindungsbeamten mal über Ihre Erkenntnisse gesprochen, ihn gefragt als ein Kollege, der schon länger da ist, der mehr Erfahrung hat - du oder Sie; ich weiß nicht, ob Sie per Du oder per Sie waren -: „Ist Ihnen das bekannt?“, oder gab es da kein Gespräch, keinen Austausch? Ich meine, Polizisten reden ja miteinander, eigentlich auf der ganzen Welt, -

Zeuge Leber: Das ist richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - und wenn Sie zu Zweit allein in der Fremde sind sowieso.

Zeuge Leber: Ich bin jetzt noch am Überlegen. Wenn ich solche Berichte schreibe, habe ich die auch irgendwo gesteuert. Das heißt, die schicke ich nicht nur nach Koblenz, sondern dann logischerweise auch innerhalb der Botschaft, das heißt Visastelle. In dem Fall werde ich das auch an den Kollegen vom BKA gegeben haben. Aber das kann ich jetzt nicht mehr nachvollziehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mir ging es jetzt auch eher um die Einschätzung, ob jemand der Grenzschutzdirektion Ihnen dann auch sagt: „Die Information war so brisant oder war wichtig für uns, wir haben sie heute auch an das BMI, an die Abteilung BGS oder an die Abteilung P oder an das BKA weitergeleitet“, oder ob der Kollege des BKA, der das Büro neben Ihnen hatte, sagte: „Danke für die Info, die gebe ich gleich weiter“, oder vielleicht gesagt hat: Das weiß ich mit den Reisebüros, dass die Hälfte da was ganz anderes im Sinn hat.

Zeuge Leber: Man könnte jetzt unterstellen, dass diese Erkenntnis durchaus auch als Vorlage - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, ich fragte, ob Sie sich miteinander unterhalten haben. Das liegt doch auf der Hand.

Zeuge Leber: Ja, selbstverständlich haben wir uns da auch unterhalten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und was hat er gesagt?

Zeuge Leber: „Ist bekannt“, so - sage ich jetzt mal - wird die Antwort gewesen sein. Ich kann mich an diesen konkreten Einzelfall jetzt wirklich nicht mehr entsinnen, wie die Antwort im Wortlaut war.

Aber es ist natürlich die Situation in Kiew - vielleicht um es einfach mal darzustellen -: Reisebüros darf man sich da weniger vorstellen wie vielleicht bei uns, wenn man durch die Stadt geht. Das sind irgendwelche Appartements, Wohnungen in Hotels, in Hinterhöfen, in normalen Wohnhäusern oder in irgendwelchen Buden auf der Straße, die heute aufmachen, morgen zumachen und an anderer Stelle wieder öffnen. Insofern ist das generell relativ schwierig, da von einem geordneten Reisebürosystem, wie wir es vielleicht von der Vorstellung in Deutschland haben, auszugehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Visa-beschaffungsbüro wäre wohl - -

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Binninger, darf ich einmal ganz kurz unterbrechen? - Ich höre gerade, dass der Obmann Ihrer Fraktion und der Obmann meiner Fraktion bei Maischberger im Fernsehen eine Talkshow machen. Ich persönlich für mich rüge das hier ausdrücklich, dass während der hiesigen Verhandlung zwei Kollegen ins Fernsehen gehen und da eine Talkshow machen und wir hier versuchen, die Wahrheit herauszufinden. Ich wollte das wenigstens zu Protokoll geben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich mache weiter. Was ich sagen wollte: Die Reisebüros hätte man wohl besser als Visabeschaffungsbüros, weniger als Reisebüros bezeichnet. Dann hätte man wahrscheinlich den Kern der Geschäftsidee mehr getroffen.

Aber Sie haben ja im Quartalsbericht 2002 geschrieben, dass nach einer Pressemitteilung des ukrainischen Außenministeriums sich etwa 1,5 Millionen Ukrainer illegal im Ausland aufhalten, in Portugal 48 000 ukrainische Staatsangehörige im Rahmen der dortigen Legalisierungsmöglichkeit, die es heute, glaube ich, nicht mehr gibt, einen Aufenthaltstitel erhalten haben, und dass man insgesamt davon ausgeht, dass sich bis zu 600 000 Personen aus Osteuropa in Portugal aufhalten, von denen lediglich 150 000 im Besitz eines Aufenthaltstitels sein sollen. Wie kamen Sie an diese Informationen heran? Haben Sie die der örtlichen Presse

entnommen oder hat Sie das ukrainische Außenministerium gezielt informiert oder die Botschaft gezielt informiert?

Zeuge Leber: In diesem Falle waren das Pressemitteilungen, die irgendwo in der Zeitung oder was standen. Zahlen dieser Größenordnung wurden dort häufiger genannt. Insofern - sage ich mal - war das auch kein Geheimnis.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War das Thema in der Botschaft, weil man da ja noch mehr davon ausgehen muss, dass die Masse der Kunden, die Tag für Tag als Touristen in den Westen reisen möchten, möglicherweise doch keine Touristen sind und man die Prüfung unter ganz anderen Gesichtspunkten durchführen muss? Waren solche Zahlen mal Thema in der Botschaft?

Zeuge Leber: Ich unterstelle, dass diese Zahlen durchaus bekannt sind, selbstverständlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Leber, ich will zum Schluss der ersten Runde auf keinen Nebenaspekt, aber auf ein kleineres Thema kommen, das uns hier doch lange und heftig beschäftigt hat. Mit der Frau Hoppmann haben Sie selber, glaube ich, noch eine Zeit - nicht zusammengearbeitet, aber Sie waren parallel da. Kurz bevor Frau Hoppmann die Botschaft oder die Visastelle für eine andere Funktion verlassen hat, ging bei ihrem Ehemann eine telefonische Drohung ein; so will ich es mal ganz neutral formulieren. Haben Sie davon zum Zeitpunkt der Drohung oder kurz danach, solange Frau Hoppmann noch da war, Kenntnis erhalten?

Zeuge Leber: Das war mir bekannt, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat Sie die Frau Hoppmann angesprochen oder hat Sie da der Kollege Herr Kalisch vom BKA angesprochen?

Zeuge Leber: Ich weiß jetzt nicht mehr, an welchem Tag das passierte. Aber das war wohl auch Thema in einer der Frühstunden. Also, das war innerhalb der Botschaft bekannt, dass es zu diesem Bedrohungsfall gekommen ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber Sie selber wurden nicht um eine Einschätzung als Polizeifachmann gebeten, dass man sagt: Halten Sie es für ernst, halten Sie es für eine dahingesagte Drohung oder was auch immer?

Zeuge Leber: Nein, das hat der Kollege vom BKA bearbeitet, da der Counterpart auf ukrainischer Seite, der dortige Sicherheitsdienst, das bearbeitet. Das war in seiner Zuständigkeit. Aber er war involviert.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der BKA-Kollege hat es in seinem Vermerk als eher diffus eingestuft. Wer war denn Ihr Counterpart auf ukrainischer Seite?

Zeuge Leber: Vorrangig die dortigen Grenzschutzbehörden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie häufig hatten Sie mit denen Kontakt?

Zeuge Leber: Das ist völlig unterschiedlich, telefonisch, persönliche Treffen. In der Anfangsphase war es - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie unterhält man sich da, auf Russisch oder mit Dolmetscher?

Zeuge Leber: Entweder auf Englisch, wenn ein englischsprachiger Mitarbeiter da ist, bzw. ich habe auch eine Mitarbeiterin, die Ukrainisch spricht, sodass das dann über Dolmetscher geht. Erfahrungsgemäß waren natürlich in der Anfangszeit die Kontakte weniger, als es jetzt beispielsweise der Fall ist. Das ist auch klar.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben eine Mitarbeiterin, eine Ortskraft?

Zeuge Leber: Richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Eine oder mehrere?

Zeuge Leber: Eine.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Eine. -
Kennen Sie eine - -

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Binninger, eine Frage: Ist es

noch viel? Dann würde ich sagen: Machen Sie das erst durch.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Eine Frage noch.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Das ist okay. Schließen Sie den Komplex ab und dann kommt Herr Montag dran.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Nur eine Frage: Kennen Sie einen Herrn oder eine Frau Radschenko?

Zeuge Leber: Eine Frau Radschenko ist mir bekannt.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Arbeitet die an der Botschaft?

Zeuge Leber: Hat gearbeitet.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Hat gearbeitet. Gut, das reicht mir mal.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Gut. - Dann bitte, Herr Montag.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Leber, zu diesen Reisebüros, zu denen Sie Feststellungen in Kiew wohl gemacht haben, wollte ich Sie noch etwas fragen. Es gibt - - Es gab - muss ich richtigerweise sagen - ein so genanntes Reisebüroverfahren für das Erlangen von touristischen Visa an verschiedenen deutschen Botschaften, auch an der Deutschen Botschaft in Kiew. Wir haben hier im Rahmen unserer Befragungen gelernt, dass es in allen Botschaften der Bundesrepublik Deutschland, in denen das Reisebüroverfahren überhaupt angewendet worden ist, eine Liste von vertrauenswürdigen, geprüften, seriösen Reisebüros gab, und mit denen wurde zusammengearbeitet, mit keinem anderen sonst. Wenn eines von denen sich als fauler Apfel erwiesen hat, hat man es gestrichen. Nur in der Botschaft in Kiew war es anders. Da gab es keine positive Liste der Guten, sondern nur eine negative Liste der Schlechten. Wissen Sie davon und warum war das so, wenn Sie davon wissen? Was wissen Sie darüber?

Zeuge Leber: Ich weiß im Prinzip, dass es eine Liste gab, wie Sie richtig sagten, auf

der im Prinzip die Reiseunternehmen vermerkt wurden, die bereits durch polizeiliche Ermittlungen oder durch Vorlage falscher Dokumente in Erscheinung getreten sind, die dann in diese Liste aufgenommen wurden, um dann in Folge nicht mehr - - oder keine Visaanträge, die über diese Firmen vorgelegt werden, mehr entgegengenommen werden. Aber alles andere zu diesem Komplex kann ich nicht sagen, weil das bereits vor meiner Zeit stattgefunden hat, bevor ich in Kiew war.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das ist in der langen Zeit, in der Sie jetzt an der Botschaft sind, nie im Sinne einer Ausnahmeregelung problematisiert worden? Denn eigentlich ist das Reisebüroverfahren so eine Abart der Bona-fide-Regeln der Schengener Vereinbarungen. Das heißt, eigentlich müsste eine Liste der Guten geführt werden und nicht nur eine Liste der Schlechten. Ist das nie im Rahmen der Mitarbeiter besprochen worden, dass Sie dazu was gehört hätten, warum in Kiew ausnahmsweise anders verfahren worden ist?

Zeuge Leber: Ist mir nichts dazu bekannt.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ich will ausdrücklich sagen, dass ich die Auffassung des Kollegen Binniger teile, der gesagt hat, dass es eigentlich völlig richtig war, dass Sie mal zum Telefonbuch gegriffen haben und dann hingefahren sind und geschaut haben, ob unter einer bestimmten Adresse ein Reisebüro ist oder nicht. Trotzdem ist es ja - ich habe mir das jetzt zeigen lassen - zu einem richtigen Schriftverkehr auch über diesen Punkt gekommen, wo Sie das auch irgendwie erklären oder rechtfertigen mussten. Hat das damit zu tun - frage ich -, dass das vielleicht den Anschein erweckt hat oder von jemandem verstanden worden ist als polizeiliche Ermittlungstätigkeit im Ausland und natürlich die Beamten des Auswärtigen Amtes, also die Botschaft, sehr allergisch auf so etwas reagieren, weil man natürlich verhindern will, dass die Ukraine so was merkt, weil das irgendwie dann auch nicht gehen würde, wenn es Ermittlungstätigkeit wäre? Hat das damit zu tun, dass eine solche Lappalie so hochgekommen ist?

Zeuge Leber: Könnten Sie die Frage vielleicht etwas konkretisieren?

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz klar: Es ist nicht erlaubt, dass deutsche Polizeibehörden im Ausland einfach Ermittlungen führen. Das würde natürlich zu einer Verstimmung führen. Die Ukraine würde doch dagegen protestieren, wenn sie das erführe. Nun fahren Sie in der Stadt herum und schauen, ob unter bestimmten Adressen Reisebüros sind. Ich finde es ja in Ordnung, dass Sie es gemacht haben. Aber meine Frage ist: Warum gab es deswegen so eine Verstimmung? Hat das jemand als Ermittlungstätigkeit im Ausland missverstanden?

Zeuge Leber: Diese Frage kann ich nicht beantworten.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen das in diesem Sinne nicht vorgeworfen worden?

Zeuge Leber: Ja, wenn Sie es so sagen: Es gab einen Vorwurf. Dieser belief sich darauf - -

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie ermitteln würden.

Zeuge Leber: Genau. Dieser Vorwurf stand im Raum.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Sie sind bis heute noch in Kiew und beobachten, nehme ich an, auch heute noch, wenn auch nicht ausschließlich, so doch auch das Visaregime, das da herrscht. Wie ist im letzten und in diesem Jahr grundsätzlich die Situation an der Botschaft? Wie sind die Erkenntnisse über etwaige Erschleichungen? Gibt es große Probleme in Kiew?

Zeuge Leber: Ich denke, es ist kein Geheimnis, wenn ich sage, dass die Visaantragszahlen rückläufig sind, also die Anträge, die gestellt werden, und gleichzeitig auch die Ablehnungsrate nach oben gegangen ist. Insofern ist durchaus erkennbar, dass eine Verlagerung eingetreten ist. Es ist allerdings auch Fakt, dass - das unterstelle ich jetzt einfach - an jeder Botschaft, an der Visa erteilt werden, auch versucht wird, Visa zu erschleichen - in größerem oder in kleinerem Umfang; das kommt immer auf die individuellen Umstände an -, sodass im Prinzip hier immer an Stellschräubchen gedreht

werden muss, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Die Situation ist derzeit aber so, dass es sich nicht mehr so dramatisch darstellt, wie es beispielsweise im Jahr 2001, 2002 der Fall war, was eben auch die Zahlen schon ganz klar sagen.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Womit hängt das zusammen? Ist der Migrationsdruck gesunken? Haben sich die Verhältnisse in der Ukraine verbessert oder hängt es ausschließlich damit zusammen, dass die Prüfungen härter geworden sind?

Zeuge Leber: Auch da gibt es mehrere Faktoren, beispielsweise das so genannte Visashopping. Das heißt, an der Visaabgabe, wo ich am einfachsten meine Visa bekomme, wo die Prüfungskriterien am schwächsten sind, gehen logischerweise die meisten Visaanträge ein. Aber das Problem ist vielleicht noch ein bisschen komplexer, was ich aber dann nicht in der öffentlichen Sitzung zu Protokoll geben würde. Da würde ich dann auf eine nicht öffentliche Sitzung plädieren.

(Ein Handy klingelt)

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Montag, ich weiß nicht, ob Sie noch viele Fragen haben.

Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Ich darf mal darauf hinweisen, dass hier Handyverbot auch für Mitarbeiter gilt, junge Dame. Damit Sie das wissen.

Herr Montag, wenn Sie fertig sind, dann Herr Königshaus.

Hellmut Königshaus (FDP): Herr Leber, ich habe mal eine Frage. Sie waren ja für den BGS der einzige Verbindungsbeamte in Kiew.

Zeuge Leber: Richtig.

Hellmut Königshaus (FDP): Aber die anderen Schengen-Staaten hatten sicher auch vergleichbare Dienststellen dort?

Zeuge Leber: Nein.

Hellmut Königshaus (FDP): Nicht?

Zeuge Leber: Es gibt an einigen Botschaften allgemeinpolizeiliche Verbindungsbeamte analog unserem BKA-Verbindungsbeamten oder es gibt dort Attachés aus dem Bereich des Innenministeriums, die diese Aufgaben wahrnehmen. Ich sage mal: Mit Einreisefragen betraut, gab es nur einen Kollegen an der britischen Botschaft von der britischen Immigration.

Hellmut Königshaus (FDP): Die Fragen, die zum Beispiel genau Ihren Geschäftsbereich, über den wir hier sprechen, nur diesen Teil, betreffen - gab es ansonsten dort nichts Vergleichbares? Gab es dort beispielsweise - um es mal ganz konkret zu fragen - so etwas Ähnliches wie diese Schengen-Runde, die bei den RK-Stellen-Leitern offenbar auch in Kiew existierte? Gab es so etwas Ähnliches auch für den Bereich der Polizeidienste?

Zeuge Leber: Es gab selbstverständlich auch Treffen zwischen den Verbindungsbeamten der - ich sage jetzt mal - Polizeibehörden.

Hellmut Königshaus (FDP): Nur darauf wollte ich hinaus. Die sonstigen Details sind mir egal. An denen haben Sie dann auch teilgenommen?

Zeuge Leber: Sofern ich verfügbar war, auch.

Hellmut Königshaus (FDP): Ja klar, natürlich. Sagen Sie, ist dort unter anderem dann auch gelegentlich über diese Migrationsanreize gesprochen worden und welche Auswirkungen das hat?

Zeuge Leber: Das war eigentlich weniger Thema in diesen Runden. Man hat sich vielleicht mal allgemeiner ausgetauscht. Aber es ging da oftmals mehr um konkrete Ermittlungsverfahren oder aber um die Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden, dass man sich da auch ein bisschen abgestimmt, ausgetauscht hat, weniger um Fragen der Migration. Das war eher die Ausnahme.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich frage deshalb, weil ich hier als Beispiel den Quartalsbericht der Grenzschutzdirektion Koblenz von 2002 habe, Berichtswesen usw. Dort haben unter anderem Sie berichtet, der Ver-

bindungsbeamte in der Ukraine. Dort weisen Sie auf Folgendes hin:

Nach einer Pressemitteilung des ukrainischen Außenministeriums

- wie gesagt, Quartalsbericht I, 2002 -

sollen sich rund 1,5 Millionen Ukrainer illegal im Ausland aufhalten. Allein in Portugal hätten im Jahr 2001 48 000 ukrainische Staatsangehörige im Rahmen des dortigen Legalisierungsverfahrens einen Aufenthaltstitel beschafft.

Und so weiter. Das heißt, es ist offenbar ein erheblicher Umfang. Der war offenbar nicht nur Ihnen, sondern auch der ukrainischen Seite bekannt. Darüber wurde offen gesprochen. Es gab sogar Presseerklärungen zu diesem Thema. Sie haben das bemerkt. Sie haben das gelesen. Sie haben das berichtet. Was hat eigentlich das Auswärtige Amt gemacht? Hat es diese Presseerklärungen auch gelesen? Wissen Sie das?

Zeuge Leber: Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten.

Hellmut Königshaus (FDP): Sind Sie darauf angesprochen worden, auf diesen Bericht beispielsweise?

Zeuge Leber: Kann ich mich nicht erinnern; weiß ich nicht.

Hellmut Königshaus (FDP): Ist diese Information der Grenzschutzdirektion - - Das ist ja über die Grenzschutzdirektion dann weitergegangen. Wissen Sie eigentlich: Ist die auch an das Auswärtige Amt weitergegangen?

Zeuge Leber: Entzieht sich meiner Kenntnis. Weiß ich nicht.

Hellmut Königshaus (FDP): Dem Verteiler nach nicht. Sie haben doch sicher diese Unterlagen bekommen. Hat Sie das nicht stutzig gemacht?

Zeuge Leber: Entschuldigung. Ich weiß nicht, welcher Bericht Ihnen vorliegt. Ich schicke meine - -

Hellmut Königshaus (FDP): Sie können ihn gerne angucken. Er ist vom 24. April,

steht hier: Eingang bei I 2, 24. April. Das soll wahrscheinlich heißen: 2002.

Zeuge Leber: Dann ist das die Ausfertigung, die bei der Grenzschutzdirektion eingegangen ist. Ich schicke meinen Bericht ja nur an die Grenzschutzdirektion. Wie er dann anschließend verteilt wird, kann ich nicht sagen.

Hellmut Königshaus (FDP): Ach so. Sind Sie davon ausgegangen - man muss ja sehr vorsichtig fragen - oder würden Sie es für normal halten - auch jetzt ohne positives Wissen -, dass eine solche Erkenntnis den zuständigen Stellen zugänglich gemacht wird?

Zeuge Leber: Können Sie die Frage vielleicht ein bisschen konkreter formulieren?

Hellmut Königshaus (FDP): Meinen Sie, dass Sie diese Berichte hier erstellen sollen, damit sie in der Grenzschutzdirektion abgehakt werden, oder sind Sie davon ausgegangen, dass beispielsweise diejenigen, die Visumpolitik machen, davon auch Kenntnis erhalten?

Zeuge Leber: Davon gehe ich schon aus, dass diese Berichte dann auch entsprechend umgesetzt und weitergegeben werden. Explizit die Quartalsberichte werden meines Wissens - ich habe es schon mehrfach genannt - an das Innenministerium, an die Grenzschutzpräsidien und, ich glaube, auch an die Grenzschutzschule versandt.

Hellmut Königshaus (FDP): Das heißt aber, Sie waren bei der Weitermittlung dieser Information darauf angewiesen, dass das Innenministerium oder die Grenzschutzdirektion oder wer auch immer den ganzen Bereich, der davon zu informieren wäre, dann auch tatsächlich auf dem Laufenden hält?

Zeuge Leber: In Deutschland, ja.

Hellmut Königshaus (FDP): Sind Ihnen daran, dass das funktioniert, nicht Zweifel gekommen, wenn Sie gesprächsweise möglicherweise - Sie saßen ja mitten in der Botschaft - von den RK-Beamten dort gehört haben, wie sie mit der Zentrale über bestimmte Fakten diskutieren mussten? - Wie

sind denn generell Ihre Aufgaben dort gewesen, was die Information angeht? Haben Sie eigentlich immer nur quartalsmäßig oder auf Anforderung oder wenn Sie meinten, es gebe jetzt einen speziellen Anlass, oder gemixt berichtet?

Zeuge Leber: Es war ein -

Hellmut Königshaus (FDP): Mixtum.

Zeuge Leber: - Mix, wie Sie sagen. Es gibt natürlich auch zahlreiche Einzelfälle - was ich ganz zu Anfang sagte -, wenn Anfragen entweder von der Botschaft, der Visastelle an mich gerichtet werden mit der Bitte um Überprüfung von Firmen, von Einladern in Deutschland oder - im Umkehrschluss - wenn Erkenntnisse aus Deutschland an uns herangetragen wurden, dass beispielsweise Visaanträge angefordert wurden oder einfach Ermittlungserkenntnisse vorlagen. Das heißt, das war immer ein Wechselspiel. Ich habe diese Information entweder von der Botschaft an die Grenzschutzdirektion oder umgekehrt gesteuert.

Hellmut Königshaus (FDP): Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Entschuldigen Sie bitte, Herr Königshaus. - Herr Kauder, sind Sie einverstanden, dass Herr Königshaus eben seine Fragen zusammenhängend stellt? Sie sind der Einzige, der noch auf der Liste ist.

(Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Ja!)

- Gut.

Hellmut Königshaus (FDP): Ich bin eigentlich auch so weit mit dieser Frage durch. Ich kann eben nur feststellen, dass wir aus den Akten den Eindruck gewonnen haben, dass Ihre Informationen sozusagen in den Papierkorb gegangen sind, soweit es im weitesten Sinne darum geht, dass auch im Auswärtigen Amt Konsequenzen daraus gezogen werden. Dort, in der Behörde, die für auswärtige Angelegenheiten zuständig ist, sind sie jedenfalls nicht angekommen. Das hat möglicherweise einen Teil dieser Probleme mit ausgelöst. - Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Kauder und dann Herr Binniger.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich wollte nur etwas zu Protokoll geben, einfach auch der Fairness halber. Wir sind jetzt seit mehr als einer halben Stunde hier im Ausschuss in der Mehrheit - warum auch immer. Wir werden es aber nicht missbrauchen und auch nicht ausnutzen.

(Hellmut Königshaus (FDP): Das bedauere ich zutiefst; ich würde es tun!)

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Kauder, bitte.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Herr Leber, bei der Befragung durch den Kollegen Binniger ist mir eines aufgefallen, über das ich erst nachdenken musste, und zwar Ihre Arbeitsbedingungen. Sie sitzen in Kiew mit einem gewissen Auftrag und kommen nicht mal ins Intranet. Sie kommen auch nicht an die notwendigen Informationen. Sie kriegen nicht mal kontinuierlich die entsprechenden Erlasse. Sie sind darauf angewiesen, dass man Ihnen - wie man so schön auf Süddeutsch sagt - bröckeleweise die Informationen gibt oder auch nicht gibt. War das das, was Sie erwartet hatten?

Zeuge Leber: Vielleicht zur Klarstellung, wenn Sie sagen, ich war nicht an das Intranet angeschlossen: Das war einfach nur baulich bedingt. Zu der Zeit, als ich zur Visastelle kam, war die Botschaft auf vier oder fünf verschiedene Liegenschaften verteilt. Erst im Oktober 2002 war der Umzug in ein neues Botschaftsgebäude. Seitdem bin ich auch im Besitz eines Intranetanschlusses, sodass mittlerweile auch die Kommunikation damit funktioniert.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Hatten Sie aber damals schon freien Zugang zum Intranet oder nicht?

Zeuge Leber: Nein.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Also war Ihnen diese Möglichkeit versperrt?

Zeuge Leber: Diese Frage muss ich mit Ja beantworten.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Haben Sie das mal beantwortet?

Zeuge Leber: Ehrlich gesagt, nein; denn meine Aufgabenstellung ist ja nicht die, dass ich 24 Stunden in der Visastelle mitarbeite, sondern primär - die eingangs geschilderten Aspekte - Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden, nur wenn die Visastelle auf mich zukommt oder wenn es Probleme gibt - es heißt in unserem Erlass so schön: „Unterstützung der Visastelle“ -, sodass ich zunächst überhaupt keine Notwendigkeit sah, überhaupt Zugriff auf dieses Intranet zu haben, weil meine Kommunikation primär mit der Grenzschutzdirektion erfolgt, und das hat ja funktioniert.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Könnten Sie jetzt mal in wenigen Worten umschreiben, was eigentlich Ihr Auftrag war?

Zeuge Leber: Ja, dann wiederhole ich das gerne noch mal. Das war: In den Bereichen Grenzpolizei, Bahnpolizei, Luftsicherheit - also die klassischen Aufgabengebiete des Bundesgrenzschutzes - Informationen in der Ukraine zu sammeln, zu bewerten und Analysen zu erstellen, um unseren eigenen Aufgabenbereich - sprich: den des BGS - mit Informationen zu versorgen, plus eine Beobachtung der Migrationslage in der Ukraine, an den Grenzen, um zu sehen, welche Maßnahmen in der Ukraine durch ukrainische Sicherheitsbehörden getroffen werden, um einer unerlaubten Einreise und Schleusungskriminalität im Prinzip dort schon entgegenzuwirken. Die Zusammenarbeit an der Botschaft ist im Prinzip das, was man dann nebenher noch so macht. Das ist aber nicht unsere Hauptaufgabe. Wir haben auch Kollegen - nur zum Verständnis -, die überhaupt nicht an die Botschaften abgeordnet sind, die direkt beim Innenministerium meinetwegen oder bei Grenzpolizeibehörden sind, die in diesen Ländern keine unmittelbare Zusammenarbeit beispielsweise mit der Botschaft haben.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Aber Sie brauchen doch

einen freien Zugang zu Daten. Konnten Sie zu einem Entscheider oder zu einer Ortskraft hingehen und sagen: Zeigen Sie mir mal die Akte, jene Akte, weil ich da mal stichpunktweise hineinschauen möchte?

Zeuge Leber: Richtig, das war kein Problem. Wenn ich Informationen aus der Visadatei oder irgendwelche Visaunterlagen brauchte, habe ich mich an die Leiterin der Visastelle oder an den Entsandten - je nachdem, um welchen Fall es ging - gewandt und ich habe dann auch die Unterlagen bekommen, sodass ich auf diesem Wege natürlich Zugriff hatte; das ist richtig.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Haben Sie das auch getan?

Zeuge Leber: Ja, selbstverständlich.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Was ist Ihnen beim Aktenstudium aufgefallen?

Zeuge Leber: Können Sie diese Frage konkretisieren?

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Also, Sie nehmen sich jetzt eine Visumakte und müssen die ja nach bestimmten Kriterien durcharbeiten. Nach was suchen Sie?

Zeuge Leber: Im Prinzip schaue ich mir einmal den Visaantrag plus die den Antrag begründenden Unterlagen an, durch die zu einer Entscheidung gefunden wurde.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Was machen Sie, wenn Sie feststellen, dass Ihnen der Reisegrund nicht ganz plausibel ist?

(Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch nicht sein Job!)

Zeuge Leber: Ich mache keine Visaprüfung. Das ist das eine. Ihre Frage verstehe ich nicht richtig. Können Sie sie neu formulieren, bitte?

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Das macht nichts. Wir müssen ja drankommen. Ich verstehe Ihre

Antworten nicht. Nach was suchen Sie denn eigentlich?

(Sebastian Edathy (SPD): Nach was suchen Sie denn eigentlich, Herr Kauder?)

Sie suchen doch nach kriminellen Ansatzpunkten.

Zeuge Leber: Verstehe ich jetzt Ihre Frage richtig - -

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Wo missbraucht einer das Visarecht? Das muss doch Ihre Intention sein.

Zeuge Leber: Lassen Sie es mich vielleicht an einem konkreten Beispiel erklären. Dann kommen wir vielleicht ein bisschen aufeinander zu.

Wenn ich von einer Polizeidienststelle - einem Grenzübergang irgendwo - eine Anfrage bekomme, dann gehe ich zur Visastelle und sage: Kann ich den Vorgang aus dem und dem Grund bekommen? - Oder aber das Fax geht direkt an die Visastelle; das ist ja dann - ich sage mal - noch besser. Das waren in der Regel ganz einfache Dinge. Da wurde gesagt: Wir haben die Person XY festgestellt. Wir hatten den Verdacht eines unerlaubten Aufenthalts, Visaerschleichung - was auch immer - und wir bitten um Übersendung des Visaantrages bzw. der den Antrag begründenden Unterlagen, damit die Kollegen in Deutschland weitere Erkenntnisse, Informationen haben, um ihre Ermittlungen durchzuführen. Dann wird das entsprechend bearbeitet. Sie bekommen Kopien dieser Unterlagen und können dann in Deutschland ihre Ermittlungen fortführen. Das heißt, ich werde mir in den wenigsten Fällen irgendeine Visaakte ziehen und dort schon das Arbeiten anfangen. Das ist eher die Ausnahme.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Jetzt verstehe ich Ihre Funktion noch weniger. Die Anfrage hätte man doch gleich an die Botschaft richten können und die hätten die Akten an die Grenzschutzstelle herausgegeben.

Zeuge Leber: Richtig.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Dann brauche ich doch nicht Sie als Mittler.

Zeuge Leber: Das ist auch der Idealweg, das heißt, dass ich mit solchen Anfragen überhaupt nichts zu tun habe. Das waren die Probleme, wie ich sagte, in der Anfangszeit, bis dieses Verständnis jedem bekannt war. Das heißt, meine Aufgabe war es nicht, eine Anfrage aus Deutschland an die Visastelle zu geben und deren Antwort nach Deutschland zu schicken; da gebe ich Ihnen Recht.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): War Ihre Aufgabe dann auch nicht, dafür zu sorgen, dass es keine Schleusertätigkeiten gibt, dass es keine illegalen Einreisen gibt, von Amts wegen zu ermitteln?

Zeuge Leber: Das sehe ich wiederum nicht so.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Das ist eine Frage.

Zeuge Leber: Nein. Wenn Erkenntnisse vorliegen oder was, dann selbstverständlich. Das heißt, wenn im Rahmen eines Visaantrages etwas festgestellt wird - der erste Schritt kommt ja von der Visastelle, nicht von mir; der Antrag wird dort gestellt - und die an mich herantreten und sagen, dass sie hier etwas haben, was komisch ist, oder dass sie den Verdacht haben, dass da was nicht stimmt, dann habe ich mir natürlich schon den Vorgang angeschaut und habe geguckt, ob hier irgendwelche Verdachtsmomente vorliegen könnten. Oder ich habe diese Information dann wiederum nach Deutschland mit der Bitte um Überprüfung geschickt. Dann muss ich ja als Mittler tätig werden.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Also, wenn die Visastelle Ihnen nichts geliefert hat, hatten Sie auch nichts zu untersuchen?

Zeuge Leber: So kann man es vielleicht nennen.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU): Danke schön.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Leber, ich möchte noch mal auf einen Spezialfall zu sprechen kommen, den wir hier auch schon in der Vernehmung von Visastellenmitarbeitern hatten, und Sie fragen, was Sie dazu wissen. Sagen Ihnen die so genannten Tänzerinnenvisa was?

Zeuge Leber: Ist mir ein Begriff, ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Würden Sie, ohne dass ich jetzt permanent jedes Wort aus Ihnen herauslocken muss, das erzählen, was Sie dazu wissen? Ich kann auch sieben Fragen stellen. Aber wenn Sie es wissen - Sie sind ja der Experte vor Ort -, wäre jetzt einfach meine Bitte, uns zu sagen, was Sie zum Thema Tänzerinnenvisa wissen.

Zeuge Leber: Es gab verschiedene Phänomene - ich sage mal - der Visaerschleichung. Es gibt Sportvereine, es gibt irgendwelche Messebesuche, die immer wieder gerne herangezogen werden, um Visa zu erschleichen. Eine Zeit lang gab es eben das Phänomen der so genannten Tänzerinnen. Das heißt, es wurden im Prinzip Einladungen vorgelegt, ich glaube, von Mitarbeitern des Deutschen Tanzportbundes. Auf dieser Grundlage wurden Visa erteilt - und das unter dem Oberbegriff „Tänzerinnen“, weil es wohl relativ viele waren.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Die mussten dann auch keinerlei Reiseschutzpass oder Carnet oder irgendwas vorlegen, sondern das galt dann als Künstlervisa oder was war das dann?

Zeuge Leber: Das weiß ich nicht, welche Unterlagen da vorgelegt werden mussten und wie der interne Verfahrensgang war; kann ich Ihnen nicht sagen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): In irgendeinem Zusammenhang taucht der Hinweis auf, dass es für die Tänzerinnenvisa sogar einen ganz bestimmten Schalter innerhalb der Visastelle gegeben hätte. An anderer Stelle taucht der Hinweis auf, Tänzerinnenvisa seien immer Chefsache gewesen. Was können Sie dazu sagen?

Zeuge Leber: Die Frage, ob das so war, kann ich Ihnen nicht beantworten, weiß ich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie - -

Zeuge Leber: Nein, weiß ich nicht, weil es 15 oder 20 Schalter gibt. Wer sich da wo anstellen muss - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber da ist kein Schalter speziell ausgewiesen, über den man sagt: Da müssen die hin, die brauchen dann auch gar nicht in die Schlange, die können immer an der großen Schlange vorbei und da werden sie immer von der gleichen Person bedient, sodass es auch ja keine Probleme gibt?

Zeuge Leber: Ich weiß, worauf Sie mit der Frage hinauswollen. Aber ob es spezielle Schalter für spezielle Gruppen gab - speziell in dem Fall der Tänzerinnen, sage ich mal -, kann ich so nicht beantworten. Es gibt schon Schalter für verschiedene Fallkonstellationen von Visaantragstellern, das schon.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Für welche?

Zeuge Leber: Es wird unterschieden - was haben wir? - beispielsweise nach Studenten- und Aupairaufenthalte, für die man an gesonderte Schalter gehen muss.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Au pair?

Zeuge Leber: Au pair, also wenn nationale Visa im Anschluss erteilt werden sollen. Das heißt, da gibt es schon eine Spezialisierung. Es gibt beispielsweise auch einen so genannten VIP-Schalter.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was passiert dort, beim VIP-Schalter?

Zeuge Leber: Wie der Begriff sagt: VIP-Schalter. Das heißt, in den Fällen, in denen ein besonderer Personenkreis Visa beantragt, wird er dort vorstellig. Aber die Fragen nach Einzelheiten - unter welchen Voraussetzungen, welches Verfahren - müssen Sie an die Mitarbeiter der Visastelle richten, nicht an mich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich richte die Frage jetzt aber an Sie. Ich bitte da auch um Verständnis. Bei jemandem, der seit mehr als vier Jahren dort arbeitet, dort sein Büro hat, zu dessen Aufgabengebiet ein Teil dieses Geschäftes gehört, hätte ich jetzt die Erwartung, dass er über solche auch innerbetrieblichen oder strukturellen Dinge, die sich ja auf Missbrauch und alles auswirken können, schon auch etwas weiß.

Ich frage Sie jetzt, was Sie davon wissen. Dass andere dazu auch was wissen, bestreite ich ja gar nicht. Aber ich frage Sie jetzt, was Sie von diesem Phänomen wissen. Ich frage Sie: Wer kommt zu den VIP-Schaltern hin? Wer entscheidet, wer eine VIP ist? Geht das nach Bonität? Geht das nach Bekanntheitsgrad? Geht das nach Vitamin B? Wer ist in der Botschaft eine VIP?

Zeuge Leber: Meines Wissens - - Ich bin wirklich überfragt, unter welchen Kriterien wer wo an welchen Schalter muss. Das ist nicht meine Aufgabe innerhalb der Visastelle. Aber es gibt wohl Fallkonstellationen, die durch die Leitung oder Vertretung der Visastelle entschieden werden, wo dann gesagt wird: an den und den Schalter. Dann kann man dort vorsprechen. Es kann auch mittlerweile sein - ich kann es nicht beschwören -, dass es festgelegte Regeln gibt, wer an welchen Schalter zu gehen hat. Ich kann es Ihnen nicht beantworten, besten Gewissens nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben auch nie mit der Leiterin der Visastelle mal darüber gesprochen, weder mit der Frau Hoppmann - - Und wer ist es heute?

Zeuge Leber: Die Frau Mittner.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Frau Mittner. - Das war nie mal ein Thema im dienstlichen Austausch?

Zeuge Leber: Es kann sein, dass es mal irgendwann angesprochen wurde. Aber ich kann mich da jetzt nicht an einen konkreten Fall erinnern, wo ich sage: Das war es.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich möchte noch mal auf den Wostok-Bericht kommen und auch auf die Fragen, die Herr Kollege Montag vorher gestellt hat, also zu den Positiv- und Negativlisten. Haben Sie,

auch als BGS-Beamter, ganz offiziell den Wostok-Bericht nach Abschluss, also Ende 2003, erhalten? - Jetzt erschüttern Sie nicht mein Vertrauen in den BGS. Das muss man doch wissen. Es gab eine Sonderauswertung. Es betrifft Ihr Arbeitsgebiet.

Zeuge Leber: Müsste ich jetzt wirklich in meine Unterlagen gucken; das kann ich aus dem Kopf nicht beantworten. Ich bekomme so viele Unterlagen, so viel Papier. Ob dieser Wostok-Bericht jetzt dabei war oder nicht, kann ich weiß Gott nicht sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber es hat doch nicht jedes Papier, das Sie bekommen, diese Qualität. Das ist eine Sonderauswertung des BKA zum Thema Schleusungskriminalität, die sich schwerpunktmäßig auch um die Botschaft in Kiew kümmert, also Ihren Arbeitsplatz. So was behält man doch in Erinnerung oder vielmehr: Das scheint mir eine Arbeitsgrundlage für die eigene Arbeit zu sein.

Zeuge Leber: Das mag schon sein. Aber dadurch, dass ich einen Vorabbericht hatte und mehr oder weniger Updates davon erhalten habe, war das jetzt nicht das Problem, ob ich ihn beim Abschluss bekommen habe oder nicht. Deswegen möchte ich mich hier jetzt nicht der Gefahr einer Falschaussage aussetzen und sagen: Ich habe ihn oder ich habe ihn nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein.

Zeuge Leber: Deswegen: Ich kann es aus dem Kopf nicht beantworten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber Sie hatten die Vorabberichte. Also, Sie hatten so eine Art Zwischenstände, wo ja auch eine ganze Reihe von Reisebüros hier in Deutschland genannt wurde, die wiederum auch Partnerfirmen in der Ukraine hatten. Sind die auf der Grundlage dieses Berichts überprüft worden und hat man mit denen die Zusammenarbeit eingestellt oder hatte das keine Auswirkungen auf den Betrieb?

Zeuge Leber: Wenn die Botschaft Anfragen an mich gerichtet hat, habe ich auch immer in diese Liste des Wostok-Berichts hineingeschaut und habe auch die Botschaft oder die Visastelle darüber informiert. Die

Frage, ob die dann letzten Endes tatsächlich die Zusammenarbeit mit diesen Firmen, Einladern eingestellt haben oder nicht, kann ich nicht beantworten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber wäre es nicht auch in Ihrem Interesse und im Interesse des BKA-Kollegen gewesen, zu sagen: Jetzt haben wir hier über mehrere Jahre hinweg Erkenntnisse gewonnen. Wir wollen die Schleusungskriminalität bekämpfen und nicht fördern. Also wäre der erste wirksame Schritt - neben dem, dass man richtige Erlasse machen müsste -, die Arbeit mit solchen verkappten Reisebüros - tatsächlich wohl eher, in der Mehrzahl der Fälle, Schleuserorganisationen - einzustellen? - Für mich wäre es nach dem gesunden Menschenverstand so, dass man sagt: Das machen wir zuallererst. - Sonst brauche ich ja keine Sonderauswertung.

Zeuge Leber: Gebe ich Ihnen Recht, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber das hat nie jemand thematisiert, weder der BKA-Kollege noch Sie? Auch die Botschaft hat nicht gesagt: Wir stellen das jetzt ein?

Zeuge Leber: Zwischenzeitlich ist das Reisebüroverfahren eingestellt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Aber wir haben jetzt mehrfach gehört - auch von Herrn Dr. Schäfer, der vor Ihnen da war -, dass diese Reisebüros oder Scheinreisebüros, diese Visabeschaffungsbüros, schon sehr früh begonnen haben, vom Reisebüroverfahren auf das Reiseschutzpassverfahren umzustellen. Das heißt: Die Organisationen waren die gleichen, die haben sich nur neuer Methoden bedient. Insofern ändert es ja nichts an der Missbrauchsanfälligkeit, solange ich nicht gegen die Szene vorgehe, die jede Lücke ausnutzt.

Deswegen noch mal die Frage: Wäre es nicht nahe liegend gewesen, zu sagen: Wir stellen die Arbeit mit all diesen, die hier zweifelsfrei genannt sind und als Schleuserorganisationen auch verdächtigt werden, ein?

Zeuge Leber: Das wäre der Idealfall. Nur hatte ich vorhin schon ausgeführt, dass generell das Problem mit den Reisebüros in der Ukraine besteht, sodass ich sagen müsste:

Ich darf mit gar keinem mehr zusammenarbeiten. Sie werden nämlich heute geöffnet, morgen geschlossen und unter neuem Namen geöffnet. Das heißt: Selbst wenn ich ein Unternehmen habe und sage, dass das die Firma XY ist, mit der ich nicht zusammenarbeite, dann dauert es eine Woche, bis dieselbe Firma mit einem neuen Namen kommt, und dann geht das Spiel von vorne los. Das ist ein Kampf gegen Windmühlen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann lässt man es lieber gleich? - In anderen Ländern, glaube ich, wird das sehr viel strenger gehandhabt. Ich glaube, es wird auch bei anderen Auslandsvertretungen in der Ukraine etwas konsequenter gehandhabt, indem man eben sagt: Dann arbeiten wir halt nur mit acht Reisebüros zusammen und mit den anderen 200 nicht, die irgendwo nur im Hinterzimmer oder im Appartement ihren Geschäften nachgehen.

Zeuge Leber: Das mag sein, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sind Sie von Ihrer Zentrale, Grenzschutzdirektion oder BMI via Grenzschutzdirektion, auch nie mal um einen Bericht gebeten worden, welche dieser Firmen - wenn man schon seitens der Auslandsvertretung nichts veranlasst, weil es ein Kampf gegen Windmühlen ist - hier immer noch als Einlader, als Reisebüro, als Partner eines ukrainischen Reisebüros auftritt? Wurde das seitens der Zentrale, also Ihrer Zentrale, Grenzschutzdirektion Koblenz, nie abgefragt?

Zeuge Leber: Es gab schon Informationen, welche Firmen immer wieder auftreten. Das heißt, dadurch, dass es Ermittlungsverfahren in Deutschland gab, bzw. wenn ich in irgendwelchen Erkenntnisberichten darauf Bezug genommen habe, lagen die vor. Also, diesen Informationsaustausch gab es schon. Es gab aber keine Liste - wie wir ja auch vorhin von Herrn Montag gehört hatten -, aus der hervorging, welche Firmen mit der Botschaft zusammenarbeiten und welche dort als bona fide angesehen sind. Es gab nur den Umkehrschluss, das heißt, die Liste der Firmen, die schon als schwarze Schafe aufgetreten sind. Insofern kann man da gar keine Liste erstellen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie mal Kontakt zum Vertreter der Reise-schutzpässe, zu Herrn Kübler?

Zeuge Leber: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War der mal in der Visastelle in Kiew, sodass Sie das mitbekommen haben, auch wenn Sie persönlich zu ihm jetzt keinen Kontakt gehabt haben?

Zeuge Leber: Also, ich habe wohl aufgeschnappt, dass er da war. Das möchte ich wohl bestätigen. Aber dass ich ihn jetzt gesehen oder sogar getroffen hätte, das kann ich ausschließen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Hatten Sie sonst mal im Vorfeld, im Rahmen Ihrer dienstlichen Tätigkeit oder wie auch immer, Kontakt zu einem der Reiseschutzversicherungsanbieter potenzieller Art oder einem dieser Reisebüros, gegen die dann später ermittelt wurde?

Zeuge Leber: Wenn Sie den letzten Halbsatz nicht angefügt hätten, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann hätte ich eine Antwort bekommen.

Zeuge Leber: - dann hätte ich eine Antwort geben können. Aber dann muss ich Nein sagen. Herr Binninger, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann lasse ich den letzten Halbsatz weg.

Zeuge Leber: Ja, dann kann ich sagen: Es gab mal Gespräche in der Visastelle mit Vertretern der Hanse-Merkur.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Worum ging es da?

Zeuge Leber: Es ging seinerzeit darum, dass eben auch die Hanse-Merkur ein entsprechendes Versicherungspaket auf den Markt bringen wollte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wann war das etwa?

Zeuge Leber: Kleinen Moment.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Wenn ich das richtig sehe, irgendwann im Spätsommer 2002.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Spätsommer 2002. Da waren die Reiseschutzpässe aufgrund des Ermittlungsverfahrens in Köln schon wieder einkassiert - zumindest in Kiew. Der Reiseschutzpass wurde im Sommer 2002 aufgrund des Ermittlungsverfahrens in Köln gegen den Herrn Barg wieder ausgesetzt und im März 2003 dann endgültig einkassiert. Danach kam Hanse-Merkur. Warum kamen die gerade zu Ihnen?

Zeuge Leber: Die kamen nicht zu mir. Die kamen zur Visastelle. Es war ein Gespräch mit der Leiterin der Visastelle. Sie hatte im Prinzip darum gebeten, dass auch ich und der Kollege vom BKA an diesem Treffen teilnehmen, was wir dann auch gemacht haben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War Ihnen da das Ermittlungsverfahren gegen die Reise-Schutz AG bekannt?

Zeuge Leber: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Floss das irgendwie auch mit in das Gespräch ein, dass man sagte: Eigentlich wollen wir niemanden mehr mit dem Kaliber haben?

Zeuge Leber: Es wurde auch in dem Gespräch auf die Problematik mit diesen Reiseschutzversicherungen hingewiesen und es wurden die Probleme, die in Kiew bestehen oder bestanden, gegenüber den Vertretern der Hanse-Merkur dargelegt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): An diesem Gespräch nahmen Vertreter der Hanse-Merkur teil, also nicht der späteren Vertreiber eines, glaube ich, Travel Care Passes oder was es war, sondern - -

Zeuge Leber: Nein, das waren wohl zwei oder drei Vorstandsherren aus Deutschland.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also so hoch angesiedelt.

Zeuge Leber: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben die gesagt, was der Beweggrund ist, dass sie zum Beispiel gedacht haben, dass sich damit gut Geld verdienen lässt?

Zeuge Leber: Ein wirtschaftliches Unternehmen möchte immer Geld verdienen. Deswegen war das wohl der Hintergrund, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mich überrascht nur etwas, dass die relativ spät auf diesen Zug aufspringen. Das Carnet gab es seit Mitte/Ende der 90er, erweitert dann 99. Dann gab es jahrelang nichts. Dann kommt ein kleiner Versicherungsunternehmer - also Reiseschutzpass - und misst sich mit den Großen. Erst danach kommt wieder eine richtige Versicherungsagentur. Das ist doch eher verwunderlich, oder?

Zeuge Leber: Ja, was - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was haben die gesagt? Sie haben mit den Herren gesprochen. Ich war nicht dabei.

Zeuge Leber: Im Prinzip das, was Sie sagten, dass ein Markt in Osteuropa zu erkennen ist und dass sie auf diesen - ich formuliere es jetzt mal flapsig - Zug aufspringen und eben auch ihr Produkt anbieten wollen; das steht ja jedem frei.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und den Markt haben sie halt erkannt, weil sie gesehen haben, dass die Zahlen für Touristenvisa drastisch gestiegen sind. Dadurch wurde es dann zum Markt. Bei einer sehr restriktiven Vergabe hätte das Produkt wahrscheinlich niemanden hinter dem Ofen hergelockt.

Zeuge Leber: Das ist richtig. Das heißt, wenn ich keine Visa erteile, ist es uninteressant.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Oder restriktiver.

Zeuge Leber: Das ist richtig, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sodass es schon einen Zusammenhang gibt zwischen hohen Visaausstellungszahlen und dem wirtschaftlichen Interesse für Anbieter von Reiseschutzversicherungen?

Zeuge Leber: Ja, selbstverständlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Ich habe im Moment keine Fragen mehr.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Der Nächste ist dann Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte gerne an eine Frage anknüpfen, die der Kollege Binninger Ihnen vorhin gestellt hat, als er nach einer Frau Radschenko gefragt hat. Können Sie mir sagen, was die in der Visastelle gemacht hat?

Zeuge Leber: Können wir diesen Fragenkomplex, Herr Vorsitzender - -

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Herr Grindel, ich wollte gerade überlegen: Zum Schutz Dritter müssten wir eventuell in nicht öffentlicher Sitzung verhandeln. Ich glaube, Sie wollten das gerade auch sagen, Herr Zeuge.

Zeuge Leber: Ja, darum wollte ich bitten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Na ja, ich wollte - -

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Wenn Sie den Namen nicht gesagt hätten, dann wäre es vielleicht gegangen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, das hat ja einen bestimmten Grund. Als Nächstes hätte ich nach dem Namen desjenigen gefragt, der bei Frau Hoppmann angerufen hat - angeblich -, und - Sie haben gesagt - Morddrohungen ausgestoßen hat. Wir haben da andere Hinweise, was Gegenstand der Drohung war. Ich wollte danach fragen, ob Sie mir den Namen des Anrufers sagen können; denn der soll nämlich bekannt sein.

Zeuge Leber: Den Namen kenne ich nicht. Den habe ich irgendwann vor kurzem in der Presse selbst gelesen. Aber zum Zeitpunkt, als der Fall - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Welchen Namen haben Sie denn da gelesen?

Zeuge Leber: Auch Radschenko.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wissen Sie - -

Zeuge Leber: Aber - um das klarzustellen - diesen Namen habe ich zu diesem Zeitpunkt, als sich der Vorfall in Kiew ereignete, nicht gehört, sondern erst vor drei oder vier Wochen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. - Haben Sie mal feststellen lassen, ob es da einen Zusammenhang gibt -

Zeuge Leber: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - oder ob der Name dort so vorkommt wie hier die Namen Müller, Meier, Schulze?

Zeuge Leber: Ich kenne mich jetzt nicht so gut mit dem ukrainischen Namensrecht aus. Aber diesen Namen - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vom Namensrecht will ich gar nichts wissen.

(Zuruf von der SPD: Lassen Sie doch mal, Herr Grindel!)

Zeuge Leber: Aber ich möchte jetzt unterstellen, dass das kein außergewöhnlicher Name ist, sondern ein Name wie Meier, Müller, Schulze.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist also eine zufällige Namensidentität? Die sind nicht verwandt oder so?

Zeuge Leber: Das kann ich nicht beurteilen.

(Sebastian Edathy (SPD): Herr Grindel, Sie fragen hier Zeitungs-wissen ab! Wie soll der Zeuge das beurteilen?)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Verzeihen Sie. Wenn er das vor drei, vier Wochen gelesen hat, dann gehe ich davon aus, dass er sich danach mal über die Geschichte informiert hat. Oder nicht?

Zeuge Leber: Ehrlich gesagt, nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie nicht?

Zeuge Leber: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann erspare ich Ihnen weitere Fragen zu Frau Rad-schenko.

Zeuge Leber: Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: So. Es sind keine weiteren Fragen mehr da.

Herr Leber, Sie bekommen das Protokoll zugeschickt und können dann, falls irgendwas aus Versehen falsch ist - das kann halt hier bei der Vernehmung passieren -, berichtigen.

Wir bedanken uns recht herzlich dafür, dass Sie hier waren, und wünschen Ihnen weiterhin alles Gute. Eine gute Reise zurück nach Kiew und alles Gute für Ihre Arbeit.

Zeuge Leber: Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: Ich bedanke mich und - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir wollen noch eine nicht öffentliche Sitzung machen!)

- Es liegt hier kein Antrag vor. Ich wollte die Sitzung gerade schließen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Den stelle ich hiermit! - Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Neumann, wir wollten Sie in Ruhe ausatmen lassen!)

- Ach so. Also, Sie stellen einen Antrag. Okay.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, wir stellen den Antrag auf eine nicht öffentliche Sitzung!)

- Doch aber nicht, um den Zeugen noch zu vernehmen? Den Zeugen können wir entlassen.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Nein, für uns!)

- Alles klar: Sie möchten eine Beratungssitzung durchführen. Dem können wir, glaube ich, nicht widersprechen.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU))

- Nein, vollkommen richtig; gar keine Frage.
Herr Leber, es gilt, was ich gesagt habe: Sie sind entlassen -

Zeuge Leber: Ich bin also entlassen. Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Volker Neumann: - und wir haben eine nicht öffentliche Beratungssitzung. Damit ist auch die Stenografin entlassen. Wir bedanken uns auch bei Ihnen recht herzlich.

Wir machen eine kurze Pause und führen dann die Beratungssitzung durch.

Ich schließe die öffentliche Sitzung.

(Schluss: 18.09 Uhr)